OKTOBER 2004

blz

ZEITSCHRIFT DER GEW BERLIN

58.(73.) JAHRGANG

BEIHEFTER
Unterstützung des Volksbegehrens

STANDPUNKT
Das Rauchverbot an Schulen
SEITE 3

TITEL
Was Kinder mit ADHS ausdrücken

SCHWERPUNKT
Hochschule und Forschung

TENDENZEN
Bildung und Gerechtigkeit

SERVICE
Was sagt der Koran?

FOTO: TONN

ÜBRIGENS

Gibt es wieder einen heißen Herbst an den Berliner Hochschulen? Einige Fakten in unserem Schwerpunkt „Hochschule und Forschung“ deuten darauf hin.

Es gab nach Redaktionsschluss wieder eine gestreckte Gerade von der OECD: „Deutschland in der Bildung weiterhin nur mittelmäßig“. Tendenz fallend. Eine erste kurze Einschätzung bringen wir im Mittelteil. Wer mehr wissen möchte, wird unter www.gew-berlin.de fündig.

Wo bleiben die Unterschriftbögen zum Volksbegehren? Die Landesdelegierten haben im Juni mit großer Mehrheit beschlossen, diesen Senat qua Volksbegehren auf Trapp zu bringen, falls er seine Anstrengungen für eine andere Politik nicht verstärkt. Es fehlen noch 25.000 Unterschriften. Warum soll der Senat sich bewegen, wenn wir uns nicht bewegen? Na also, keine Ausreden. Der Antragsbogen ist im Mittelteil beigefügt. Schickt ihn an die GEW oder über die Vertrauensleute. Auf geht's! *pit*

IMPRESSUM

Die blz ist die Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 € (inkl. Versand).

Redaktion:
Pit Rulff (verantwortlich), Klaus Will (Koordination und Schlussredaktion), Beate Frilling, Bettina Liedtke, Ralf Schiweck, Folker Schmidt, Günter Langer
Redaktionsanschrift: Ahornstr. 5, 10787 Berlin,
Tel. 21 99 93-46, Fax. -49, e-mail: blz@gew-berlin.de

Anzeigen und Verlag:
GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion
Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 9 vom 1.7.2003

Satz, Layout und Konzept:
bleifrei Texte + Grafik/Claudia Sikora/Jürgen Brauweiler
Prinzessinnenstr. 30, 10969 Berlin,
Tel. 61 39 36-0, Fax -18, e-mail: info@bleifrei-berlin.de

Druck:
Gallus Druckerei KG, Gutenbergstr. 6, 10587 Berlin

ISSN 0944-3207 10/2004: 23.000

INHALT

3-5 Leute | Standpunkt | Kurz und bündig | Post an die Redaktion |

TITEL

6 Vom Sinn der Unruhe und der Unaufmerksamkeit — Waltraut Claus
8 Ritalin – eine Erfolgsgeschichte — Ulrike Bär

SCHWERPUNKT

10 Hochschule und Forschung in Berlin — Folker Schmidt
11 Gleichstellungsranking — H. Degethoff de Campos
12 Fusion und Umstrukturierung der Berliner Hochschulmedizin — Wolfgang Mix
16 FU ohne Kita — Sabine Alexander

RECHT & TARIF

17 Schwierige Wahrheit — Ilse Schaad

SCHULE

18 Schulgesetz aus Schülersicht — Alexander Freier
19 Sparen auf Kosten der Schulen — Udo Jeschal
20 Die Rahmenplanposse — G. Reuel/M. Triebe

SOZIALPÄDAGOGIK

21 Parteinahme für Kinder und Jugendliche — Norbert Hocke

EXTRA

I-IV Sonderseiten Volksbegehren — GEW BERLIN

GEWERKSCHAFT

22 Wohin wollen wir gehen, wohin nicht? — Hartmut Schurig
23 Einschulung von Kindern mit Behinderungen — Monika Rebitzki
23 Gemeinsame Gewerkschaftsarbeit — Gerda Albinus

TENDENZEN

24 Bildung und Gerechtigkeit — Oliver Schöller

GLOSSE

26 Burn-out? Selber Schuld! — Gabriele Frydrych

SERVICE

27 Koran und Schülerverhalten — G. Weil/C.Meyer
30 Mehr Bewegung in die Schulen — Hans-Wolfgang Nickel
32 Theater und Schule | Fortbildung | Materialien

LEUTE

Rudolf Persing haben wir unter dem Titel „Ein außergewöhnliches Jubiläum“ im Juli/August-Heft vorgestellt. Der 89-jährige Köpenicker wurde im Mai 2004 für seine 75-jährige Mitgliedschaft in der Gewerkschaft mit einem Fest geehrt. Nur wenige Monate nach dieser Ehrung ist Rudolf Persing am 21. August 2004 gestorben. Wir trauern um unseren bis ins hohe Alter aktiven Gewerkschaftskollegen.

Jens Stiller heißt der neue Pressesprecher von Bildungssenator Klaus Böger. Stiller ist ausgebildeter Journalist (zuletzt Ressortleiter bei der *Berliner Zeitung*) und ebenfalls ausgebildeter Lehrer. Für seinen neuen Job wurde er von heute auf morgen aus dem Unterricht in einer Schöneberger Schule abgezogen – soviel zum Thema Planung und pädagogische Verantwortung. Stillers Vorgänger Thomas John ist nach Hamburg als Leiter der Präsidialabteilung der dortigen Schulsenatorin Alexandra Dinges-Dierig gewechselt.

Lothar Wolf, von 1991 bis 2003 Leiter des im letzten Jahr aufgelösten medienpädagogischen Zentrums in Brandenburg, ist aus seiner Übergangsbeschäftigung als Fachkraft für besondere Aufgaben erlöst worden und leitet jetzt das brandenburgische Landesprüfungsamt. In Berlin war Wolf tätig als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der FU (Didaktik der Politischen Bildung) und als Schulrat in Hohenschönhausen.

Ludwig Georg Braun ist Präsident des Deutschen Industrie und Handelskammertages (DIHK) und schreckt vor nichts zurück. In der Diskussion um die verstärkte Einrichtung von Betreuungsangeboten für Kinder schlug er forsch vor, man solle „lieber Kinderbetreuung subventionieren als die Pflege von Friedhöfen“. Jetzt soll auch noch der Tod teurer werden!

Maria Lenz, 20 Jahre alt und Abiturientin, kann mit Männern – und hat deshalb einen Ausbildungsplatz als KFZ-Mechantronikerin bekommen, so steht es in der *Berliner Morgenpost*. Ihre Schulnoten hätten beim Einstellungsgespräch nicht interessiert. Der wahre Grund für ihre Einstellung steht im Artikel weiter unten: „Wenn in der Werkstatt Mädels arbeiten, herrscht gleich ein besserer Umgang“, wird der Geschäftsführer der Kfz-Werkstatt zitiert.

Das Rauchverbot an Schulen

Der autokratische Schnellschuss des Senators bürdet den Schulen neue Probleme auf.

von Ilse Schaad (Abendraucherin) und Klaus Will (Dauerraucher)

Grundsätzlich sind alle Bemühungen, den Zigarettenkonsum von Jugendlichen einzuschränken, unterstützenswert. Das Verfahren, mit dem jedoch Bildungssenator Klaus Böger kurz vor Schuljahresbeginn den Schulen ein Rauchverbot auf der Grundlage eines vorher nicht diskutierten Abgeordnetenhausbeschlusses verordnet hat, ist dazu wenig geeignet. Denn mit dem Verbot werden die Probleme nicht gelöst, sondern es werden lediglich neue hinzugefügt.

Sinnvoller wäre es gewesen, und dem Demokratiegedanken förderlicher, die Eigeninitiative der Schulen zu stärken statt plötzlich ein Rauchverbot anzuordnen, mit dem sich die Betroffenen vorher nicht auseinandersetzen konnten. Gesundheitliche Aufklärung, intensive Auseinandersetzung und Diskussion mit den Jugendlichen und eine Folgenabschätzung von Nikotinschäden sind aber unabdingbar, damit Jugendliche aus Überzeugung auf Nikotin verzichten – und das nicht nur in der Schule!

Die „Flucht“ der rauchenden SchülerInnen und Lehrkräfte auf das Straßengelände ist dabei eher kontraproduktiv für eine zielorientierte Auseinandersetzung mit den Folgen des Nikotin„genusses“. Zudem platzt das Rauchverbot in die an vielen Schulen bestehenden Initiativen zur Auseinandersetzung mit dem Rauchen hinein und desavouiert einvernehmliche Lösungen und pädagogisches Herangehen an dieses Problem. Prohibitionen lösen nichts, sondern verdrängen nur. Geraucht wird weiterhin, aber jetzt überwiegend nur noch dort, wo man nicht gesehen wird oder eben außerhalb der Schule – und das schafft neuen Ärger mit den betroffenen Nachbarn der Schulen.

Das Umgehen mit dem Rauchverbot ist in den Schulen sehr unterschiedlich. Ein vollständiger Überblick liegt noch nicht vor, aber aus einzelnen Berichten kann man die Tendenzen erkennen. An nicht wenigen Schulen wird der Ukas zum Rauchverbot behandelt wie auch andere Rundschreiben der Bildungsverwaltung: „... und abheften“. Alles läuft wie vorher: der Schulleiter raucht weiter in seinem Amtszimmer und die rauchenden Mitarbeiter gehen in ein abgelegenes Stübchen. Die SchülerInnen werden auf das Rauchverbot hingewiesen – die rauchen dann vor dem Schulgelände. In anderen Schulen wurden die Raucherzimmer versiegelt und rauchende SchülerInnen und Lehrkräfte aufs öffentliche Straßenland verbannt: „Aus den Augen, aus dem Sinn.“

Die Art und Weise, wie das Rauchverbot über die Berliner Schule gekommen ist, ist allerdings bezeichnend für den Politikstil des Bildungssenators Klaus Böger: Kommt da seine Vergangenheit als Reserveoffizier der Bundeswehr zum Vorschein? Augenfällig ist jedenfalls, dass unser Bildungssenator von gründlicher Diskussion, von Mitbestimmung und Eigeninitiative nicht viel hält. Er ordnet lieber an, basta! Wofür werden die Lehrer eigentlich bezahlt, wenn nicht dafür, meine Befehle auszuführen, mag sich Böger denken: Über Sinn oder Unsinn entscheide noch immer ich! Konsens – ein wichtiges Element gerade im Bereich der Pädagogik – hat Böger im Unterschied zu seinen Amtsvorgängern noch nie gesucht.

Die Bildungsverwaltung hat auch in dieser pädagogisch sensiblen Frage auf obrigkeitsstaatliche Verordnung statt auf gemeinsames Handeln aller am Schulleben Beteiligten gesetzt. Ein derartiges Verwaltungshandeln gehört ins vorletzte Jahrhundert.

Böger hätte seinen Ruf verbessern können, wenn er die angestrebte rauchfreie Zone nicht per ordre de mufti verordnet, sondern das Ziel „rauchfreie Schule“ den Schulen mit einer vernünftigen Übergangsfrist zur Umsetzung empfohlen hätte. Aber solch eine Vorgehensweise erfordert wohl ein anderes Naturell – und ein wenig pädagogisches Geschick.

Info-Tag „Einschulung von Kindern mit Behinderungen“ am 28. August 2004 veranstaltet von der GEW BERLIN und Elternorganisationen. Vor rund 100 TeilnehmerInnen auf dem Podium: Martin Marquard, Monika Rebitzki, Peter Heyer (v.l.n-r.). Bericht auf Seite 23. FOTO: ELSSEL

Türkische Lehrergewerkschaft wehrt sich erfolgreich

Ein Verbotsantrag gegen die türkische Lehrergewerkschaft Egitim-Sen ist am 18. September vom Gericht in Ankara abgelehnt worden. Das Verfahren war angestrengt worden, weil Egtim-Sen in ihren Statuten das Recht auf muttersprachlichen Unterricht in einer anderen als der offiziellen Amtsprache Türkisch fordert – gemeint ist Kurdisch. Zum Auftakt des Prozesses im Juli demonstrierten zehntausende Gewerkschaftsmitglieder in Ankara. Der Prozess wurde dann im Juli vertagt mit der Auflage, dass die Gewerkschaft den missliebigen Passus innerhalb von 60 Tagen, also bis Mitte September, aus ihren Statuten entfernt, sonst drohe ihr die Zwangsauflösung. Egitim-Sen hat über 200.000 Mitglieder. Die zahlreichen Proteste in den letzten Tagen haben gewirkt: das Gericht hat jetzt den Verbotsantrag endgültig abgewiesen. Der Prozess gegen Egitim-Sen ist vor allem auf Drängen der immer noch mächtigen Militärs zustande gekommen.

Klagen gegen Festlegung der freien Unterrichtstage

Die Senatsbildungsverwaltung hat im September die Widerspruchsbescheide hinsichtlich der Festlegung der freien Unterrichtstage für das Schuljahr 2004/2005 auf den 19.05. und 20.05.2005 versandt. Die Klagefrist beträgt einen Monat ab Zustellung des Widerspruchsbescheides. Deswegen sollten alle betroffenen KollegInnen sofort mit der GEW-Landesrechtsschutzstelle oder mit dem Referat Angestellten- und Beamtenrecht, Referat A (Tel. 21 99 93-0) Kontakt aufnehmen. GEW-Mitglieder erhalten Rechtsschutz bzw. einen Musterschriftsatz um als Selbstvertreter Klage beim Verwaltungsgericht Berlin einzureichen.

Abiturprüfung im Schuljahr 2004/2005

In manch einem Kollegium gab es zu Beginn des neuen Schuljahres heftiges Augenreiben. Die Winterferien finden in diesem Schuljahr sehr früh statt vom 24.01. bis 29.01.2005. Das mag der Grund sein, warum die Senatsbildungsverwaltung die schriftliche Abiturprüfung terminiert hatte für die Zeit nach den Winterferien. Den betroffenen KollegInnen bliebe also nur wenig Zeit, parallel zu ihrem laufenden Unterricht die Korrekturarbeiten vorzunehmen. Deswegen hat die GEW den Bildungssenator Klaus Böger angeschrieben und um Korrektur gebeten. Auch wenn wir es nicht direkt aus seinem Munde erfahren haben: das schriftliche Abitur findet im kommenden Schuljahr früher als geplant vom 14.01. bis 05.02.2006 stattf. Damit bleibt genügend Zeit, die schriftlichen Abiturprüfungen noch vor den Winterferien durchzuführen. Es geht doch! Schön wäre es jetzt noch, wenn Klaus Böger den Gesprächswunsch der GEW annimmt, um mit der GEW darüber zu sprechen, ob die Regelungen für das Abiturgutachten so umfangreich sein müssen. Verglichen mit anderen Bundesländern oder dem europäischen Ausland sind deutliche Vereinfachungen denkbar.

Oberschulen sind out

Der letzte Schleier, der über dem dreigliedrigen Schulsystem in Berlin lag, ist gefallen: jetzt gibt es endlich wieder aussagekräftige Schulnamen. Denn mit dem neuen Schulgesetz ist der Begriff Oberschule für alle Schulen der Sekundarstufe I weggefallen. Damit ist der Weg frei für die Bezeichnungen Hauptschule, Realschule und Gymnasium. Während in der Fachwelt ziemlich einmütig die Auffassung vertreten wird, dass die Dreigliedrigkeit der deutschen Schulstruktur ein Hemmschuh für eine gute Bildung ist, geht der rot-rote Senat den entgegengesetzten Weg und betont mit der Namensänderung die Trennung der Schulformen. Auch wenn die einheitliche Bezeichnung „Oberschule“ nur eine kosmetische Verschleierung war: immerhin war darin die Perspektive enthalten, dass es vielleicht einmal eine gemeinsame Schulform für alle geben könnte. Davon hat man sich jetzt offiziell verabschiedet – während die öffentliche Diskussion gerade eine Wende in die andere Richtung vollzieht.

Konflikte mit muslimischen Schülern

Die Veranstaltung der GEW Neukölln über „Islamismus in Neuköllner Schulen“ hat ein breites Presseecho gefunden. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen Berichte über die zunehmende Aggression muslimischer Schüler, die sich in sexistischen Beleidigungen und tätlichen Angriffen und Gewaltandrohungen äußert. Zudem werde ständig versucht, sich von der Teilnahme am Schwimmunterricht und an Klassenfahrten befreien zu lassen. Die Peter-Petersen-Grundschule hat daraus schon Konsequenzen gezogen und nimmt nur noch SchülerInnen auf, deren Eltern zusichern, dass ihr Kind an Klassenfahrten teilnehmen darf. Und wer am Schwimmunterricht aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnimmt, muss dies durch ein amtsärztliches Attest bestätigen lassen.

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Beiträge möglichst auf Diskette oder per e-mail einsenden. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

Kampagne Volksbegehren

Dass die ausgetretenen Pfade der gewerkschaftlichen Taktik verlassen werden müssen – darin sind sich Kritiker und Befürworter eines Volksbegehrens noch einig, über die daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen gehen die Meinungen auseinander. Die Befürworter glauben, auf dem Wege über das Volksbegehren den Druck erzeugen zu können, um Zugeständnisse vom Senat zu erzwingen. Diese Hoffnung wird sich nicht erfüllen. Denn: Die größeren Gewerkschaften stehen abseits.

Die Kampagne bindet die Kräfte der GEW BERLIN an der falschen Stelle. Die Antwort auf die Frage, wie wir wieder handlungs- und durchsetzungsfähig werden, beginnt bei einer kritischen Analyse der vergangenen Aktionen. Die Ansätze dazu, die in der Strategiedebatte innerhalb der GEW BERLIN gemacht wurden, müssen fortgeführt werden. Der Kontakt zu den Mitgliedern muss verbessert werden. Deren Probleme müssen ins Zentrum der Überlegungen rücken. Methoden der Gewerkschaft sind Aktionen am Arbeitsplatz, außerparlamentarische Aktionen, Demonstrationen im weitesten Sinne und Arbeitsniederlegung, aber nicht der Stimmzettel.

Die organisatorische Kraft der Initiatoren reicht nicht. Nur zwei kleinere Gewerkschaften (GdP und GEW) und einige Initiativen stehen hinter der Kampagne Volksbegehren. Das Spektrum dieser Bewegung dürfte ziemlich weit reichend sein. Rechts hoffen einige auf einen CDU-Senat und links basteln andere an einer neuen linken Alternative zur SPD – eigentlich kein zuträgliches Terrain für die GEW. Sie wird sich darin verlaufen. Die Kampagne wird mal gerade die erste Stufe erklimmen, für die 50000 Unterschriften erforderlich sind. Die zweite Stufe, bei der fast 500000 Unterschriften gebraucht werden, ist eine zu große Hürde. Innerhalb der GEW BERLIN ist die Kampagne eine Funktionärsangelegenheit, auch deswegen, weil der Beitrag derjenigen, die in der LDV die Hand gehoben haben, bisher eher bescheiden ausfällt. Die Begeisterung ist auch nicht auf die Masse der Mitglieder übergesprungen. Ganz gewiss nicht, weil sie den Senat so gerne haben, aber sie versprechen sich keinen Erfolg der Kampagne, zumal selbst bei günstigem Verlauf ein Volksbegehren nur unwesentlich eher zu Neuwahlen führen würde. Durch ein Scheitern des Volksbegehrens wird das Ansehen der GEW beschädigt. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten werden nur größer. Die Resignation vieler Mitglieder angesichts der mangelnden Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Politik wird verstärkt. Einfluss bzw. Bedeutung der GEW drohen weiter zu sinken. Darin liegt der eigentliche Schaden, den die Initiatoren der Gewerkschaft zufügen.

Bezirksleitung Neukölln

Abwegige Standpunkte

Bisher hatte ich immer einen sehr guten Eindruck von der Diskussionskultur in der GEW BERLIN. Mit Staunen nehme ich deshalb zur Kenntnis, dass Joachim Dillinger am OSZ Verkehr einen Offenen Brief in Umlauf gebracht hat, in dem er meinen Kommentar „Unsere geizig-geile Schnäppchen-Republik“ aus der Juni-Ausgabe der blz mal eben schnell in die Kategorie „abwegige Standpunkte“ aussortiert. Was ihn dazu bewegt hat, ist mir bisher verborgen geblieben, denn leider kenne ich keinen einzigen seiner Kritikpunkte. Auch der Offene Brief schweigt sich da aus. Ich habe also keine Chance, den Standpunkt des Kollegen Dillinger ernst zu nehmen. Sehr ernst nehme ich aber seine Wortwahl und seine Methode: Das Wort „abwegig“ lässt vermuten, dass es einen richtigen Weg gibt, von dem ich abgewichen bin. Falls es zu diesem Weg gehört, eine andere als die eigene Meinung ohne jedes Argument auszugrenzen und öffentlich zu diskreditieren, dann bin ich eben ein Abweichler und vertrete gerne abwegige Standpunkte. *Andreas Hamann*

Fehlende Lehrkräfte

In dem Artikel in der September-blz „Auf der Suche nach fehlenden Lehrkräften“ heißt es, dass man in Berlin Mühe hatte, die freien Stellen zu besetzen. Sicher gilt das für die Fächer Englisch und Naturwissenschaften. Aber wie sieht es denn bei den anderen Fächern aus? Ich bin seit einem Jahr arbeitssuchend mit der leider sehr überlaufenen Kombination Deutsch und Geschichte (Gymnasium). Kann auch ich optimistisch sein, was die nächsten Jahre angeht? Leider erfährt man in Berlin nicht konkret etwas über die einzelne Einstellungssituation. Der sogenannte Listenplatz sagt nur kurzzeitig etwas über die persönliche Lage aus, zumal er sich ständig ändern kann. Von anderen ehemaligen Referendaren mit meiner Kombination weiß ich, dass es ihnen ähnlich geht, auch in anderen Bundesländern. Ich halte mich derzeit mit einem Call-Center-Job über Wasser und gebe privat Nachhilfe. Dann bin ich auf das Fortbildungsangebot des LISUM gestoßen, wo ich mich für einzelne Veranstaltungen angemeldet habe. Ich überlege auch eine Weiterbildung „Darstellendes Spiel“ zu beginnen oder mich in Montessoripädagogik fortbilden zu lassen. Alles in der Hoffnung, meine Chancen zu verbessern und die Wartezeit sinnvoll zu nutzen. Aber ob das etwas bringt? *Katrin Schälicke*

ANZEIGE

Vom Sinn der Unruhe und Unaufmerksamkeit

Was Kinder mit dem Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitäts-Syndrom (ADHS) ausdrücken.

von Waltraud Claus, analytische Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin und Lehrerin.

Kinder mit Schwierigkeiten in der Aufmerksamkeitssteuerung fallen immer häufiger in den Schulklassen auf und strapazieren die Geduld und Nerven ihrer LehrerInnen. Als Lehrerin weiß ich, dass es manchmal fast unmöglich ist, in großen Klassen auf diese Kinder einzugehen. Und dennoch möchte ich dazu ermuntern und ermutigen.

Die so genannten ADHS-Kinder zeigen mit den Symptomen Unaufmerksamkeit, Hyperaktivität, Impulsivität und emotionale Instabilität Defizite und Konflikte ihrer Psyche, ihrer Familie sowie ihres gesellschaftlichen Umfelds. Der Sinn ihrer emotionalen Labilität, ihrer Unaufmerksamkeit bzw. Unruhe liegt meines Erachtens darin, dass ADHS-Kinder mit ihrem störenden Verhalten auf ihre innerseelischen Konflikte und Nöte hinweisen, die im Zusammenhang mit ihrer Familie und den kollektiven gesellschaftlichen Faktoren entstanden sind.

Jedes ADHS-Kind hat seine eigene Geschichte

Die heute weit verbreitete Ansicht, die Ursache für ADHS liege in einer genetisch bedingten Dysregulation von Neurotransmittern (hauptsächlich Dopamin), konnte die moderne Hirnforschung nicht zweifelsfrei bestätigen (s. Hüther/Bonney 2002, S. 57). Ohne Zweifel gibt es jedoch Kinder mit einer besonderen Sensibilität von Geburt an, was einen zu geringen Reizschutz zur Folge haben kann. Daraus können im Zusammenhang mit individuellen, familiären und gesellschaftlichen Faktoren Schwierigkeiten in der Aufmerksamkeitssteuerung erwachsen. Und dieser Zusammenhang ist wesentlich.

In meiner Tätigkeit als Lehrerin und Psychotherapeutin habe ich die Erfahrung gemacht, dass es das typische ADHS-Kind nicht gibt. Jedes Kind hat mit seiner Familie seine eigene, individuelle Geschichte:

Manche Kinder wuchsen in einer äußerst konflikthaften familiären Konstellation auf. Sie wurden eventuell auch traumatisiert, erlebten sehr häufig das emotionale Wechselbad von Verwöhnung und Ablehnung. Diese Kinder leiden an emotionaler und sozialer Unreife und entsprechenden Defiziten in ihren zwischenmenschlichen Beziehungen. Gegen Überlastung, Angst und Stress wehren sie sich durch sinnlos erscheinende Hektik, sprunghaften Aufmerksamkeitswechsel und gelegentliche Wutausbrüche.

Andere Kinder wuchsen in einer vollständigen Familie auf, werden von ihren Eltern geliebt, bekommen viel Aufmerksamkeit und ließen sich dennoch von früh an schwer beruhigen. Sie entwickeln sich zu ängstlichen und schwierigen Kindern, die Konzentrationsmängel, Aufmerksamkeitsdefizite und eine tiefe Selbstunsicherheit zeigen. Die Eltern, oft die Mütter, sind voller Schuldgefühle, die unbewusst die Beziehung zu ihrem Kind belasten.

Um zu verstehen, wie viel Angst und Stress sich über elterliche Projektionen in dem Kind breit machen, genügt es nicht, von einer genetischen Veranlagung oder gar Vererbung des ADHS zu sprechen. Viele Puzzleteile müssen in einer gründlichen Familienanamnese zusammengetragen werden. Diese muss die Herkunftsfamilien der Eltern mit einschließen. Auf diese Weise können wir verstehen, welche innerseelischen Konflikte das Kind aushalten muss, welchen individuellen Sinn seine Unruhe hat. Dann kann man über sinnvolle Hilfe nachdenken. Ganz wichtig ist es, die Eltern einzubeziehen – in der therapeutischen und in der schulischen Arbeit. Es geht ja auch um mögliche Veränderungen des unmittelbaren kindlichen Umfelds.

Streitfrage Ritalin

Stimulanzien wie Methylphenidat (z.B. Ritalin) gelten als empirisch gesicherte medikamentöse Behandlung von ADHS. Und tatsächlich ist es auch so: Nach der Ritalin-Pille sind die „Hypies“ und „Zappelphilippe“ ein paar Stunden lang „besser zu haben“: Sie sind nicht mehr so ablenkbar und können sich besser konzentrieren. Was ist geschehen?

Ritalin ist ein Aufputschmittel und fällt unter das Betäubungsmittelgesetz. Das Gehirn wird nach der Einnahme von Ritalin mit Dopamin überflutet, was extrem antriebssteigernd wirkt. Warum sollten unruhige bzw. unaufmerksame Kinder noch mehr aufgeputscht werden? Der Hirnforscher G. Hüther erklärt dies so (s. Hüther/Bonney 2002, S. 71 f): Der antriebssteigernde Rausch dauert nur kurz an, denn wenn die Dopaminspeicher im Gehirn entleert sind, dauert es drei bis fünf Stunden, bis wieder neues Dopamin gebildet ist. Dieser Zustand

Zur weiterführenden Lektüre:
Bovensiepen, G. / Hopf, H. / Molitor, G. (2002): Unruhige und unaufmerksame Kinder, Psychoanalyse des hyperkinetischen Syndroms, Brandes & Apsel-Verlag, Frankfurt a.M.

Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung München (1999): Handreichung – Aufmerksamkeitsgestörte, hyperaktive Kinder und Jugendliche im Unterricht, Auer Verlag, Donauwörth

Hüther, G. / Bonney, H. (2002): Neues vom Zappelphilipp, Walter-Verlag, Düsseldorf

Gebauer, K. / Hüther, G. (2002): Kinder brauchen Wurzeln, Walter-Verlag, Düsseldorf

Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie, Heft 4/00: Neues vom „Zappelphilipp“

kann als Abgeschlagenheit und Lustlosigkeit erlebt werden, aber auch als Zustand, in dem man zeitweilig zur Ruhe kommt. Dann geht alles wieder von vorne los. Ritalin oder ähnliche Medikamente können also nur die Spitze des Eisbergs kappen, und das auch nur für einen kurzen Zeitraum. Außerdem: Ritalin verlangsamt während der Wachstumsphase des Gehirns (bis zur Pubertät) die Ausbildung der dopaminergen Nervenfortsätze, beeinflusst also die Gehirnentwicklung. Über die Folgen streiten sich die Forscher.

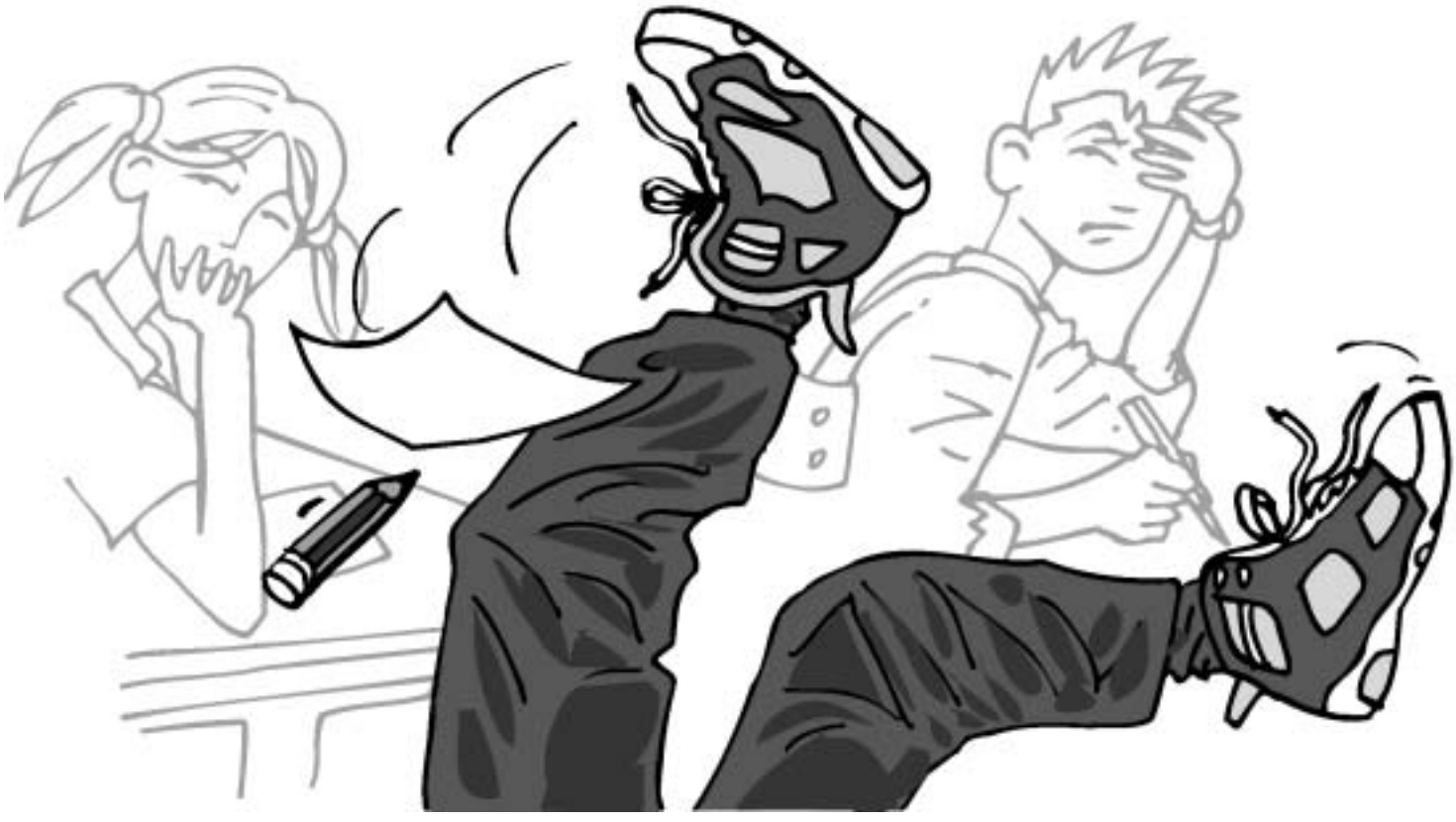
Ritalin kann in einer festgefahrenen Situation, in der das Kind durch sein auffälliges Verhalten überall nur noch ein „Beziehungs-Nein“ erfährt, dem Kind selbst und seinen Bezugspersonen Erleichterung bringen. Doch Vorsicht! Ich weiß von Kindern, die es überaus beschämend erlebt haben, dass sie es sind, die krank sind, die eine Pille schlucken müssen, die „böse“ sind – und alle anderen um sie herum sind „die Guten“! Die Medikation von Ritalin sollte weitgehend als Krisenintervention verstanden werden und in ein therapeutisches Konzept eingebunden sein – in dem auch die Lehrer des Kindes zu Wort kommen und mit den Eltern und dem Therapeuten im Gespräch sind.

Was kann man tun?

Versuchen Sie, dem Sinn der Unruhe und der Unaufmerksamkeit nachzuspüren, indem Sie das Kind beobachten und vor allem mit den Eltern sprechen. Das Kind handelt nicht böswillig, sondern leidet an seelischen Konflikten, die es meist nicht versteht und verbalisieren kann.

Sprechen Sie mit den Eltern auch über den Medienkonsum und den Terminkalender des Kindes: Auffällige Kinder sind häufig einer Reizüberflutung und Überstimulierung durch Medien und Computerspiele ausgesetzt. Vielen Eltern ist nicht klar, dass es in ihrer elterlichen Verantwortung und Autorität liegt, den Knopf zum Ausschalten zu drücken. Ist der Terminkalender des Kindes voll, dann hat es keine Zeit mehr für freies kindliches Spiel. Hat das Kind zu viele Termine, denken die Eltern meistens an eine bestmögliche Förderung des Kindes, damit es sich später in der konkurrenzorientierten Leistungsgesellschaft behaupten kann. Viele Ängste und eigene schlechte Erfahrungen der Eltern sind daran gebunden! Hausaufgaben sind für Eltern wie für ihre Kinder häufig eine Qual. Oft sieht sich die Mutter als eine Art Hilfslehrerin und fühlt sich verantwortlich für die Qualität der Hausaufgaben. Wie kann sie diese Verantwortung ihrem Kind zurückgeben und sich dennoch für seine Aufgaben interessieren, ihr Kind unterstützen? Entwickeln Sie hierfür als Lehrer und Lehrerin zusammen mit der Mutter Ideen.

Wenn es in der Schule um Erziehung geht, sollten sie im Umgang mit so genannten ADHS-Kindern verbale Erziehungspraktiken vermeiden. Meistens stellen diese Kinder „auf Durchzug“, wenn Sie ihnen zum wiederholten Male verbal erklären, was Sie nicht akzeptieren können. Versuchen Sie, anstatt dessen zu handeln und mit dem Kind ganz konkrete Änderungen abzusprechen. Wenn es z.B. ums Aufgeben der Hausaufgaben geht, könnten Sie damit warten, bis das Kind sein Hausaufgabenheft wirklich vor sich liegen und den Stift in der Hand hat. Sie könnten das mit dem Kind zusammen vereinbaren, so dass es Ihr Verhalten als Unterstützung begreift. Kinder mit Schwierigkeiten in der Aufmerksamkeitssteuerung brauchen – noch mehr als andere – Reizschutz und Orientierungshilfen, sie brauchen Erziehungshilfen in Form von Ritualen, Geschichten und Spielen, die den Alltag und Tagesablauf strukturieren. (Viele konkrete Anregungen gibt es in der Handreichung



„Aufmerksamkeitsgestörte, hyperaktive Kinder und Jugendliche im Unterricht".) Auch wenn Sie verständlicherweise öfters ärgerlich auf Ihren schwierigen Schüler sind, sollten Sie ihn nicht ironisch behandeln. Kinder können Ironie nicht verstehen, es irritiert und verletzt sie. Besser wäre es, in Form einer Ich-Botschaft dem Kind zu sagen: Ich bin jetzt ärgerlich.

Zum Umgang mit hyperaktiven Kindern

Hyperaktive Kinder sind vorwiegend taktil repräsentiert, die akustische Repräsentation der Erfahrung ist bei ihnen erschwert (s. Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie, Heft 4/00, S. 289). Es geht also darum, die Hörerfahrung des hyperaktiven Kindes zu verbessern. Das kann folgendermaßen geschehen: Eine Kontaktaufnahme geschieht zuerst durch eine Berührung (z.B. ein leichtes Berühren an der Schulter oder am Arm). Aufgrund der Berührung sucht das Kind den Blickkontakt mit seinem Kommunikationspartner. Erst nachdem der Blickkontakt hergestellt ist, wird das Kind angesprochen. Dadurch bekommt das hyperaktive Kind eine Chance, einerseits das Gesagte wirklich zu hören, andererseits eine positive Beziehungserfahrung zu machen. Es gibt jedoch Kinder, denen eine Berührung unangenehm ist, ja die sogar erschrecken. Deshalb wäre es sinnvoll, dieses Vorgehen mit dem Kind vorher einvernehmlich abzusprechen (vor allem mit pubertierenden Jugendlichen!). Das Ziel ist, dass sich das affektive Klima zwischen dem Lehrer/der Lehrerin und ihrem schwierigen Schüler allmählich verbessert und sich das „Beziehungs-Nein" in ein „Beziehungs-Ja" verwandelt. Am wichtigsten ist: Gehen Sie in die Beziehung mit dem auffälligen Kind, auch wenn Sie noch viele andere Schüler in der Klasse haben. Wenn Sie z.B. Klassenlehrer sind, können Sie im Laufe von zwei Schuljahren mit dem Schüler oder der Schülerin eine Beziehung gestalten. Die Neurobiologie hat erforscht, dass das menschliche Gehirn „nutzungsabhängig" ist (s. Hüther/Bonney 2002, S.76 f). Das bedeutet, so wie das menschliche Gehirn benutzt wird, entwickelt und verändert es sich auch. Darin liegen große Chancen! Jede intensive menschliche Begegnung (die muss nicht mit einem Psychotherapeuten, die kann auch mit einem Lehrer sein) verändert uns demnach nicht nur psychisch, sondern auch biologisch in der neuronalen Matrix unseres Gehirns! Zwischenmenschliche Erfahrungen sind ganz wesentlich, auch in der Schule! Die schwierigen, auffälligen Kinder brauchen die Aufmerksamkeit und das Beziehungsangebot ihrer Lehrerin und ihres Lehrers.

In der analytischen und tiefenpsychologischen Psychotherapie ist die Stabilisierung und Stärkung des Ichs (als psychische Instanz verstanden) sehr wichtig. Auch hier geschieht dies über die Beziehungsprozesse zwischen dem Kind und mir als Therapeutin. Ich habe u.a. die Aufgabe, das Kind emotional zu halten und ihm gleichzeitig Festigkeit und Klarheit zu vermitteln. Das Kind lernt während des therapeutischen Prozesses eine emotionale Beziehung zu sich selbst und zu anderen aufzubauen. Es erfährt eine psychische Nachreifung und kann schließlich im günstigen Fall mit seiner jeweiligen Eigenart, seinen Verletzungen und den Erfordernissen des Alltags hinreichend gut umgehen.

Ritalin – eine Erfolgsgeschichte!?

Eine Kinderpille mit zweifelhaftem Ruf und mit Nebenwirkungen.

von Ulrike Bär, GEW Baden-Württemberg

In Deutschland nimmt die Zahl der Kinder und Jugendlichen Jahr für Jahr zu, für die die Diagnose AD(H)S ausgestellt wird. Dies ist nicht nur das Ergebnis einer verstärkten Sensibilität und öffentlichen Aufklärung. Die Steigerung könnte auch daher rühren, dass „fast jeder Kinder- oder Hausarzt (in Deutschland) ein Ritalin-Rezept ausstellen darf, obwohl das Medikament zu den Betäubungsmitteln zählt und nur von qualifizierten Kinder- und Jugendlichenpsychiatern verordnet werden sollte". 1999 setzte die Pharmaindustrie in Deutschland sechsmal so viel Ritalin (8,4 Millionen Tagesdosen) ab wie 1995 und steigerte den Ritalin-Umsatz damit von 1,2 auf 12,8 Millionen Euro. Die Kinderpille liegt damit auf Platz sechs der Liste meistverkaufter Psychopharmaka (Der Spiegel 11/2002).

Die Argumente der Befürworter

Für die Befürworter ist Ritalin ein Medikament, das durch umfangreiche Untersuchungen und auch Langzeitstudien bestens erforscht ist: „Ritalin ist ein mildes Stimulans für das zentrale Nervensystem" (Beipackzettel des Herstellers Ciba Geigy). Es würden keinerlei Abhängigkeiten oder Gewöhnungseffekte auftreten. Auch komme es

nicht zu Spätfolgen. Umfangreicher seien vielmehr die Risiken, wenn das Medikament bei vorliegender Diagnose nicht verabreicht werde. Besonders die Suchtaffinität sei ohne Medikament deutlich erhöht, negative Verläufe seien nicht unwahrscheinlich. Bedenke man die positiven Wirkungen des Medikaments, sei es nicht zu verantworten, es dem Kind vorzuenthalten. Schließlich würde man ja auch keinem an Diabetes erkrankten Menschen sein Insulin vorenthalten (www.ads-hyperaktivitaet.de/ADHS/Neuhaus.).

„Da die Zeit nach der Schule (Familienleben, Hausaufgaben, soziale Kontakte in der Freizeit usw.) für das Leben eines Kindes wesentlich seien, solle vor allem bei Fortbestehen von Problemverhalten in der Freizeit immer darauf geachtet werden, dass auch in diesen Zeiten die Selbstkontroll- und Aufmerksamkeitsfunktionen ausreichend gut medikamentös unterstützt würden. (www.adhs.ch). Die Wirkungen bzw. unerwünschten Begleiterscheinungen des unbehandelten ADHS seien um ein Vielfaches gravierender als mögliche Nebenwirkungen der Medikation (www.adhs.ch/add/stimulantien.htm). Auch die Bundeskonferenz für Erziehungsberatung e.V. schließt sich dieser Auffassung an, wenn auch mit einen kleinen Schuss Skepsis: .... „Stimulanzien wie Methylphenidat stellen empirisch gesicherte Medikamente zur Behandlung von ADHS dar, wobei der langfristige Einfluss dieser Medikation auf die Entwicklung des Kindes verstärkt erforscht werden muss.“ (www.bke.de). Von vielen Ärzten und Pädagogen wird Ritalin als das einzige Mittel angepriesen, das wirklich helfe.

Kritische Stimmen

Die langfristige Einnahme von Ritalin ist ein relativ neues Phänomen. Daher gibt es kaum Langzeitstudien, wie Ritalin Nieren, Leber, Herz und das Immunsystem unserer Kinder beeinträchtigt. 20 Prozent der Kinder erhalten Ritalin länger als sechs Jahre. (www.das-Gesundheitsportal.com.) Die US-Armee scheint jedoch etwas über die Langzeitwirkungen zu wissen, denn sie stuft Ritalin als „mind-altering drug“ ein – als Droge, die das Denken verändert – und nimmt keine Soldaten auf, die nach ihrem zwölften Lebensjahr Ritalin eingenommen haben. (www.novalis.ch/zeitschrift/archiv.htm)

Im „Suchtbericht Deutschland 1999“ wird erklärt, dass Psychostimulanzien wir Ritalin „keine körperliche, jedoch eine ausgeprägte, psychische Abhängigkeit verursachen“. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) bezeichnet Ritalin als weltweit „am meisten abhängig machendes Medikament“ aufgrund seines hohen Missbrauchspotenzials (www.das-gesundheitsportal.com). Schweden hat Ritalin schon 1968 aufgrund seines Suchtpotenzials vom Markt genommen (www.novalis.ch).

In den USA, wo Ritalin seit 50 Jahren auf dem Markt ist, formiert sich der Widerstand in Initiativen gegen Ritalin: immer mehr Eltern klagen wegen mangelhafter Beschreibung der Nebenwirkungen gegen Novartis (ehemals Ciba Geigy). Der Göttinger Neurobiologe und Mediziner Gerald Hüther sagte in einem Spiegel-Interview (11/2002): „Wir haben uns eine Welt geschaffen, in der die Bedürfnisbefriedigung der Erwachsenen ziemlich gut funktioniert, die Kindern aber nicht mehr gerecht wird. Wenn wir das nicht schleunigst ändern, werden Gewalt und Manipulationsanfälligkeit zunehmen. Die vernichtende Ergebnisse der Bildungsstudie Pisa sind nichts anderes als ein weiteres Indiz dafür.“

Die beiden Artikel haben wir der Juli/August-Ausgabe der Zeitschrift „bildung & wissenschaft“ der GEW Baden-Württemberg entnommen. Wir bedanken uns für die Erlaubnis zum Nachdruck. Der zweite Artikel ist eine gekürzte Fassung.

FOTO: MANFRED VOLLMER

Hochschule und Forschung in Berlin

FOTO: TRANSIT/POLENTZ

Folker Schmidt

Hochschule und Forschung in Berlin weisen alle Facetten des Lebens auf. Auch Gleichstellungspolitik spielt eine immer stärkere Rolle. So hat das „Kompetenzzentrum für Frauen in Wissenschaft und Forschung“ herausgefunden, dass Berlin beim ‚Gleichstellungsranking‘ recht gut abschneidet. Heidi Degethoff de Campos als einschlägig bekannte Beauftragte stellt das gebührend heraus, weist allerdings auch auf die Tücken der angewendeten Methode hin.

Wie im gesamten Land Berlin, spielt die Medizin auch in den Hochschulen – schon aus Kostengründen – eine wichtige Rolle. Wolfgang Mix beschreibt das Hü und Hott der Politik in dieser Frage und weist auf das Rumgeeiere zwischen einem Integrations- und einem Anstaltsmodell und auf jetzt gegebene Zusagen hin, die verbindlich nie festgeschrieben werden. Und das alles auf dem Rücken der Beschäftigten, die ja schließlich die Qualität der Hochschulmedizin erhalten, wenn nicht sogar ausbauen sollen.

Parallel zu den Tarifverhandlungen des letzten Jahres tauchten weitgehend überraschend verschiedene Verbandsmeinungen in der Hochschullandschaft auf, die die Forderungen der GEW nach wissenschaftsspezifischen Tarifverträgen nicht sofort als absurd kennzeichneten, teilweise sogar unterstützten. Doch dann kamen wieder die Quertreiber und Bedenkenträger aus dem Hintergrund. Rainer Hansel weiß davon als Mitglied der GEW-Projektgruppe ein Lied zu singen.

Und die Hochschulen – hier die Freie Universität – hatten auch eine eigene Kindertagesstätte. Hatten, denn zum Jahresende ist es damit förmlich vorbei. Sabine Alexander beschreibt, wie vieles für die Beschäftigten und die FU gerettet werden konnte, und inwieweit sich der Übergang zum Studentenwerk vom dem zu den privaten Organisationen der übrigen Kitas Berlins positiv abhebt. Doch eine Träne im Knopfloch bleibt auch hier zurück ...

Folker Schmidt

Hochschulen im Gleichstellungsranking

Erstmals wurden Hochschulen auch in Bezug auf ihre Gleichstellungsbemühungen beurteilt.

von Heidi Degethoff de Campos, stellvertretende Vorsitzende der Abteilung Wissenschaft

Ein Kriterium wurde bisher – unabhängig vom beurteilenden Institut – vernachlässigt: die Leistungen einer Hochschule in Bezug auf die Gleichstellung von Frauen. Das Kompetenzzentrum für Frauen in Wissenschaft und Forschung (CEWS) in Bonn hat mit dem im vergangenen Wintersemester vorgelegten „Hochschulranking nach Gleichstellungsaspekten“ diese Lücke geschlossen.

Methodisch wurden in diesem Ranking Universitäten, Fachhochschulen und Künstlerische Hochschulen gesondert betrachtet, weil die Bedingungen in den jeweiligen Hochschultypen sehr unterschiedlich und nicht direkt miteinander vergleichbar sind. Gleiche Messgrößen für alle waren die Geschlechterverteilung bei den Studierenden, beim wissenschaftlichen und künstlerischen Personal sowie bei den Professuren, die anhand der Daten des Statistischen Bundesamtes ermittelt wurden, ebenso wie die Steigerung des Frauenanteils seit 1996. Bei den Universitäten kamen noch Promotionen und Habilitationen hinzu. Um dem unterschiedlichen Fächerprofil der Hochschulen innerhalb dieser Gruppen Rechnung zu tragen, wurden dabei die Frauenanteile bei Promotionen, Habilitationen, Professuren und wissenschaftlichen und künstlerischen Personal ins Verhältnis zu den Anteilen der Studentinnen der jeweiligen Hochschule gesetzt. Für jedes Beurteilungskriterium erfolgte eine Eingruppierung der Ergebnisse in eine Spitzengruppe (obere 25 Prozent) eine breite Mittelgruppe (50 Prozent) und eine für die besonders schlechten Ergebnisse (untere 25 Prozent).

Die Berliner Universitäten liegen mit an der Spitze

Die Berliner Universitäten liegen nach der Universität/Gesamthochschule Essen an der Spitze: In der Ranggruppe 2 (10 von 14 Punkten) liegt die Humboldt-Universiät (gemeinsam mit der Universität Göttingen) vorne, gefolgt von der Freien Universität und der Technischen Universität in Ranggruppe 3 (9 von 14) auf den Plätzen 1 und 2. Das bedeutet, dass die Berliner Universitäten in der Bundesrepublik eine Spitzenposition in Sachen Förderung von Frauen in der Wissenschaft behaupten.

Berliner Fachhochschulen finden sich in den ersten beiden Ranggruppen (10 bzw. 9 von 10) nicht, in Ranggruppe 3 (8 von 10) rangieren die beiden konfessionellen Fachhochschulen auf den Plätzen 2 und 3, gefolgt von der Fachhochschule für Wirtschaft, die Platz 1 in Ranggruppe 4 (7 von 10) einnimmt. Die großen Fachhochschulen (FHTW, FHVR und TFH) folgen in der Ranggruppe 6 (5 von 10) auf den Plätzen 2, 3 und 4.

Die künstlerischen Hochschulen Berlins sind in den entsprechenden Ranggruppen jeweils erstplatziert, und zwar in folgender Reihenfolge: Den einzigen Platz in der Ranggruppe 1 (9 von 10 Punkten) nimmt die HS für Schauspielkunst ein, gefolgt von der HS für Musik (Ranggruppe 4, 6 von 10), der Universität der Künste (Ranggruppe 5, 5 von 10) und der Kunsthochschule (Rang 6, 4 von 10).

So verdienstvoll dieser erste Überblick über die Leistungen der bundesdeutschen Hochschulen bei der Gleichstellung von Frauen ist, so fragwürdig scheint mir das methodische Instrumentarium zu sein. Am Beispiel der TU Berlin lässt sich exemplarisch beleuchten, zu welchen Verzerrungen dieses Vorgehen führt: Zu verdanken hat die TUB diesen Rang nämlich den Kategorien „Habilitationen von Frauen“ und „Wissenschaftliches und Künstlerisches Personal“, in denen sie hervorragend abschneidet, während sie in den Kategorien „Studierende“, „Promotionen“ „Professorinnen“, „Steigerung des Frauenanteils am hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal“ sowie „Steigerung des Frauenanteils an den Professuren gegenüber 1996“ nur im Mittelfeld liegt.

Aus meiner Sicht ist es schwierig, Universitäten und technische Universitäten quantitativ miteinander zu vergleichen. Traditionell haben technische Universitäten von vornherein einen Nachteil bei den Frauenanteilen auf allen Ebenen, in technischen Disziplinen spielt die Habilitation als Qualifikation auf eine Professur keine Rolle und die Steigerung des Frauenanteils auf Professuren hinkt dem in den Geistes- und Sozialwissenschaften schon aufgrund der geringeren Zahlen des weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchses hinterher. Möglicherweise wäre ein Ranking der Technischen Universitäten untereinander hier aufschlussreicher. Darüber hinaus hat sich dieses erste Gleichstellungsranking ausschließlich auf quantitative Daten erstreckt. Qualitative Anstrengungen der Hochschulen (wie die Einrichtung spezieller Förderprogramme) wurden nicht berücksichtigt. Auch hier halte ich das Instrumentarium für erweiterbar und sehe einer Fortschreibung gespannt entgegen.

FOTO: PRIVAT

Heidi Degethoff de Campos

Über ein Jahr Fusion und Umstrukturierung der Berliner Hochschulmedizin

Markenzeichen unverändert: fehlende Transparenz, Ziel nicht erkennbar, Zukunft im Nebel.

von Wolfgang Mix, Mitglied des Gesamtpersonalrats der Humboldt-Universität

FOTO: PRIVAT

Wolfgang Mix

Vor genau einem Jahr wurde in der blz über Bewegung und Perspektiven der Berliner Hochschulmedizin berichtet (10/2003, S. 11-12). Zu diesem Zeitpunkt (Stand Ende August 2003) war die von der rot-roten Landesregierung gemäß Koalitionsvereinbarung ursprünglich beabsichtigte Schließung des zur Freien Universität Berlin gehörenden Universitätsklinikums Benjamin Franklin (UKBF) zwar abgewendet. „Alternativ" – aber nicht minder wissenschafts- und beschäftigtenfeindlich – war nach Massenprotesten entschieden worden, die angesichts des gigantischen Berliner Finanzlochs verordnete „Einspar"summe von jährlich 98 Mio. Euro nun durch die Berliner Hochschulmedizin insgesamt erbringen zu lassen.

Charité: Campus Klinikum Benjamin Franklin.

FOTO: KLINIKUM

Wissenschafts- und beschäftigtenfeindliche Kürzungen

Statt der plump angedachten Schließung des Universitätsklinikums mit dem höchsten Investitionsbedarf, aber auch mit der stärksten Lobby in der Stadt, sind nun Zusammenlegungen, Abbau von Doppelpotenzialen und Schließungen von Teilbereichen angesagt. Damit sind – angesichts bevorstehender, bislang nicht vorstellbarer Einschnitte und kaum einvernehmlich zu treffender Standortentscheidungen – tiefgreifende Interessenkonflikte zwischen beiden Klinika programmiert. Anwendung von „Teile und herrsche" auf dem vermuteten Weg des geringsten Widerstands?!

„Expertenempfehlungen" folgend wurde zum 1. Juni 2003 per „Vorschaltgesetz zum Gesetz über die Umstrukturierung der Hochschulmedizin im Land Berlin (HS-Med-G)" aus der Universitätsmedizin der FU und der Universitätsmedizin der HU (bisherige Charité, bestehend vor allem aus der „alten Charité" in Mitte und dem früheren Virchow-Klinikum) die neue Körperschaft des öffentlichen Rechts „Charité – Universitätsmedizin Berlin" errichtet und als gemeinsame Gliedkörperschaft beiden Universitäten zugeordnet.

Das Vorschaltgesetz als Rechtsgrundlage für dieses ungewöhnliche Konstrukt überschreitet mit einer Vielzahl von Regelungen deutlich den Rahmen eines Errichtungsgesetzes. Positiv auf die inhaltliche Gestaltung der eingeleiteten Fusion (Umstrukturierung der Berliner Hochschulmedizin) hat sich das Gesetz dennoch nicht ausgewirkt: Zum einen ist das Gesetz handwerklich schlecht (federführend waren anstelle der zuständigen Senatsverwaltung die Abgeordneten Bert Flemming [SPD] und Benjamin Hoff [PDS] als wissenschaftspolitische Sprecher ihrer Fraktionen im Abgeordnetenhaus). Zum anderen fehlen aber entscheidende Regelungen – Ausdruck ungelöster Konflikte sowohl im rot-roten Regierungslager als auch zwischen den und innerhalb der fusionierenden Klinika.

Nicht geregelt sind insbesondere die Rechtsform des neuen Klinikriesen und der Ausschluss fusions-

bedingter Kündigungen und Herabgruppierungen für die ca. 15.000 Beschäftigten – eine elementare Forderung angesichts des entstandenen Personalüberhangs von mindestens 3.000 Beschäftigten.

Dilemma für Regierungspolitiker und Charité-Vorstand

Die verantwortlichen Regierungspolitiker möchten die Fusion der Berliner Hochschulmedizin gern als bedeutenden Beitrag zur Lösung der Berliner Finanzkrise verkaufen. Ihr Dilemma und nicht zuletzt das des seit dem 15. Februar 2004 tätigen (erst seit 1. Juli 2004 vollständigen) Charité-Vorstands besteht aber darin, die Hochschulmedizin so umzustrukturieren, dass die enormen Kürzungen (jährlich 98 Mio. für Lehre und Forschung, hinzu kommt eine jährliche 9 Mio.-Absenkung des Krankenkassenbudgets, die ab 2006 mit Einführung des Fallpauschalen-Abrechnungssystems gegenüber den Krankenkassen auf einen Fehlbetrag im höheren zweistelligen Mio.-Bereich anwächst) abgefangen werden, ohne die Spitzenposition der Charité als universitätsmedizinisches Kompetenzzentrum irreparabel zu beschädigen.

Sozialverträglich contra privatwirtschaftlich

Für die inhaltliche Gestaltung der Fusion gibt es unter den gegebenen Bedingungen zwei Wege, um die (teils hinter den Kulissen) heftig gerungen wird: „Weg I“ wäre die Entscheidung für einen sozialverträglichen und daher gemeinsam mit motivierten Beschäftigten durchgeführten Umstrukturierungsprozess unter Beibehaltung der Rechtsform (universitäre Einbindung der Krankenversorgung nach dem Prinzip der Einheit von Lehre, Forschung und Krankenversorgung – „Integrationsmodell“). „Weg II“ wäre hingegen die Umstrukturierung in Verbindung mit einer Rechtsformänderung (Herauslösung der Krankenversorgung aus dem Verbund von Lehre und Forschung der Medizinischen Fakultät und Umwandlung des abgekoppelten Klinikbetriebes in eine Anstalt des öffentlichen Rechts). „Weg II“ wäre letztlich der Weg in die Privatisierung der Krankenversorgung und damit klar eine Entscheidung gegen die Beschäftigten – mit den bekannten Folgen für Arbeitsplatzsicherheit, Arbeitsbedingungen, Vergütung, Altersversorgung usw. Dieser Weg wird von den neoliberalen Fraktionen im Abgeordnetenhaus einschließlich der SPD-Fraktion gewollt und von einer Gruppe SPD-Abgeordneter um Bert Flemming mit Vehemenz gefordert. Als Argumente die alte Leier – die bei einer Abtrennung des Krankenhausbetriebes vom Wissenschaftsbereich angeblich besseren Möglichkeiten für eine effiziente Betriebsführung, für flexibles unternehmerisches Handeln usw. Dass auch in einer öffentlich-rechtlichen Gliedkörperschaft (Integrationsmodell) genügend Freiraum für eine unternehmerisch handelnde Klinikleitung vorhanden ist, wird durch konkrete Beispiele sowie durch Studien bis hin zu Empfehlungen des Wissenschaftsrates belegt, aber von den Herren Flemming & Co. im Sinne ihrer Lobby bewusst ignoriert. Die PDS-Fraktion denkt in dieser Frage weniger an eigene Grundsätze und ihre Klientel, sondern ist bemüht, sich als verlässlicher Koalitionspartner zu präsentieren. So haben sich vor der Inkraftsetzung des Vorschaltgesetzes die erwähnten Herren Flemming und Hoff gemeinsam dafür ausgesprochen, dass in dem folgenden Hochschulmedizinstrukturgesetz (HS-Med-G) die „Anstaltslösung“ festgeschrieben wird.

Widerstand hat Chancen

Ablehnung der verunsicherten Beschäftigten, entschlossener und kreativer Widerstand der von den Gewerkschaften unterstützten Personalvertretungen, aber auch die mehrheitlich ablehnende Haltung der an der weiteren Integration der Krankenversorgung in Lehre und Forschung überwiegend interessierten Professorenschaft haben bisher verhindert, dass die regierungsseitig favorisierte „Anstaltslösung“ in Angriff genommen wird. Angesichts der klaren „Ablehnung von unten“ lehnt Wissenschaftssenator Flierl [PDS] im April zur Überraschung und zum Ärger der Anstalts-Hardliner die Umwandlung der Charité in eine An-

Die Charité, Campus Klinikum Mitte. FOTO: PAUL GLASER

stalt öffentlichen Rechts ab. Zumindest vorläufig – für die Phase der Umstrukturierung, die vermutlich gegen Ende 2005 mit dem Inkrafttreten des HS-Med-G beendet wird. Denn wie zu erfahren ist, schließt Flierl die Festschreibung einer eventuellen späteren Rechtsformwandlung als Möglichkeit im HS-Med-G ein. Der Charité-Vorstand folgt dieser Positionierung des Wissenschaftssenators, der in dieser Funktion zugleich Vorsitzender des Aufsichtsrats der Charité ist. Erstmals und wohl nicht ganz freiwillig sind mehrfach Erklärungen zu hören, entgegen den Empfehlungen der Unternehmensberatung Roland Berger Strategy Consultants keine Rechtsformänderung zu beabsichtigen, darüber hinaus „zum jetzigen Zeitpunkt" betriebsbedingte Kündigungen auszuschließen und alle vier Standorte des Großklinikums zu erhalten. Im Bereich der Forschung ist eine Konzentration auf wissenschaftliche Schwerpunkte geplant, wofür sich die Charité standortübergreifend in relativ eigenständig agierende medizinische (Leistungs-) Zentren organisieren will, in welchen jeweils mehrere Kliniken und Institute interdisziplinär zusammenarbeiten. Zugleich wird beschlossen, im Zuge der Umstrukturierung 380 der ca. 3.500 Betten noch 2004 abzubauen – vorerst. Mindestens 250 Pflegekräfte und 20 Arztstellen werden überflüssig – vorerst. Ebenfalls beschlossen der Abbau von 20 der 108 Lehrstühle – vorläufig.

Unternehmerisch betätigte sich der Charité-Vorstand noch in anderer Hinsicht. Statt endlich in Tarifverhandlungen einzutreten, beschloss er selbstherrlich zum 1. April 2004 neue Vertragsbedingungen bei Neueinstellungen sowie für die Weiterbeschäftigung langjähriger Mitarbeiter mit Zeitverträgen, deren Verträge nach dem 30. April 2004 abgelaufen sind (40-Stunden-Woche, Festsumme ohne Steigerungen nach BAT, Wegfall des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes). Die geänderten Bedingungen betreffen alle Berufsgruppen, die neue Verträge unterzeichnen, und sollen bis zum Abschluss eines Haustarifvertrages gelten. Man kann sich unschwer vorstellen, wie der Haustarifabschluss nach den Vorstellungen des Vorstandes auszusehen hat. Wissenschaftssenator Flierl, zugleich Aufsichtsratsvorsitzender, ist hier seiner Aufsichts- und Kontrollpflicht bemerkenswerterweise nicht nachgekommen, um Verschlechterungen für die Beschäftigten abzuwenden. Die Personalvertretungen sprechen gegenüber dem Vorstand eine sehr deutliche Sprache und fordern die Beschäftigten auf, sich dagegen zur Wehr zu setzen, dass sie die bei Fusion und Umstrukturierung anfallende Zeche zahlen sollen. Dem Vorstandsvorsitzenden fällt dazu nicht mehr ein, als von der „Pflicht zum Frieden" zu sprechen.

Berechtigte Zweifel

Fazit: Das widersprüchliche Verhalten sowohl des Wissenschaftssenators als auch des Charité-Vorstands lassen berechtigte Zweifel an der Seriosität geäußerter Absichten aufkommen. Konstruktive Wachsamkeit ist angesagt. Die zweifellos vorhandenen Chancen zu nutzen erfordert auch weiterhin Ausdauer, kreativen Widerstand sowie Durchsetzungsvermögen der Beschäftigten, ihrer Personalvertretungen und der Gewerkschaften.

Krankenhaus Charité, Campus Klinikum Virchow, Neubauten für ärztliche Versorgung und Lehre.

FOTO: PAUL GLASER

Prozessvereinbarung, Tarifvertrag Wissenschaft und die Hochschulen in Berlin

Die Modernisierung des Tarifrechts im Öffentlichen Dienst und an den Hochschulen hat in den letzten zwei Jahren neue Formen angenommen.

von Rainer Hansel, Referatsleiter Hochschule und Forschung der GEW Berlin

Auf der Bundesebene wurde mit dem Potsdamer Tarifabschluss 2003 eine Prozessvereinbarung geschlossen. Diese sieht die Überarbeitung des gesamten Tarifwerkes im öffentlichen Dienst bis Frühjahr 2005 vor. In den vielen Umbau- und Abbauvorhaben dieser Republik ist die Diskussion um neue tarifliche Regelungen im öffentlichen Dienst weitgehend unbemerkt geblieben. Nur mit der Kündigung der Zuwendungstarifverträge / Urlaubsgeld und dann noch einmal der Arbeitszeitregelungen im Tarifbereich West wurde das Thema aus dem Untergrund geholt. (Vielleicht liegt die geringe Beachtung auch ein wenig daran, dass die Neuregelung außerhalb der in den Gewerkschaften eigentlich üblichen Bahnen läuft.)

In Berlin sind nach dem Austritt aus den Arbeitgeberverbänden neue Tarifverträge abgeschlossen worden, die vorsehen, die Möglichkeit zur Übernahmen der Änderungen auf Bundesebene zu prüfen.

Für die Hochschulen stellen sich zusätzliche Fragen, die sich unter den Schlagworten wissenschaftsspezifische Lösungen im Rahmen des BAT/BAT-O oder auch Tarifvertrag Wissenschaft zusammenfassen lassen.

Die kommenden Tarifauseinandersetzungen

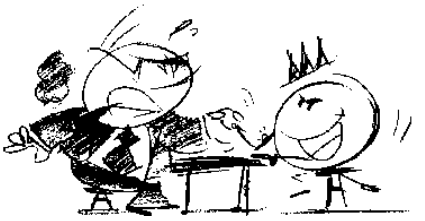
Nachdem es zu Beginn des Jahres mit der Stellungnahme des Wissenschaftsrates zusätzliche Argumente für wissenschaftsspezifische tarifliche Regelungen gab, ist tatsächlich eine weitere Arbeitsgruppe im Rahmen der Prozessvereinbarung in Angriff genommen worden, die den Wissenschaftsbereich „bedienen“ sollte. Dass außer einem ersten Treffen nicht mehr weitergearbeitet wurde, liegt am Ausscheiden der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (als Hauptträger der Hochschulen) aus den Verhandlungen im Rahmen der Prozessvereinbarung nach der Kündigung der Arbeitszeitregelungen West durch die TdL.

Noch komplizierter ist die Lage im Wissenschaftsbereich durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur 5. Novelle des Hochschulrahmengesetzes geworden. Die dort fixierten Veränderungen zur Personalstruktur mit den Juniorprofessuren, Doktoranden und die Befristungsregelungen für befristete wissenschaftliche Mitarbeiter sind mindestens auf den Stand von vor 2002 zurückgeworfen. Einerseits müssen wir die jeweiligen Ergebnisse der Veränderung des BAT/BAT-O (oder wie immer dieses Ding dann auch heißen wird) diskutieren und bewerten. Dies muss jetzt wesentlich intensiviert werden, wenn wir nicht wieder wie letztes Jahr beim Berliner Abschluss durch eine Einigung auf Spitzenebene überrascht werden wollen.

FOTO: TRANSIT/POLENTZ

Rainer Hansel

Zum anderen haben wir für die Hochschulen spezifische Hausaufgaben zu erledigen: Welche Konsequenzen ziehen wir aus den vielfältigen Ansätzen zu wissenschaftsspezifischen Themen? Aktuell in der Debatte ist das Befristungsthema: Wer soll wie lange aus welchem Grund befristet beschäftigt werden? Zwar sperrt die alte HRG-Regelung die Tarifierung von Befristungen, aber bleibt dies so? Wie können mehr unbefristete Beschäftigungsverhältnisse entstehen? Welche Übergänge aus befristeten zu unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen sind beschreibbar? Ist tenure-track tarifierbar? Sind die Probleme der Differenz von geleisteter und bezahlter Arbeit wissenschaftlicher Mitarbeiter tariflich lösbar? Welche Konsequenzen ergeben sich aus (dem inzwischen eingestellten) Vorstoß der Humboldt-Universität zu besonderen Beschäftigungsbedingungen für befristete wissenschaftliche Mitarbeiter mit Festgehalt und Leistungskomponenten? Sind Drittmittelbedingungen besonders tariflich zu behandeln?



Die Vorbereitung der Tarifrunde 2005 wird auch für den Bereich Hochschule und Forschung noch wichtiger, da wir wissen, dass die Hochschulen von den aktuellen Entwicklungen weitgehend abgeschnitten sind und auch praktisch keine eigene Arbeitskapazität für dieses Thema zur Verfügung haben. Auch wenn die Verträge bis 2009 geschlossen sind, werden wir 2005 tariflich gefordert werden.

GEW und ver.di haben in Eckpunkten und Stellungnahmen zu verschiedenen Ansätzen Position bezogen und die GEW BERLIN hat in den Verhandlungen zu den Tarifverträgen mit den Hochschulen konkrete Vorstellungen eingebracht. Darauf lässt sich aufbauen.

FU ist endlich Kita (-) los!

Die Kindertagesstätte der Freien Universität steht vor einem Trägerwechsel.

von Sabine Alexander, Personalrat der FU

FOTO: PRIVAT

Sabine Alexander

Vor nun fast 30 Jahren, nämlich 1976, als das Richtfest des FU-eigenen Kita-Neubaus bevorstand, titelte das damals FU-Info genannte Magazin im September: Ihr Kinderlein kommet!

Dann aber:

- nachdem seit 1965 erste Initiativen für eine betriebseigene Kita 1972 zur Befürwortung durch das Kuratorium führten,
- nachdem ab 1973 die ersten 25 Kinder noch provisorisch in einer Villa betreut wurden,
- konnte 1977 der Neubau für 174 Kinder bezogen werden und
- nachdem in den 80er Jahren durch die Einbeziehung der Erkenntnisse der Reggio-Pädagogik und durch die Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Erziehungswissenschaften die Arbeit mit den Kindern ständig weiterentwickelt wurde, kam alles anders:
- 1996 bis 1999 massive Angriffe der Hochschulleitung von Stellenbesetzungssperre, Spielplatzabriss, Übergabe an das Studentenwerk oder Privatisierung bis hin zu Schließung,
- die mit Hilfe breiter Unterstützung abgewehrt werden konnte, so dass
- im Juli 1999 das Kuratorium dann endlich beschloss, dass die Kita in FU-Trägerschaft bleiben soll, allerdings mit 38 Plätzen weniger. Aber nun soll diese Kita doch einen neuen Träger bekommen!?

Spielplatz an der Kita der Freien Universität.

FOTO: PRIVAT

Was hat sich seit 1999 geändert?

Damals hätte die FU bei Abgabe oder Schließung der Kita den Haushaltsansatz für die Kita durch den Senat abgezogen bekommen, also kaum eine Einsparung gehabt. Jetzt aber bleibt es mit der neuen Haushaltspolitik der Universität überlassen, wie viel oder wie wenig Geld wofür ausgegeben wird. Dazu kommt, dass das Studentenwerk im Gegensatz zu damals jetzt die Zusicherung vom Senat hat, ein Platzgeld pro Kind zu erhalten, womit wir beim neuen Träger, dem Studentenwerk Berlin sind. Beim Studentenwerk bleiben wir Beschäftigte im öffentlichen Dienst, was ja für viele SenatsKita-KollegInnen, deren Kitas auf private Träger oder eventuell in eine GmbH übergehen, nicht zutrifft.

Mit diesen Punkten geht einher, dass der Widerstand gegen den Trägerwechsel sehr geschrumpft ist, obwohl es wohl keine Kollegin und keinen Kollegen in unserer Einrichtung gibt, die oder der diesen Wechsel begrüßt.

Der vom Verwaltungsrat des Studentenwerks am 24. August 2004 bestätigte Übernahmevertrag, an dem im Vorfeld auf FU-Seite Kita-Leitung, Personalrat, Schwerbehindertenvertrauensfrau und Frauenvertretung mit der Personalleitung verhandelten, sieht einen Erhalt der Kita-eigenen Küche wenigstens bis Februar 2007 vor, die Platzzahl darf nicht reduziert werden, bis zu 18 Plätze werden für unbürokratische (Not-)Aufnahmen von der FU bezahlt. Ein weiterer Trägerwechsel ist nur mit Zustimmung der FU und ihrer Personalvertretung möglich, eine Privatisierung wird ausdrücklich ausgeschlossen. Das Studentenwerk hat betriebsbedingte Beendigungskündigungen sogar länger als die FU tarifvertraglich ausgeschlossen, nämlich bis zum 28. Februar 2010 (FU bis 31. Dezember 2009).

Die Freie Universität war unser Arbeitsplatz, mit dem wir uns identifiziert haben. Das ist jetzt vorbei. Bye, bye FU!

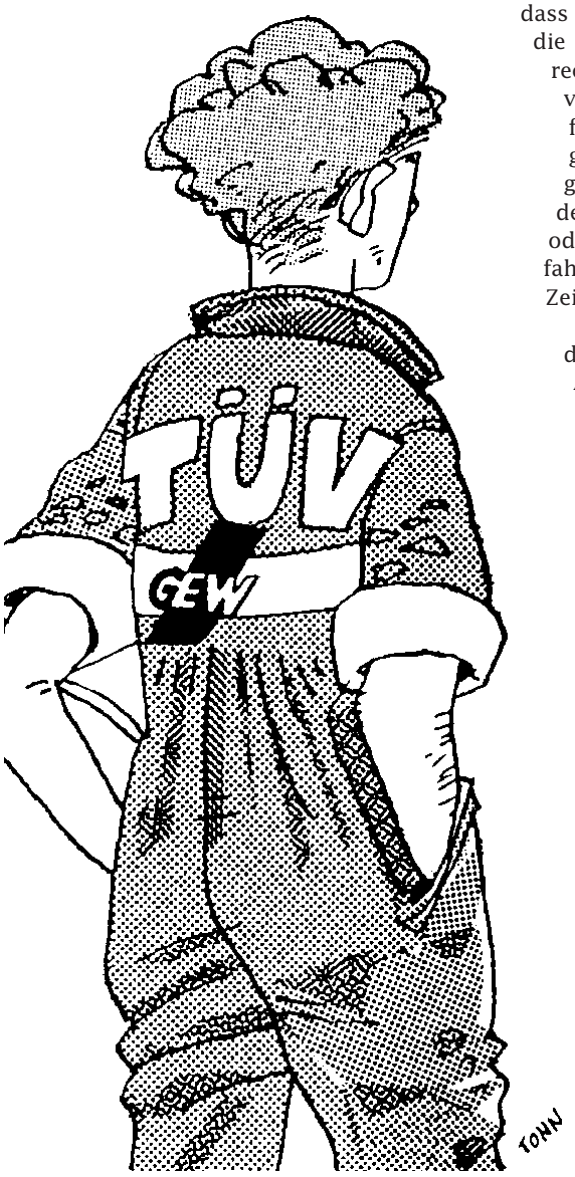
Vom schwierigen Umgang mit der Wahrheit

Wer ist schuld an langwierigen Beförderungsverfahren?

FOTO: PRIVAT

von Ilse Schaad, Referatsleiterin Angestellten- und Beamtenrecht

Schulen warten jahrelang auf den neuen Direktor" lautete am 26. August 2004 eine Schlagzeile im *Tagesspiegel*. Bildungssenator Klaus Böger hatte dafür auch flugs eine Erklärung parat, die sich von früheren Erklärungen für jedwedes verschleppende Verwaltungshandeln nicht unterschied: „In den Einzelfällen, in denen es besonders lange dauere, liege es ‚insbesondere' an rechtlichen Auseinandersetzungen mit den Beschäftigtenvertretungen und unterlegenen Bewerbern."



Na also, da haben wir sie ja, die Schuldigen. Ob es um Umsetzungen, Versetzungen, Einstellungen, und diesmal um Beförderungen geht, Böger weiß immer, wer Schuld daran ist, wenn's nicht klappt: die Personalräte (insbesondere natürlich, diejenigen der GEW BERLIN). Gerne verschweigt er, dass beispielsweise bei Umsetzungen die Personalräte keine Beteiligungsrechte haben und dass die Personalvertretungen die Einzigen sind, die fristgebunden ihre Aufträge erledigen müssen. Nur sie haben 14 Tage Zeit etwas abzuarbeiten, alle anderen können sich auch 14 Wochen oder – gerade bei Beförderungsverfahren durchaus üblich – 14 Monate Zeit lassen.

Die unzutreffende Behauptung, dass insbesondere die rechtlichen Auseinandersetzungen bei Beförderungen zu Verzögerungen führen, verfolgen natürlich auch noch einen anderen Zweck. Der in der Verwaltung und in seiner eigenen Partei nicht gerade als Anhänger demokratischer Mitbestimmung bekannte Senator möchte damit auch argumentativ seine Hauruck-Aktion hinsichtlich des Wegfalls jeglicher Mitbestimmung bei Beförderungsstellungen im Schulleitungsbereich unterfüttern.

Ein näherer Blick auf die rechtlichen Auseinandersetzungen bei Beförderungsstellen ist lohnend und gleichzeitig für den Bildungssenator entlarvend.

Kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen Personalräten und Behörden über Beförderungen, ist ein Einigungsverfahren bei der Einigungsstelle einzuleiten. Über alle Streitfälle gibt der jährliche Bericht der Einigungsstelle für Personalvertretungssachen Auskunft.

Im Jahr 2002 gab es nur einen einzigen Antrag, der den Vorschlag der Dienstbehörde an die Gesamtkonferenz für die Benennung von Schulleitern etc. betraf. In keinem weiteren Fall war Beförderung oder Übertragung von höher zu bewertenden Tätigkeiten im Schulbereich betroffen.

Im Jahr 2001 kam es zu keiner diesbezüglichen rechtlichen Auseinandersetzung vor der Einigungsstelle.

Im Jahr 2000 war die Einigungsstelle zweimal mit der Frage beschäftigt, ob die Vorlage für die Gesamtkonferenz korrekt war und einmal mit der Frage der Beauftragung mit höherwertigen Aufgaben.

Im Jahr 1999 kam es zu keinen Streitfällen, ebenso im Jahr 1998.

Im Jahr 1997 wurde ein Streitfall diesbezüglich verzeichnet.

Die Vielzahl der Fälle, in denen Beförderungsverfahren extrem lange dauern, können also mit den rechtlichen Streitigkeiten zwischen Behörde und Beschäftigtenvertretung nicht erklärt werden. Unterlegene Bewerber klagen in der Regel auch nur dann, wenn es ausreichende Hinweise auf eine fehlerhaftes Beförderungsverfahren gibt.

Natürlich sind der GEW BERLIN auch Einzelfälle bekannt, in denen es zu erheblichen Verzögerungen bei den Stellenbesetzungen kam. Auffällig oft betraf dies allerdings Schulen, bei denen sich ehemalige GEW-Aktive für Schulleitungsstellen beworben haben. Hier hat die Behörde mit allen Tricks und Winkelzügen die Beförderungen der ausgewählten BewerberInnen verzögert.

Die Methode Bögers ist altbekannt: Von eigenem Versagen kann man am Besten dadurch ablenken, dass man mit ausgestrecktem Zeigefinger auf jemand anders deutet und „Haltet den Dieb!" brüllt.

Schulgesetz aus Schülersicht

Positives bei der Mitwirkung, Zweifel bei der Schulzeitverkürzung.

FOTO: PRIVAT

von Alexander Freier

Den Vorsitz des LandesschülerInnenausschusses habe ich erst in der Endphase der Schulgesetzdiskussion übernommen. Ich bin Schüler an einer Gesamtschule und habe mich dort besonders und erfolgreich dafür eingesetzt, dass wir eine „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ werden.

Ich beschränke mich hier auf die Teile, die ich selbst mit verfolgen konnte und einschätzen kann. Das ist zum einen die Schülermitwirkung selbst, die Schulstruktur mit der Oberstufendiskussion und als pädagogische Veränderung die Verpflichtung zur Beratung und Förderung bei Versetzungsgefährdung.

Mitwirkung von SchülerInnen

Das neue Schulgesetz hat bezüglich der Mitwirkung von SchülerInnen neben der eindeutigeren Regelung unserer Rechte auf Presse- und Versammlungsfreiheit ein paar Veränderungen gebracht, von denen wir hoffen, dass sie wenigstens einen Teil unserer Probleme lösen können. Hierzu gehören die Wahl der Schulsprecher durch die Gesamtschülerschaft und die Möglichkeit auf Landesebene abweichende Mitwirkungsformen zu entwickeln. Die müssen wir dann allerdings wieder „von oben“ genehmigen lassen. Dazu muss man wissen, dass sich nach der Wende aufgrund der Unzufriedenheit mit der Gremienarbeit nach dem Schulverfassungsgesetz neben dem LandesschülerInnenausschuss eine zweite Struktur, die LandesschülerInnenkonferenz und die LandesschülerInnenvertretung entwickelt hat. Das hat unsere sowieso schon schwachen Kräfte reduziert. Mein Hauptanliegen ist es, eine konstruktive Zusammenführung der beiden Strömungen zu fördern.

Kaum ein Erwachsener macht sich klar, wie schwer die gleichberechtigte Mitwirkung für SchülerInnen überhaupt ist. In der Schule selbst mag sie noch funktionieren, wenn die LehrerInnen, die VertrauenslehrerInnen und die Schulleitung uns dabei unterstützen. Auf Bezirks- und Landesebene haben wir die schlechtesten Karten. LehrerInnen können ihr Berufsleben lang mit gestalten, während Eltern schon mit einem Kind zehn Jahre dabei sein können. Unsere gleichberechtigte Mitwirkungszeit beschränkt sich auf sieben und zukünftig nur noch sechs Jahre. Davon kann man die 7. Klasse an Realschulen und Gymnasien wegen des Probehalbjahres und die 10. Klasse zukünftig wegen des mittleren Schulabschlusses abziehen. Durch die verkürzte Oberstufe wird die stärkste Stütze der Schülermitwirkung geschwächt, denn die damit einhergehende Verdichtung des Stoffs und der Stundentafel in der Sek I wird sich auch auf unsere freien Kräfte und unser Engagement auswirken. Wir müssen also Formen finden, die unseren Möglichkeiten entsprechen und uns auf Schwerpunkte konzentrieren. Wenn man in den Gremien mitbekommt, dass es außer in der Schulkonferenz sowieso keine Mitbestimmung gibt, kann man auch daraus seine Schlüsse ziehen und sich auf Meinungsbildung in den Schülergremien konzentrieren. Ich habe es selbst leidvoll erfahren, was der Bezirksschulbeirat bewirken kann gegen kurzsichtige Planung der Verwaltung: Nichts, wenn nicht politische Einflussnahme zu Hilfe kommt. Also dann doch lieber gleich politisch Einfluss nehmen!

Schulstruktur

Den Oberstufenzirkus habe ich noch voll mitbekommen. Da wurde erst ein Modell von zweieinhalb Jahren in die Berliner Schullandschaft gesetzt, das in Wirklichkeit zweidreiviertel Jahre bedeutete und niemanden überzeugen konnte, nur um durch diese Hintertür die zweijährige Oberstufe durchzusetzen. Als „Ostler“ weiß ich, welches Mehrheitsbündnis das durchgesetzt hat. Im Osten haben wir schließlich auch nur 12 Jahre zum Abitur ge-

braucht, ...aber wir hatten kein gegliedertes Schulsystem und die Lehrer konnten sein, wie sie wollten, für die Schülerleistung waren sie verantwortlich.

Beratungspflicht

Was jetzt mit der Beratungs- und Förderungspflicht bei Versetzungsgefährdung im Schulgesetz steht, ist ja gut. Das war in der DDR aber Standard, weil es ja auch keine Schule gab, in die man SchülerInnen abschieben konnte. Jetzt kommt so etwas neu ins Gesetz ohne eine Förderstunde und bei stark gestiegenen Anforderungen an die LehrerInnen durch Arbeitszeiterhöhung, Vergleichsarbeiten, Schulprogrammentwicklung, Evaluation.

Ich kann mir noch nicht vorstellen, dass diese Medizin wirkt. Mich interessiert auch, wie der § 58 Abs. 2 an Gesamtschulen ausgelegt wird. Hier gibt es ja das Sitzenbleiben vergleichsweise selten. Dafür haben wir die Fachleistungskurse. Aber die Konsequenzen von Leistungsausfällen auf den Abschluss sind genauso schwerwiegend. Hier muss rechtzeitig etwas passieren.

Aber zurück zum Abitur: Die Verkürzung der Schulzeit soll Geld sparen. Damit das Abitur aber anerkannt wird in anderen Bundsländern, sind bestimmte Unterrichtsstunden verbindlich. Also werden die Stunden, die in der Oberstufe nun fehlen, auf die anderen Schuljahre von Klasse 5-10 verteilt. Das ist ja erst mal teurer, weil die Oberstufe kleiner ist. Wir haben in den Gremien lange gestrampelt, dass nicht nur die Gymnasien zusätzliche Stunden bekommen. Das ist immer noch nicht ganz gelungen. Es geht ja nicht nur darum, das die Abiturienten auf ihre Stunden kommen. Alle SchülerInnen sollen die Chance haben, den mittleren Schulabschluss zu machen. Und wenn die Hauptschule dafür weniger Stunden hat, obwohl die Schüler eher mehr Zeit brauchen, finden wir das ungerecht.

Überhaupt stellt sich für uns – nach PISA – die Frage, ob eine Verkürzung der Zeit zum Abitur mehr Abiturienten und weniger soziale Auslese bringt. Wir bezweifeln das sehr.

Auch der ständige Hinweis auf das fehlende Geld zieht nicht wirklich, wenn die Sekundarstufe nicht wirklich reformiert wird und die Förderung der einzelnen SchülerInnen zur Verhinderung von teuren Klassenwiederholungen und zum schnelleren Durchlauf für schneller Lernende in den Vordergrund gestellt wird. Das würde wirklich Geld sparen und uns SchülerInnen Schulzeit. Durch das neue Schulgesetz wird auf jeden Fall der Druck auf uns Schüler ab Klasse 5 deutlich höher. Wir verbringen mehr Zeit in der Schule ohne Essen- und Arbeitsmöglichkeiten. Da geht es uns wie den Lehrern. Vielleicht sollten wir doch noch enger mit denen zusammenarbeiten.

Sparen auf Kosten der Schulen

Die Rahmenpläne der Berliner Schule gibt es nur noch virtuell.

FOTO: PRIVAT

von Udo Jeschal, Geschäftsführer der GEW BERLIN

Der Unterricht in der Berliner Schule hat sich an den gültigen Rahmenplänen zu orientieren – sagt der Arbeitgeber. Das ist an sich einsichtig und dagegen ist wenig einzuwenden. Problematisch wird es, wenn man so altmodisch ist und meint, einen Ausdruck des entsprechenden Werkes haben zu müssen, um dieser Anforderung gerecht werden zu können.

Die Senatsverwaltung ist bereits seit längerem auf den Dreh gekommen, das Internet vermeintlich „kundenfreundlich" als Sparbüchse auf Kosten der Beschäftigten zu nutzen. Angefangen hat es mit den diversen Diskussionsentwürfen des Schulgesetzes. Der Informationsbereitstellung war nach Ansicht der Senatsverwaltung mit der Veröffentlichung im Internet Genüge getan. Wer keinen Internet-Anschluss hat (soll es noch geben) oder keine Lust hatte, die Entwürfe (deren Gültigkeit z.T. mit der Veröffentlichung bereits abgelaufen war) auf dem heimischen Tintenstrahldrucker auszudrucken, blieb in der Regel außen vor. Damals sprang die GEW BERLIN ein und druckte zweimal die Entwurfsfassungen für ihre Mitglieder. Mit Erlass des neuen Schulgesetzes geht es in gleicher Weise weiter. Lobenswerterweise wird eine Elternbroschüre mit dem Gesetzestext und Erläuterungen veröffentlicht – eine entsprechende Information für die LehrerInnen gibt es nicht und sie ist auch ausdrücklich nicht vorgesehen. Die einzelne Lehrkraft kann sich den Gesetzestext privat und auf eigene Kosten organisieren.

Mit den Rahmenplänen setzt Bögers Verwaltung diesen erfolgreichen Weg fort. Seit Beginn des neuen Schuljahres sind für viele Fächer neue Rahmenlehrpläne gültig bzw. es gibt entsprechende Entwürfe. Wer mehr wissen möchte, kann wieder die Internetseite der Senatsverwaltung (bzw. des Lisum) aufsuchen und sich alles ausdrucken, sofern die Rahmenlehrpläne nicht auf Kosten des schulischen Kopieretats vervielfältigt werden Das Ganze hat mittlerweile Methode: Das Internet-Angebot der Senatsverwaltung wird zum Download-Bereich für die Beschäftigten, die sich die für ihre Arbeit erforderlichen Informationen dort selbst und v.a. auf eigene Kosten zu beschaffen haben. Die Senatsverwaltung handelt getreu dem Motto: Kleinvieh macht auch Mist. Das Modell ist ausbaufähig: Wieso der Schulschlüssel noch kostenlos zur Verfügung gestellt wird, ist ebenso wenig einsichtig wie die mietfreie Überlassung der Schränke im Lehrerzimmer. Und wenn man schon dabei ist, sollte auch die Umlage der Kosten der Personalaktenführung auf die Dienstkräfte in Erwägung gezogen werden...

Die GEW BERLIN stellt ihren Mitgliedern kostenfrei Ausdrucke der gültigen Rahmenlehrpläne zur Verfügung. Dieser Service gilt nur für Einzelexemplare und schriftliche Bestellungen. Die Anleitung und Bestellformulare – natürlich auch nur über das Internet (!) unter:

www.gew-berlin.de/rahmenplaene.htm

Die Rahmenplanposse

Das neue Fach Arbeitslehre/WAT kommt.

von Günter Reuel/ Manfred Triebe, (Gesellschaft für Arbeitslehre Berlin – GfAlB)

Die Gesellschaft für Arbeitslehre in Berlin hat viele Mitglieder und über diese hinaus zahlreiche Kontakte zu Schulen. Noch nie ist uns zu Ohren gekommen, dass der seit vier Jahren gültige Rahmenplan Arbeitslehre nun schon wieder einer Überarbeitung bedarf. Eine Evaluation, deren Ergebnis dies nahe legen könnte hat es bis heute jedenfalls nicht gegeben. Tatsache ist, dass unser Fach überzeugende Unterrichtsmodelle und eine adäquate Fortbildung (bei moderater Unterrichtsentlastung) braucht. In Brandenburg scheint das anders zu sein. Dort ist die Anfälligkeit für Modisches offenbar sehr groß (nicht unbedingt bei Lehrern, aber in der Verwaltung). Man erinnert sich, wie in den Nachwende-Jahren die „Computer-Kabinette" regelrecht verehrt wurden. Da liegt es nahe, jetzt den Nach-PISA-Jargon zum vorherrschenden Sprachgebrauch zu machen: Die Standards, Kompetenzen, Evaluationen, Portfolios sind Pflichtpensum bei pädagogischen Verlautbarungen. Wahre Pädagogen, die wie Hartmut von Hentig davor warnen, die Schule zu einer „Evaluationsfestung" zu machen, sind eher selten.

Und jetzt kommt die eigentliche Politfarce: weil die Brandenburger schon mächtig das „Nach-PISA-Vokabular" drauf haben, sollen ihre Rahmenpläne zur Richtschnur des Handelns für Berlin werden. Nicht die Sache zählt, sondern die Etiketten. Vor eineinhalb Jahren wurde die gemeinsame Rahmenplankommission „Sonderschulen (L)" inthronisiert, in der eine Untergruppe „WAT (Wirtschaft, Arbeit, Technik)" ans Werk ging. „Arbeitslehre" sollte stillschweigend beerdigt werden, die Brandenburger Bezeichnung Wirtschaft/Arbeit/Technik (WAT) wurde dekretiert, weil dieser Name bei der „Wirtschaft" wohlwollender aufgenommen wird (vergleiche blz 3-4/2004). Erst nachdem die Gesellschaft für Arbeitslehre Berlin (GfAlB) laut gebrüllt hatte, wurde die Kompromissformel Arbeitslehre/ WAT eingeführt.

In der konkreten Arbeit fanden die Brandenburger und die Berliner Mitglieder der Rahmenplankommission das Berliner Konzept schülergemäßer. Dies nun missfiel einer stets nebulös bleibenden Obrigkeit. Die Landesinstitute verwiesen auf die Schulverwaltung, die Schulverwaltung auf „Experten" usw. Mit Papieren, die diese Rahmenplankommission vorlegte, fand keine fachliche Auseinandersetzung statt. Kurz nach (!) Beginn der letzten Sommerferien erhielten die Kommissionsmitglieder ein Dankschreiben vom Landesschulrat und den Hinweis, dass ihre Mitarbeit ausgesetzt sei, sie aber zu gegebener Zeit bei der Implementation des neuen Plans mitwirken dürfen. Dieser werde von einer Expertengruppe in Hamburg erarbeitet.

In der Brandenburger Verwaltung ist die Anfälligkeit für Modisches offenbar sehr groß, vor allem in der Verwaltung.

Nun zeichnen sich die Hamburger Sonderschulen nicht unbedingt als blühende pädagogische Landschaften aus. Man fragt sich also, wie ein Hamburger die Qualifikation für die Erarbeitung eines Berlin-Brandenburger Rahmenplanes erworben hat. Offenbar gefielen die Berliner Kommissionsmitglieder ihrer eigenen Schulobrigkeit nicht mehr. Die durch die Ausladung düpierten Kollegen aus der Kommission meldeten noch vor Schulbeginn ihrer Schulleitung, dass sie, der vierstündigen Ermäßigung verlustig gegangen, nun wieder voll in der Schule einsetzbar seien. Umbau des Stundenplans! Am ersten Schultag ein erneutes Schreiben der Schulverwaltung: es geht weiter! Die Kommission kann sich schon mal darauf vorbereiten, dass die nicht von Moses aber von Hamburger Experten verfassten Gesetzestafeln sehr bald „implementiert" werden müssen.

Inzwischen mahlen die Mühlen der Bürokratie weiter. Eine ebenfalls gemeinsame Rahmenplankommission für Arbeitslehre/WAT, diesmal an Regelschulen, wird ausgeschrieben. Es melden sich mehrere erfahrene Fachleiter und langjährige Arbeitslehrepraktiker. Hochschullehrer sind offenbar unerwünscht. Zwei (!) Kollegen werden berufen, die anderen hören nichts mehr von ihrer Bewerbung, obschon sie um Benachrichtigung bitten, denn eine etwaige Berufung hätte drei Stunden Abminderung in der Schule zur Folge. Es gibt auch keine inhaltliche Begründung für ihre Nichtberücksichtigung. Jeder weiß, dass Arbeitslehre sich aus früher drei Studiengängen rekrutiert: Technik, Haushalt und Wirtschaft. Was also wäre zwingend geboten? Dass in einer Rahmenplankommission wenigstens je ein Vertreter dieser drei Studienrichtungen sitzt und auch die unterschiedlichen Schultypen vertreten sind, denn Arbeitslehre an Realschulen ist schon ein bisschen anders als an Gesamtschulen oder Hauptschulen. Die Berufung der beiden übrig gebliebenen Kollegen entbehrt jeder Transparenz und sie sind um ihre Aufgabe nicht zu beneiden. Aber vielleicht kommt ja auch hier noch eine „Expertenkommission" als Deus ex machina.

Der derzeit in Berlin gültige Rahmenplan Arbeitslehre ist rund vier Jahre alt, kein Alter für Selbstläuferpläne, denn Implementierungsbemühungen der Senatsschulverwaltung gab es zu keinem Zeitpunkt. Durch die ehrenamtlich geleistete Arbeit der GfAlB sind moderne Unterrichtsmodelle entstanden, eine ebenfalls ehrenamtlich geleistete Beratungstätigkeit hat dazu geführt, dass immer mehr Lehrer sich mit dem Plan identifizieren. Wenn man ein Fach kaputt machen will, muss man kurzatmig Pläne ändern, sei es mit modernistischer Tünche.

Es fragt sich vor diesem Hintergrund, wie denn nun der vor drei Jahren mehrheitlich im Abgeordnetenhaus verabschiedete Beschluss zur Stärkung des Unterrichtsfaches Arbeitslehre verstanden werden soll. Im Bericht der Senatsverwaltung zu dieser Empfehlung vom 14. Dezember 2001 wurden eine Reihe von Vorschlägen zur Stärkung des Faches gemacht. Die Schulverwaltung hat aber seitdem viel und vieles nicht getan, um das Gegenteil zu bewirken.

Wo war die Parteinahme für Kinder und Jugendliche?

Der 12. Jugendhilfetag hat nicht ausreichend Stellung bezogen.

FOTO: INGE WERTH

von Norbert Hocke, Stellvertretender GEW-Vorsitzender und Mitglied des AGJ-Vorstandes

Der 12. Deutsche Jugendhilfetag vom 2. bis 4. Juni in Osnabrück ist vorüber und es gilt Bilanz zu ziehen für die weitere Arbeit der Kinder- und Jugendhilfe. Die viel gepriesene Öffnung zum Stadtteil, die Öffnung der Jugendhilfe in den sozialen Nahraum ist mit diesem Jugendhilfetag deutlich sichtbar geworden mit der Entscheidung, sich nicht abzukapseln in Messezentren, sich nicht einzuschließen in Räumen, um Fachvorträge zu hören, sondern sich normalen Besuchern zu öffnen. Ebenso herausragend war das hohe Niveau der fachlichen Veranstaltungen. Es war erkennbar, dass ganze Abteilungen von Jugendämtern und anderen Diensten der Jugendhilfe, freie Träger und auch Studentengruppen diesen Jugendhilfetag als gemeinsame Fortbildungsveranstaltung genutzt haben. Es war aber auch ein Jugendhilfetag der Widersprüchlichkeiten und vor allem der politischen Abstinenz der Jugendhilfe!

Die Parteilichkeit der Jugendhilfe, die Solidarität mit Kindern und Jugendlichen ohne Schulabschluss, ohne Berufsausbildung und ohne Lebensperspektive blieb beim Osnabrücker Jugendhilfetag auf der Strecke. Für die Zukunft in einer sich rasch verändernden Gesellschaft kann das aber nicht die Perspektive der Jugendhilfe sein.

Die Politik und die Kinder- und Jugendhilfe

Die Widersprüchlichkeit dieses Jugendhilfetages wurde deutlich durch die Reaktionen auf die beiden Rednerinnen der Eröffnungs- und der Abschlussveranstaltung. Die Ankündigung von Bundesministerin Renate Schmidt (SPD), es werde Zoff geben, wenn nicht für die 0- bis 3-Jährigen endlich genügend Plätze in Tageseinrichtungen oder in der Tagespflege zur Verfügung gestellt werden, wurde mit ebenso großem Beifall bedacht wie die Forderung der Oppositionsführerin Angela Merkel (CDU), Rechtsansprüche der Jugendhilfe aufzugeben, damit man wieder mehr Luft für freiwillige Leistungen bekomme.

Angela Merkel machte mit ihrer Rede zum Abschluss des Jugendhilfetages deutlich, womit die Kinder- und Jugendhilfe zu rechnen hat, wenn die jetzige Opposition die Regierung stellt. Die Kinder- und Jugendhilfe steht mit ihrer deutlichen Parteinahme für die Interessen von Kindern, Jugendlichen und jungen Heranwachsenden zur Disposition. Die professionelle Kinder und Jugendarbeit und weite Felder der sozialen Arbeit sollen Stück für Stück zurückgedrängt und durch ehrenamtliche Tätigkeit ersetzt werden. Wer welche Jugendhilfeleitung bekommt, soll vor Ort entschieden werden vom Bürgermeister oder Kämmerer nach Gutsherrenart. Und es war ein klares Wort von der CDU-Parteivorsitzenden zu hören, wer die Besitzstände verteidigt und den Aufschwung und Wohlstand verhindert: die Gewerkschaften.

Es ist Aufgabe der Gewerkschaft, sich für die Erzieherin, die 30 Stunden in der Woche für 1.500 Euro arbeitet, oder für den Streetworker, der mit einem Hochschulabschluss in einer ostdeutschen Stadt nur noch ein pauschalen Bruttojahresgehaltsvertrag hat, einzusetzen, um die Rahmenbedingungen ihrer Arbeit zu verbessern oder vielleicht ein paar Euro mehr im Monat zu erkämpfen.

Einen Tag nach der Rede von Angela Merkel konnte man in den Zeitungen lesen, dass die Fusion von Mannesmann und Vodafone den Steuerzahler 20 Mrd. Euro kostet. Wo bleibt der Aufschrei von Angela Merkel, die am Gesetzgebungsverfahren zur Reform der Unternehmersteuer beteiligt war, wenn dieser Konzern sich aus Steuermitteln bereichern kann in einer Dimension, die das Ganztagsschulprogramm (4 Mrd. Euro) und das U 3-Kinderbetreuungsprogramm (1,5 Mrd. Euro) weit in den Schatten stellt?

Die AGJ muss sich entscheiden, ob sie das Prinzip der Parteilichkeit für Kinder und Jugendliche aufrecht halten will, oder ob sie es zugunsten eines Formelkonsenses zwischen Kommunen und Ländern aufgeben möchte.

Was wollen wir?

Leben lernen bedeutet auch für die MitarbeiterInnen der Kinder- und Jugendhilfe, dass sie ihr Arbeitsleben selbst in die Hand nehmen müssen. Wer Fachlichkeit auf Dauer erhalten will, muss die Rahmenbedingungen der Kinder- und Jugendhilfe stärker in den Blick nehmen. Wer Parteilichkeit für andere will, muss auch für die eigene Profession parteilich streiten. Nicht stellvertretend für andere, sondern auch professionell für die eigene Lebenslage kämpfen.

Ein deutliches Signal von diesem Jugendhilfetag wäre gewesen: Das SGB VIII in seinem jetzigen Bestand zu erhalten, den Grundsatz gleicher Lebensbedingungen zu gestalten, so dass jedes Kind ein Recht auf Erziehung und Bildung zu einer eigenständigen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit hat, dass die Rechtsstellung des Kindes und des Jugendlichen weiter ausgebaut wird, dass ein gesellschaftlicher Konsens darin besteht, dass über die Leistungen von Hilfen zur Erziehung nicht wie bei der Gesundheitsreform der Geldbeutel entscheidet.

Und ein Kinder- und Jugendhilfegesetz zu schaffen für eine europäische Auseinandersetzung, um die Lebenslagen von Kindern- und Jugendlichen in einem europäischen Haus.

Der Osnabrücker Jugendhilfetag war ein fachliches, fröhliches und freundliches Forum. Und das war gut so. Die Jugendhilfe braucht aber mehr, sie braucht eine politische, professionelle und parteiische Lobby.

Wohin wollen wir gehen, wohin nicht?

Über die Diskussion um die strategische Ausrichtung der GEW.

FOTO: PRIVAT

von Hartmut Schurig, Stellvertretender Vorsitzender der GEW BERLIN

Die GEW BERLIN diskutiert seit Monaten um eine strategische Ausrichtung, die den Herausforderungen der aktuellen Politik gewachsen ist. Diese Diskussion gewinnt an Bedeutung, da wir uns in einer gesellschaftlichen Umbruchsituation befinden. Diese ist gekennzeichnet von einer rot-grünen Bundespolitik, die eine beachtliche Reichtumsumverteilung eingeleitet hat und fortsetzt. In ihrem Ergebnis hat diese Politik zu einem Austrocknen der öffentlichen Kassen geführt. Schließlich macht sich die Politik jetzt daran, die vielfachen Defizite unter dem Titel Agenda 2010 vorwiegend den sozial Schwächeren und den ArbeitnehmerInnen aufzubürden. Dabei ist die Diskussion um Hartz IV nur der Funke, der diese brisante Mischung zur heftigen Reaktion bringt.

Nun wird uns seit vielen Monaten mit einem gewaltigen medialen Aufwand die Unabwendbarkeit des neoliberalen Umbruchs eingetrichtert.

Da sind die demografischen Zwänge, die vermeintlich wegen der Veralterung der Gesellschaft keinen anderen Weg zulassen. Eine klare demagogische Falschaussage! Wahr ist, dass die Alten-Jungen-Relation sich in den kommenden 40 Jahren weit weniger dramatisch entwickelt als das in den vergangenen 40 Jahren der Fall war, in denen der Sozialstaat aufgebaut wurde.

Da ist die „Lohnnebenkosten"-Debatte, die einen verschleierten Angriff auf das Sozialsystem darstellt und verschweigt, dass das wahre Problem die mangelnde Binnennachfrage aufgrund fehlender Kaufkraft ist. Diese fehlende Kaufkraft soll durch eine fragwürdige Steuerreform gestärkt werden. Eine Erhöhung der Kaufkraft konnte so bislang nicht erreicht werden, da die Mehrheit der Bevölkerung gerade nicht an dieser Steuerumverteilung partizipiert. Dabei wird einer tatsächlich gerechten Besteuerung von Vermögen sofort der Stempel der Unmöglichkeit aufgedrückt. Außerdem werden uns permanent und mit gleichen demagogischen Zielen die Globalisierungszwänge, die leeren Kassen, die „Chance" Hartz IV und die Alternativlosigkeit um die Ohren gehauen. Wer wagt da noch eigene Gedanken zu hegen, nach sozialeren und gerechteren Wegen zu suchen?

Klar ist, dass wir die Diskussion einer richtigen strategischen Ausrichtung führen müssen. So wie wir in der GEW BERLIN um die Strategie streiten, so gibt es auch in anderen Gewerkschaften Debatten. Beispielhaft sollen hier einige aus unserer Sicht markante Aussagen der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) zitiert werden, die wir einem Schreiben des Vorsitzenden Hubertus Schmoldt und seines Stellvertreters Ulrich Freese vom Juli 2004 entnehmen.

Unterschiedliche Positionen in den Einzelgewerkschaften.

„Besonders ärgerlich ist jedoch, dass sich die Gewerkschaften auch selbst schwächen. Vor allem in der entscheidenden Auseinandersetzung um die notwendigen Reformen in Deutschland fehlt es im DGB an einer klaren politischen Linie. ... Eine gewerkschaftliche Strategie hingegen, die vor allem auf Verweigerung und Blockieren setzt, ist zum Scheitern verurteilt. Wer auf nebulöse ‚gesellschaftliche Mehrheiten' baut und dabei die politischen Mehrheiten in den Parlamenten außer Acht lässt, der verurteilt sich selbst zur Wirkungslosigkeit. ... Wir müssen uns dem Neuen stellen. Symbolische Politik ist dafür kein Ersatz. Alle wissen, dass die Vermögenssteuer wenig bringt (Der Verlust seit ihrer Abschaffung 1996 beträgt nach einem Modell der Gewerkschaften 160 Milliarden Euro. Der Verf.)*. Da ist schon das Verfassungsgericht vor. Alle wissen, dass ein höherer Spitzensteuersatz im Bundesrat nicht durchsetzbar wäre. Daran lässt die Union keinen Zweifel. In aller Klarheit: Wenn führende Gewerkschafter und Politiker gleichwohl die Forderung nach Vermögenssteuer und höherem Spitzensteuersatz ins Zentrum ihrer Politik rücken, dann ist das im besten Fall schlichter Populismus. Im schlechten Fall ist das Methode. ... Wer nicht zur Kenntnis nehmen will, dass das Wünschbare nicht zu machen ist, der gefährdet selbst das Machbare. ... Die IG BCE glaubt nicht an mehr Zukunft im Bündnis mit attac. Ganz allgemein, wie attac gegen Globalisierung zu sein, verändert nichts zum Besseren. ...*

Können wir uns etwas von der beabsichtigten Neugründung einer Partei links der SPD versprechen? Der Entstehungsprozess der Grünen ist damit jedenfalls nicht vergleichbar. Damals haben sich junge Leute mit neuen Ideen zusammengefunden, heute sind es alte Leute mit überholten Ideen – und ohne Perspektive für die Gesellschaft, wie eine Berliner Tageszeitung zutreffend kommentiert."

Das ist starker Tobak. Ob wir einer solchen Ausrichtung von Gewerkschaftspolitik eher zustimmen oder einer, die den Dissens deutlich benennt und jedem Konsens mit neoliberaler Politik eine klare Absage erteilt, das muss jeder für sich entscheiden. Aber entscheiden müssen wir uns. Jeder. Auch ein Abducken oder ein Eigene-Nische-Suchen ist eine Entscheidung. Diese allerdings hilft uns nicht nur nicht weiter, sondern bereitet der gewerkschaftlichen Bewegung konkreten Schaden. Wohin also, liebe Kollegin und lieber Kollege, willst du mit deiner Gewerkschaft und wohin nicht?

Einschulung von Kindern mit Behinderungen

Veranstaltung zur neuen Schulanfangsphase.

FOTO: TRANSIT/POLENTZ

von Monika Rebitzki

Rund 100 Eltern von Kindern mit Behinderungen und ErzieherInnen haben sich am 28. August einen Tag lang auf die Einschulung im Schuljahr 2005/06 vorbereitet. Im November müssen die Kinder schon angemeldet werden. Es bleibt also nicht viel Zeit, sich auf die Veränderungen einzustellen.

Der Landesbeauftragte für Behinderte, Martin Marquard, ermutigte die Eltern, den Vorrang der gemeinsamen Erziehung nach dem neuen Schulgesetz für sich zu nutzen und sich auch durch den Haushaltsvorbehalt nicht davon abbringen zu lassen: „Die gemeinsame Erziehung verändert die Schule für alle Kinder positiv, nicht nur für die mit Behinderungen". Durch das Bundesgleichstellungsgesetz gebe es inzwischen auch bessere rechtliche Chancen, die gemeinsame Erziehung zu erstreiten.

Das Referat von Peter Heyer (Grundschulverband) zum Konzept der flexiblen Schulanfangsphase und die Diskussionen in den Arbeitsgruppen zeigten eine vorsichtig-positive Grundstimmung. Bedenken und Kritik wurden aber an folgenden Punkten deutlich: Durch den Wegfall der Förderausschüsse besteht die große Gefahr, dass die Zusammenarbeit zwischen Kita und Schule bei der Einschulung eines Kindes entfällt. Die Schule vergisst zu leicht, an die Erfahrungen von ErzieherInnen und Eltern anzuknüpfen. Zudem ist eine Einschulung ohne Zurückstellung für viele Eltern von Kindern mit Behinderungen nicht vorstellbar. Diese Kinder haben häufig erhebliche Entwicklungsverzögerungen. In Verbindung mit dem früheren Einschulungsalter von fünfeinhalb Jahren erwarten die Eltern einen flexibleren Umgang, als es die Planung vorsieht. Die bisher bekannten Rahmenbedingungen für die Schulanfangsphase, die Frequenzen von 24-29 Kindern und noch keine klare Zusatzausstattung für die gemeinsame Erziehung vorsehen, werden abgelehnt. Die noch dominantere Rolle der Förderzentren an Sonderschulen bei der Feststellung des Förderbedarfs wird besonders heftig kritisiert. Denn die Eltern befürchten, dass die Sonderschulen die gewünschte gemeinsame Erziehung wenig unterstützen oder gar ablehnen werden.

Die unterschiedlich lange Verweildauer in der Schulanfangsphase in Verbindung mit jahrgangsübergreifendem Lernen wird für Kinder mit Behinderungen grundsätzlich begrüßt. Für Kinder, die in den nächsten beiden Jahren eingeschult werden, gibt es allerdings noch kaum solche Angebote. Deshalb wird eine schnellere Ausbreitung der jahrgangsübergreifenden Organisation der Schulanfangsphase gewünscht, um allen Kindern, die mehr Zeit brauchen, diese Möglichkeit zu geben, ohne dass sie ihre Lerngruppe verlassen müssen.

Ein großes Problem sehen die TeilnehmerInnen durch die Übertragung der Horte an die Schulen in der bisher unklaren Ausstattung des außerunterrichtlichen Bereichs. Sie fordern, die Ausstattung mit zusätzlichen Fachkräften für die gemeinsame Erziehung, die es für den Hort der Jugendhilfe gibt, in die Schule zu übernehmen.

Gemeinsame Gewerkschaftsarbeit

Nach der Zusammenlegung der Bezirke.

von Gerda Albinus, Bezirksvorsitzende der SeniorenInnen in Mitte

Mit dem Bekanntwerden der Zusammenlegung der Berliner Bezirke Mitte, Tiergarten und Wedding zu einem Bezirk „Mitte" bereiteten wir in den drei Bezirksleitungen seit Ende 1999 die Herausbildung einer einheitlichen gewerkschaftlichen Tätigkeit vor.

In Wedding und Tiergarten gab es bis dahin keine Arbeit mit SeniorInnen, in Mitte war diese aus der Veteranenkommission hervorgegangen – also historisch unterschiedlich. Da ich schon seit 1994 die SeniorenInnenarbeit zusammen mit drei engagierten Kolleginnen leitete, war ich bereit, diese nun auch im Großbezirk Mitte für 129 Ruheständler (68 RentnerInnen, 61 PensionärInnen) zu übernehmen. Jahr für Jahr erarbeiten wir aus den Anregungen aller unsere Arbeitspläne. Zunehmend bringen sich auch Mitglieder aus den ehemaligen Westbezirken ein und übernehmen oft die Gestaltung unserer Zusammenkünfte. Überwiegend werden aber die vielfältigen Veranstaltungsangebote von „Ostlern" angenommen, obwohl alle den Veranstaltungsplan erhalten.

Mit der GEW-Bezirksleitung gibt es eine gute und enge Zusammenarbeit. Gemeinsam ehren wir unsere Jubilare. Alle unsre Unternehmungen für die SeniorInnen werden finanziell unterstützt. Über die Aktivitäten der SeniorInnen-Gruppe berichte ich regelmäßig auch auf den Sitzungen der Bezirksleitung. Die Probleme von SeniorInnen finden dort stets ein offenes Ohr und werden ernst genommen. Nicht zuletzt profitiere ich aber auch von den Schulungen der Bezirksleitung, bei denen ich schon so manchen Hinweis für meine Arbeit erhalten habe.

LANDESDELEGIERTENVERSAMMLUNG

Die Herbst-LDV findet statt am Dienstag/Mittwoch, dem **16./17. November 2004** in der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege. Antragsschluss für Beschlussvorlagen ist Dienstag, der 19. Oktober 2004. *Udo Jeschal*

Bildung und Gerechtigkeit

Neue Konzepte der Bildungsfinanzierung stärken Ungleichheiten im Bildungssystem.

FOTO: PRIVAT

von Oliver Schöller, Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung in Berlin

Nachdem noch in den 80er Jahren vereinzelte Vorstöße zur Einführung von Studiengebühren gescheitert waren, etablierte sich Anfang der neunziger Jahre in der Öffentlichkeit eine Diskussion über neue Konzepte der Bildungsfinanzierung. Parallel zu dieser Entwicklung vollzieht sich eine Neudefinition sozialer Gerechtigkeit, die dazu beiträgt, strukturelle Ungleichheiten im Bildungssystem zu legitimieren.

Gerechtigkeit „Reloaded"

Vorausgesetzt es ist richtig, dass lebenslanges Lernen in Zukunft eine wesentliche Qualifikation von Menschen in modernen kapitalistischen Gesellschaften darstellt, dann gilt ebenso, dass diese neue Qualifikation ihre emanzipativen Potenziale nur im Kontext eines humanistischen, das heißt auf Gerechtigkeit zielenden Gesellschaftsvertrags entfaltet. Dem gegenüber vollzieht sich aktuell eine eigentümliche Verschiebung der gesellschaftspolitischen Gerechtigkeitsauffassung, die einer fortschrittlichen Perspektive entgegen steht.

Die Gerechtigkeitsvorstellung speist sich historisch aus dem Gedanken der Menschenrechte, die sich ihrerseits als Bürgerrechte artikulieren. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte der britische Historiker und Soziologe Thomas Marshall dementsprechend die Realisierung der Menschenrechte aus dem Geiste sozialer Gerechtigkeit als eine historische Abfolge der Konstituierung dreier unterschiedlicher Bürgerrechte beschrieben. Am Anfang standen, mit der Anerkennung der rechtlichen Gleichheit aller Gesellschaftsmitglieder einer Nation, die Staatsbürgerrechte. Mit der zunehmenden Ausbreitung des allgemeinen Wahlrechts wurde ein weiterer Schritt der Anerkennung aller Menschen als Gleiche vollzogen und in den politischen Bürgerrechten festgeschrieben. Als jüngste Entwicklung beschrieb Marshall die sich erst nach dem Zweiten Weltkrieg durchsetzenden sozialen Bürgerrechte. Neben der rechtlichen Gleichheit des Staatsbürgers und der politischen Gleichheit des Wahlbürgers, etablierte sich nun eine Vorstellung sozialer Gleichheit des Bürgers im Wohlfahrtsstaat. Dabei war allerdings von Anfang an umstritten, wie diese realisiert werden sollte.

Bis heute lassen sich drei verschiedene Strategien zur Erlangung sozialer Gleichheit unterscheiden. Zum einen wird das Ziel einer ideellen Gleichheit am Markt verfolgt. Indem vorausgesetzt wird, dass jeder Mensch das ihm Zustehende über den marktvermittelten Tauschakt erhält, liegt dieser Vorstellung der Gedanke der Tauschgerechtigkeit zugrunde. Eine weitere Strategie zur Umsetzung sozialer Gleichheit zielt auf die formale Gleichheit vor dem Gesetz. Demnach hat jeder Mensch prinzipiell dieselben Möglichkeiten, seine individuellen Fähigkeiten umzusetzen, womit Gleichheit im Sinne formaler Chancengleichheit angestrebt wird. Vor dem historischen Hintergrund der negativen Erfahrungen sowohl mit der über den Markt vermittelten Tauschgerechtigkeit wie auch mit der über Chancengleichheit hergestellten Gerechtigkeitsvorstellung, konnte sich schließlich mit dem Anspruch einer materiellen Gleichheit das Prinzip der Bedarfsgerechtigkeit durchsetzen. Während die ersten beiden von den materiellen Voraussetzungen der Menschen abstrahierten, und damit von den tatsächlichen Möglichkeiten ihrer Realisierung, orientiert sich letztere gerade an der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte. Demzufolge hat jeder Mensch das Recht auf ein gewisses Quantum des gesellschaftlichen Reichtums, um eine menschenwürdige Teilnahme am sozialen Leben zu gewährleisten.

Alle drei Strategien zur Erlangung sozialer Gleichheit traten zu unterschiedlichen Zeiten in verschiedenen Gewichtungen auf. Während in der Phase des „Rheinischen Kapitalismus" der Bedarfsgerechtigkeit besondere Bedeutung zukam und mit der Realisierung sozialer Rechte zum einen das Prinzip der marktvermittelten Tauschgerechtigkeit partiell außer Kraft gesetzt wurde, kam man auf diese Weise zugleich der Realisierung von Chancengleichheit näher. Demgegenüber hat sich in den 1990er Jahren eine programmatische Verschiebung von der materiellen Gleichheit im Sinne der Bedarfsgerechtigkeit zur ideellen Gleichheit der Tauschgerechtigkeit vollzogen. Die Debatte gipfelte 1999 in dem für das neue dominierende Argumentationsmuster exemplarischen Schröder/Blair-Papier. Das Strategiepapier der deutschen und britischen Sozialdemokratien durchzieht eben jener Anti-Egalitarismus, der heute die Gerechtigkeitsdebatte dominiert: „In der Vergangenheit wurde die Förderung der sozialen Gerechtigkeit manchmal mit der Forderung nach Gleichheit im Ergebnis verwechselt. Letztlich wurde damit die Bedeutung von eigener Anstrengung und Verantwortung ignoriert und nicht belohnt". Die durchgehende programmatische Strategie der beiden sozialdemokratischen Parteien lautet „Gerechtigkeit statt Gleichheit". Denn unterschiedliche Leistungsfähigkeit führe unweigerlich zu unterschiedlichen Ergebnissen und damit zu Ungleichheit. Sozial gerecht sei mithin gesellschaftliche Ungleichheit, sozial ungerecht oder asozial hingegen sei tendenziell der sozialstaatliche Ausgleich gesellschaftlicher Ungleichheit. Schließlich trage Ungleichheit zur notwendigen Dynamisierung der Gesellschaft bei, während Gleichheit Lethargie und Stillstand fördere.

Provoziert wird das Bild einer Gesellschaft als „Freizeitpark“, in der große Teile der Bevölkerung in „sozialen Hängematten“ liegen, alimentiert von einem bürokratisch überladenen Wohlfahrtsstaat.

Diese neoliberale Ideologie richtet sich mit ihrem Slogan „Gerechtigkeit statt Gleichheit“ nicht in erster Linie gegen den Gedanken der Gleichheit, die faktisch zu keiner Zeit realisiert wurde, sondern gegen eine Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit, die bis heute in der Gesellschaft Anklang findet und Umfragen zufolge als politischer Anspruch formuliert wird. Indem gesellschaftliche Ungleichheit zur Richtschnur sozialer Gerechtigkeit definiert wird, sind die sozialen Bürgerrechte berührt. Zur Disposition steht insbesondere das an der Bedarfsgerechtigkeit orientierte materiell verbürgte Recht auf einen Teil des gesellschaftlichen Reichtums und damit die historisch jüngste soziale Errungenschaft. Diese Neudefinition sozialer Gerechtigkeit hat sich auch in den bildungspolitischen Reformdebatten niedergeschlagen.

Bildungsreform als Bildungsfinanzierung

Bei allen politisch relevanten Bildungsreformkonzepten, die zur Zeit im Gespräch sind, handelt es sich mittlerweile im Kern um Bildungsfinanzierungsmodelle. Demnach sind sich die an dem aktuellen Bildungsdiskurs Beteiligten nicht nur darin einig, dass es einer grundlegenden Bildungsreform bedarf, vor allem besteht ein allgemeiner Konsens darüber, dass eine erfolgreiche Neustrukturierung des Bildungswesens vor allem ein neues Finanzierungskonzept erfordert. Schließlich stimmen die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen heute darin überein, dass die zukünftige Bildungsfinanzierung neben dem staatlich garantierten öffentlichen einen privaten Kostenbeitrag beinhalten sollte. Das ehemalige Tabu Studiengebühren wurde gebrochen und hat sich mittlerweile verkehrt zu einem weitreichenden gesellschaftlichen Konsens. Mehr noch, was mit den Studiengebühren ursprünglich für den Hochschulbereich diskutiert wurde, soll nun auf den Schulbereich ausgedehnt werden.

Die aktuell kursierenden Finanzierungskonzepte gleichen sich auf verblüffende Weise. Vorgeschlagen werden so genannte Bildungskonten, welche Eltern für ihre Kinder in Zukunft anlegen und mit denen diese jeweils einen Teil ihrer späteren Bildungslaufbahn, vom Kindergarten angefangen, finanzieren sollen. Das zentrale Argument der Befürworterinnen und Befürworter dieser Art des privaten Bildungssparens lautet, dass damit eine größere Gerechtigkeit im Bildungssystem gewährleistet werden würde. Tatsächlich ist es bis heute so, dass Kinder aus sozial benachteiligten Haushalten nur selten einen Abiturabschluss anstreben, geschweige denn studieren, weil sie von ihren Eltern keine finanzielle Unterstützung erwarten können und stattdessen oftmals gedrängt werden, möglichst schnell eine Ausbildung abzuschließen, um selbst Geld zu verdienen. So stammen zwar über 40 Prozent aller 18- bis 21-jährigen aus Arbeiterfamilien, aber nur sechs Prozent von ihnen besuchen eine Universität. Bei den Beamtenkindern verhält es sich umgekehrt, sie machen nur neun Prozent der 18- bis 21-Jährigen aus, davon besuchen aber 54 Prozent eine Universität.

Anteile der westdeutschen Haushalte an der Gesamtverteilung auf das erste, zweite, dritte, vierte und fünfte Fünftel nach dem verfügbaren Einkommen (1998)
In Prozent, Gesamt pro Zeile = 100%

Haushalte	1. Fünftel	2. Fünftel	3. Fünftel	4. Fünftel	5. Fünftel
Einkommen	6,8	11,7	16,8	23,6	41,0
Nettovermögen	3,1	9,2	16,1	25,8	45,8
Vermögenseinkommen	1,9	7,6	15,2	26,1	49,2
Ersparnisse	2,8	2,6	9,7	21,7	68,9

Vom Bausparen zum Bildungssparen

Das Prinzip des Bildungssparens soll dieses strukturelle Defizit beheben, indem Eltern frühzeitig Bildungskonten für ihre Kinder anlegen, die von staatlicher Seite ergänzt werden, wobei sich die Höhe der staatlichen Zuwendung an dem Einkommen der Eltern orientieren soll. Die Vertreterinnen und Vertreter dieses Modells beziehen sich hierbei explizit auf das Beispiel des Bausparens, wo sich gezeigt habe, dass durch fleißiges Sparen auch den unteren Einkommensschichten der Erwerb von Wohneigentum ermöglicht worden sei.

Diese Argumentation muss mit Blick auf die sozialen Effekte des Bausparens überraschen. Die Bildung von privatem Wohneigentum wurde in der Nachkriegszeit von staatlicher Seite zunächst massiv unterstützt. Das Bausparen und der damit zumeist angestrebte Eigenheimbau wurden in einem nie wieder erreichten Ausmaß durch die öffentliche Hand gefördert. Vereinzelt profitierten davon auch untere Einkommensschichten. Aber schon seit den 60er Jahren können sich die unteren Einkommensschichten den Traum vom Eigenheim nur durch umfangreiche Selbsthilfemaßnahmen realisieren. Denn legt man das Bausparmodell in Anbetracht einer Eigentumsquote von 40 Prozent zugrunde, dann muss bei rund 60 Prozent der Bevölkerung davon ausgegangen werden, dass sie das System des Bildungssparens nicht erfolgreich nutzen können und folglich auf andere Finanzierungsquellen angewiesen sein werden oder aber weiterführende Bildungsangebote nicht in Anspruch nehmen können.

Ungleiche Verteilung des Reichtums

Dabei drückt sich im Bereich des Bausparwesens nur eine im Gesellschaftssystem strukturell begründete ungleiche Reichtumsverteilung aus. Der Armutsbericht der Bundesregierung kommt zu dem Ergebnis, dass die Bevölkerungsgruppe der reichsten 40 Prozent über mehr als 90 Prozent der von allen Haushalten getätigten Ersparnisse verfügt.

Die Ungleichverteilung von Ersparnissen erklärt sich vor allem daraus, dass mit steigendem Erwerbseinkommen die Sparfähigkeit überproportional zunimmt. Dementsprechend zeigen die oberen 40 Prozent der Einkommenshaushalte ein ausgeprägtes Sparverhalten, während sich auf die restlichen 60 Prozent der Bevölkerung nur ein Zehntel der von allen Haushalten getätigten Ersparnisse verteilen. Damit sind über 50 Prozent der Bevölkerung, wenn überhaupt, dann nur zu einem bescheidenen Sparverhalten in der Lage.

Solange sich diese strukturelle Diskrepanz nicht ändert, ist auch nicht damit zu rechnen, dass ein wie immer geartetes Sparmodell im Bildungsbereich zu mehr Gerechtigkeit beiträgt. Vielmehr wird sich die alte humanistische Forderung nach einer allgemeinen Menschenbildung zur Entfaltung der persönlichen Fähigkeiten jedes Einzelnen erst auf der materiellen Grundlage einer ausgeglichenen Reichtumsverteilung verwirklichen lassen.

Burn-out? Selber schuld!

von Gabriele Frydrych

Seit geraumer Zeit haben „Bildungsjournalisten“ ein neues Lieblingsthema: alternde Lehrkörper und ihr Burnout-Syndrom. Empört wird in der Presse berichtet, dass kaum ein Pädagoge das offizielle Pensionsalter erreicht. Schwer nachzuvollziehen, wo man doch seit PISA weiß, dass deutsche Lehrer im intergalaktischen Vergleich am meisten verdienen und am wenigsten arbeiten!!! Dafür stellen sie sich schon im zarten Alter von vierzig Jahren krank, um ihre Pensionsansprüche länger genießen zu können. Täuschen am liebsten seelische Leiden vor, die kein Arzt nachweisen kann. Befremdet werden in den Medien wissenschaftliche Untersuchungen zitiert, nach denen sich der deutsche Lehrer überlastet, missachtet und ausgebrannt fühlt. Jede Zeitung stellt die berühmten vier Pädagogen-Typen vor: von fröhlich-faul, schlaff-resigniert über sachlich-unterkühlt bis hin zu hochengagiert-verzweifelt. Davon ausgehend wird die individuelle Trefferquote für Burn-Out-Syndrome, Herzstolpern und Ohrensausen ausgerechnet.

Reporter und Fotografen recherchieren in beschaulichen Waldsanatorien, wo die ausgelutschten Lehrkräfte in Gesprächsgruppen zusammengefasst sind und ihren Schulalltag bejammern. Japsend Medizinbälle rollen und sich im meditativen Tanz wiegen, auf Gymnastikmatten herumliegen und ihrem Atem sagen, er möge doch bitte ruhig fließen. „Schule ist ganz gleichgültig. Schüler kommen und gehen, Schüler stören nicht“, flötet sanft die Yoga-Lehrerin und nimmt die Lehrkörper mit auf Fantasiereisen – weit weg von illoyalen Schulsenatoren, bramarbasierenden Universitätspräsidenten und schmallippigen Schulleiterinnen. Leise ertönt transzendentale Musik mit Meeresrauschen. Im Flur zerpflückt eine fluchende Frau Zeitungen. Zu ihren Füßen türmen sich bereits Schnipsel und Fetzen. „Auch eine Lehrerin“, erklärt der Chefarzt den Journalisten. „Sie ist 45 Jahre alt und leidet an einer massiven Pressephobie. Jeden Morgen, wenn sie in der Zeitung Schulberichte las, bekam sie hysterische Schreikrämpfe und Wutanfälle. Sie wird nie wieder vor einer Klasse stehen können. “

Die Journalisten mustern neugierig zwei ältere Herren, die im Sanatoriumspark Bäume umarmt halten. „Das sind eher harmlose Fälle, zwei Oberstudienräte für Deutsch und Französisch. Ihr Helfersyndrom war nach dreißig Jahren Schuldienst kaum noch zu bändigen. Sie sind in den Ferien mit ihren Schülern verreist, haben am Wochenende mit ihnen gekocht, Schach und Tennis gespielt. Hier arbeiten sie ihren Missionstrieb an Bäumen und Blumen ab und bekommen hochdosiertes Valium.“

Die Journalisten forschen halbherzig nach Hintergründen für all die kranken Pädagogen. Natürlich versuchen GEW und Lehrervertreter wie üblich, den Schwarzen Peter der Politik zuzuschieben. Lehrer würden durch zu viel Lärm krank, durch die Häufung problematischer Schüler in ständig größeren Klassen, durch offene Verachtung und dadurch, dass die Schule immer neue gesellschaftliche Probleme kompensieren soll. Glücklicherweise finden unsere Journalisten aber auch kompetente und unparteiische Fachleute in völlig schulfernen Bereichen. Von ihnen erfahren sie, dass Lehrerleid in der jeweiligen Persönlichkeitsstruktur begründet liegt: Seit Jahrzehnten suchen sich falsche Menschen den falschen Beruf. Viel zu lange schon haben labile und gestörte Personen im Schuldienst eine Scheinheimat gefunden. Mangelnde Professionalität ersetzen sie durch Kuschel- und Betroffenheitspädagogik und arbeiten an den Kindern klammheimlich ihre eigenen Defekte ab. Lassen ihre kranke Gefühlswelt in den Unterricht einfließen und geben dann den äußeren Umständen die Schuld an ihrem Versagen. Aber das wird in Zukunft anders! Denn nur „die Besten sollen Lehrer werden“* (*Tagesspiegel* vom 23.8.04) – durch konsequente und gründliche Reform der Lehrerausbildung! Nur, wer in Mathe oder Englisch eine Eins hat, darf überhaupt noch weiterstudieren und als Lehrer reüssieren. Mit einer Drei kann man aber Schulassistent werden: Arbeitsblätter und Taschentücher verteilen, Toiletten aufschließen, Schuhe zubinden und Lehrer, die noch antiquiert ausgebildet sind, im Rollstuhl durch die Schule schieben.

**) Hier ein kleiner Insider-Tipp: Lassen Sie sich von solchen vollmundigen Proklamationen nicht abschrecken! Der Lehrermangel wird bald so groß sein, dass jeder, der einen Rotstift halten kann, im Schuldienst willkommen ist!*

Was sagen Koran und die Hadithen dazu?

Strategien und Argumente gegen nicht akzeptables Schülerverhalten.

von Gerhard Weil und Christian Meyer

Standardklagen von Lehrkräften, ob an Grund- oder Oberschulen, werden über Verhaltensauffälligkeiten von Schülern mit muslimischem Hintergrund geführt, die vergleichbare Normabweichungen bei den Mitschülern deutscher Herkunft angeblich übertreffen. Die Frage der genervten Lehrerschaft, ob die Nichtakzeptanz deutscher Lehrkräfte, besonders der Lehrerinnen, vor allem von den muslimischen Jungen glaubensbedingt sei, kann pauschal nicht mit ja beantwortet werden.

Einflussfaktor Islam

Der Islam als jüngste der drei abrahamitischen Religionen (Judentum, Christentum, Islam) hat in seinen historischen Einflussgebieten Jahrhunderte lang relativ tolerant Mitglieder anderer Religionen behandelt. Erst mit dem Aufkommen der Fundamentalismen bei den meisten Religionen ab den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts haben sich die Gegensätze und Konflikte verschärft.

Migranten zum Beispiel aus der Türkei orientierten sich teilweise erst unter dem Eindruck von Ablehnung und Diskriminierung in den Migrationsländern und in Folge der Re-Islamisierung im Heimatland verstärkt am muslimischen Glauben. Dabei nutzten in der Türkei islamisch-politische Gruppen die herrschende Korruption und ein schlechtes Sozialsystem geschickt zum Aufbau von religiös bestimmter Sozialarbeit und in kommunaler Verantwortung zum Ruf der Unbestechlichkeit. Mit den zunehmenden Wahlerfolgen gerade auch bei jungen Menschen wurde dieses Erfolgsmodell auch in die türkische Diaspora übertragen und lieferte den zunehmend perspektivlosen Jugendlichen z.B. in Deutschland sozialen Halt und sinnvolle Freizeitangebote.

Freitagsgebet in der Neuköllner „Sehitlik Moschee". FOTO: R.MARO/VERSION-FOTO.DE

Nationalistisch und islamistisch orientierte Vereinigungen gewannen demzufolge besonders bei jungen Männern (in einer fraglos patriarchalisch geprägten Szene) an Einfluss. Damit ist – folgt man der Argumentationskette dieser Gruppen – eine genaue Beschreibung der sicher vorhandenen Fremdenfeindlichkeit mit ihren Exzessen verbunden, gefolgt von der Analyse einer „ungläubigen"/religionslosen Gesellschaft und der Konfrontation der „westlichen Werte" mit exemplarischen Darstellungen von Gesellschaftsphänomenen wie Drogensucht, Kriminalität, Ehescheidungen und sexueller Libertinage, Missachtung der Älteren etc.. Meist kommt noch ein Schuss Amerikafeindlichkeit und das Feindbild Israel vor einem kolonialen Geschichtshintergrund hinzu. Diesem Bild wird die (angeblich) heile Welt der tugendhaften islamischen Familie mit fester Rollenverteilung von Mann und Frau sowie Alt und Jung entgegengestellt, die durch die überzeugenden Bemühungen z.B. um Jugendliche auf allen Ebenen der Sozialarbeit glaubhaft gemacht werden soll.

Dem positiven Kreis der gläubigen Muslime (quasi der Umma) wird die ungläubige Umwelt der deutschen Umgebung gegenüber gestellt, vor der man sich hüten, der man misstrauen sollte. Deutsche Frauen und insbesondere Lehrerinnen bei uns haben bei solcher Freund-Feind-Positionierung einen besonders geringen Stellenwert und müssen sich Sachautorität besonders mühselig erkämpfen.

In der Tat fällt schon im Grundschulalter vielen Lehrkräften der Unterschied im Verhalten von muslimischen Schülern in der Schule und in Begleitung ihrer Eltern oder einfach von Landsleuten auf, der weit über das zahlenmäßige Auftauchen von fundamentalistisch beeinflussten Familien eine

Rolle zu spielen scheint und in den „Communities“ offensichtlich einen unbewussten Faktor darstellt.

Was kann die einzelne Lehrkraft tun?

Sicher fällt es mitunter schwer, trotz aller Konflikte den Migrantenkindern mit offener Empathie zu begegnen, doch das ist erforderlich, um ein gutes persönliches Verhältnis zu erlangen. Empathie heißt aber weder Schwäche noch Inkonsequenz! An dieser Stelle sollen nun für diejenigen SchülerInnen, die sich im Schulalltag tatsächlich oder angeblich auf islamische Hintergründe durch Kleidung, Schmuck, Sprüche oder sonstige Hinweise auf einen muslimischen Hintergrund beziehen, Koranzitate und Hadithen aufgeführt werden, die bei schulischem Fehlverhalten gegenüber Mitschülern oder Lehrkräften offenkundig den Bereich des Tolerierbaren verlassen.

Damit können (im besten Fall) die SchülerInnen auf die Normen verpflichtet werden, die sie nach außen für ihre eigene Persönlichkeit für bedeutsam halten und gleichzeitig offenkundig verletzen. Ein Schüler, der z.B. im Ramadan fastet und in dieser Zeit dennoch sexistische Sprüche macht oder Schimpfworte benutzt, sollte darauf hingewiesen werden, dass das Fasten an diesem Tage dadurch ungültig geworden ist und nachgefastet werden müsse. Durch so ein Lehrervorgehen kann der Versuch gemacht werden, den SchülerInnen die auftauchende Diskrepanz zwischen Anspruch und eigenem Verhalten bewusst zu machen.

Zitate aus Koran und Hadithen

FOTO: R.MARO

Leseregeln- und Interpretationshilfen für die Zitate

Nachstehend werden demzufolge zunächst Koranzitate, gegliedert nach Themenbereichen, mit Fundstellen aufgeführt, denen entsprechend aussagefähige Textstellen zu entnehmen sind. Dabei ist die erste Ziffer immer die der entsprechenden Sure (der Koran enthält insgesamt 114 Suren), die zweite Ziffer stellt den Vers oder die folgenden Verse (f bzw. ff) dar, so dass ein Nachschlagen in entsprechenden Übersetzungen leicht möglich ist. Die hier benutzte und zitierte Übersetzung stammt von Max Henning und ist im VMA-Verlag Wiesbaden(o.J.) erschienen. Die Fundstellen wurden gesucht mit dem in diesem Werk enthaltenen Register der koranischen Eigennamen und Begriffe sowie in Anlehnung an das Buch von Muzaffer Andac, *Der Islam und türkisch-islamische Erziehungsmethoden – Erziehung ist Liebe,* Wissenschaft und Technik Verlag, Berlin 2001. Dabei vertritt das letztgenannte Buch eine deutlich andere Zielsetzung und wurde nur zum Finden geeigneter Zitate benutzt.

Es ist wie bei Bibelzitaten mitunter problematisch, Koranstellen aus dem Zusammenhang zu reißen, angesichts der Breite der Darstellung aus technischen Gründen aber unerlässlich. Nach muslimischer Auffassung ist jede Zeile des Koran Gottes offenbartes Wort. Dieses wird nach sunnitischer und schiitischer Vorstellung ergänzt und interpretiert durch die Hadithen, den Sammlungen über die Aussprüche und Handlungsweisen des Propheten Mohammed. Wegen der unübersehbaren Fülle des Materials (schätzungsweise gibt es insgesamt bis zu 700 000 Hadithen, darunter allerdings nur max. 7500 „verlässliche“ (ar. „sahih“ = gesunde) Hadithen und wegen des innerislamischen Streits über die Authentizität der jeweiligen Überlieferung kann nur eine kleine Auswahl dieses reichen Materials auch zu den gefragten Themen präsentiert werden. (die Hadithen erkennt man an einem H und dem Literaturnachweis).

Zitate zum Verhalten gegenüber der Menschheit/Allgemeinheit

▪ *Nicht verbietet euch Allah gegen die, die nicht in Sachen des Glaubens gegen euch gestritten haben oder euch aus euern Häusern getrieben haben, gütig und gerecht zu sein. Allah liebt die gerecht Handelnden. 60. 8*

Zitate zum Verhalten gegenüber den Eltern

▪ *Vorgeschrieben ist euch, wenn einem von euch der Tod naht und er Gut hinterlässt, für die Eltern und Verwandten in Billigkeit zu verfügen; eine Pflicht für die Gottesfürchtigen! 2.176*

▪ *Und bestimmt hat dein Herr, dass ihr ihm allein dienet und dass ihr gegen eure Eltern gütig seid, sei es, dass der eine von ihnen oder beide bei dir ins Alter kommen. Drum sprich nicht zu ihnen: „Pfui!“ und schilt sie nicht, sondern führe zu ihnen ehrfürchtige Rede. 17. 23 f*

▪ *Und wir geboten dem Menschen Güte gegen seine Eltern...29. 7 erster Teil*

▪ *Wir legten dem Menschen Güte gegen seine Eltern ans Herz. Seine Mutter trug ihn in Schwäche über Schwäche, und seine Entwöhnung ist binnen zwei Jahren. „Drum sei mir und deinen Eltern dankbar. Zu mir ist der Heimgang.“ 31. 13 sehr ähnlich in 46.14*

Zitate zum Verhalten gegenüber Anderen

▪ *Und dienet Allah und setzet ihm nichts an die Seite; und seid gut gegen die Eltern, die Verwandten, die Waisen, die Armen, den Nachbarn, sei er verwandt oder aus der Fremde, gegen den vertrauten Freund, den Sohn des Weges (der mit euch unterwegs ist) und den Besitz eurer Rechten....4.40*

▪ *Wenn drei Leute zusammen sitzen, sollen nicht zwei von ihnen unter Ausschluss des dritten miteinander flüstern. (H. . n. al-Buhari, S. 446 a.a.O.)*

▪ *Abu Huraira, Allahs Wohlgefallen auf ihm, berichtete: Al- Aqra` Ibn Habis sah den Propheten, Allahs Segen und Heil auf ihm, Al-Hasan (sein Enkelkind) küssen. Da sagte er: Ich habe zehn Kinder aber niemals habe ich eines von ihnen geküsst! Da sagte der Gesandte Allahs, Allahs Segen und Heil auf ihm: Wer nicht barmherzig ist, der findet auch kein Erbarmen. (Hadith Nr. 4282 im Sahih Muslim)*

Frieden halten

▪ *Und die Diener des Erbarmers sind diejenigen, welche auf Erden sanftmütig wandeln; und, wenn die Toren sie anreden, sprechen sie: Frieden! 25. 64*

▪ *Der Lohn für Böses sei aber (nur) Böses in gleichem Maße, und wer vergibt und Frieden macht, dessen Lohn ist bei Allah; siehe, er liebt nicht die Ungerechten. 42. 38*

Verzeihung

▪ *Der aber, dem von seinem Bruder etwas verziehen wird, bei dem lasse man Güte walten; doch Entschädigung sei ihm reichlich. 2. 173*

▪ *Vielleicht findet ihr Barmherzigkeit; und wetteilet nach der Verzeihung eures Herrn und einem Garten (dem Paradies), dessen Land (weit ist wie) die Himmel und Erde, bereitet für die Gottesfürchtigen, die da spenden in Freud und in Leid und den Zorn*

verhalten und den Menschen vergeben. Und Allah liebt die Gutes Tuenden. 3. 127 f
▪ Und um der Barmherzigkeit Allahs willen warst du lind zu ihnen; wärest du aber rau und harten Herzens gewesen, so hätten sie sich rings um dich zerstreut. Drum vergib ihnen und bete für sie um Verzeihung und ziehe sie zu Rate in der Sache. 3. 153
▪ Und ist nicht gleich das Gute und das Böse. Wehre (das Böse) ab mit dem Bessern, und siehe, der, zwischen dem und dir Feindschaft war, wird sein gleich einem warmen Freund. 41. 34

Geduld
▪ Jene werden ihren Lohn zwiefältig empfangen, darum, dass sie ausharrten und das Böse mit Gutem zurückweisen und von dem, womit wir sie versorgten, spenden. 28. 54

Unterschiedliche Auffassungen – Toleranz
▪ Es soll kein Zwang sein im Glauben. (2. 256)
▪ Willst du etwa die Leute zwingen, gläubig zu werden ? Und keine Seele kann gläubig werden ohne Allahs Erlaubnis; und seinen Zorn wird er über die senden, welche nicht begreifen. (10, 99 – 100).
▪ Lade ein zum Weg deines Herrn mit Weisheit und schöner Ermahnung; und streite mit ihnen in bester Weise. (16, 126).
▪ Die unterschiedlichen Meinungen meines Volkes sind eine Gnade. („Ihtilaf ummatî rahma", Hadith, zit. n. Klein – Franke, S.5, a.a.O.)

Schimpfen
▪ O, ihr, die ihr glaubt, lasset nicht die einen über die andern spotten, die vielleicht besser sind als sie. Auch mögen nicht Frauen andre Frauen verspotten, die vielleicht besser sind als sie. Verleumdet nicht einander und gebet einander nicht beschimpfende Namen. Wie abscheulich ist (die Verwendung) des ruchlosen Namens nach (der Annahme des) Glaubens und wer nicht bereut, das sind die Ungerechten. 49. 12
▪ Ein Mann sagte zu Allahs Gesandten.....: ‚Rate mir!' Er (der Prophet) sagte: ‚Zürne nicht!' Er wiederholte (seine Bitte) mehrmals, und er sagte: ‚Zürne nicht!' (zit. n. Al – Nawawi, S. 50, a.a.O.).

Prahlerei und Angeberei
▪ Den Hochmütigen und den Prahler liebt Gott nicht. (H. . n. al-Buhari, S. 429, a.a.O.)

Sexistische Sprüche und Anmache
▪ Sprich zu den Gläubigen, dass sie ihre Blicke zu Boden schlagen und ihre Scham hüten. Das ist reiner für sie. Siehe Allah kennt ihr Tun. 24, 30
▪ Die Schamhaftigkeit ist ein Teil des Glaubens. (H. . n. al-Buhari, S. 439 a.a.O.)
▪ Der Prophet ... war noch schamhafter als die Jungfrau in ihrem Frauengemach. (H. . n. al-Buhari, S. 439 a.a.O.)
▪ Der Prophet Muhammad wurde gefragt, wie man sich auf der Straße, in der Öffentlichkeit benehmen sollte: „Senkt eure Blicke, belästigt niemanden, erwidert den Gruß, gebietet das Rechte und untersagt das Verwerfliche." (H. . n. al-Buhari, S. 442 a.a.O.)
▪ Abu Huraira, Allahs Wohlgefallen auf ihm, berichtete: Der Prophet, Allahs Segen und Heil auf ihm, sagte: „Der Glaube besteht aus mehr als siebzig Bestandteilen, und die Schamhaftigkeit (Haya´) ist einer der Bestandteile des Glaubens." (Hadith Nr. 50 im Sahih Muslim).
▪ Abu Huraira, Allahs Wohlgefallen auf ihm, berichtete: „Der Prophet, Allahs Segen und Heil auf ihm, verbot uns (den Männern) das Tragen von goldenen Ringen." (Hadith Nr. 3896 im Sahih Muslim).

Lügen und Betrug
▪ Darum legt nicht Eide ab zu gegenseitigem Betrug, damit nicht der Fuß ausgleite, nachdem er fest hingesetzt, und ihr das Übel schmecket, dieweil ihr abwendig machet von Allahs Weg, und euch schwere Strafe trifft. 16. 96
▪ Und haltet den Vertrag. Siehe, über Verträge werdet ihr zur Rechenschaft gezogen. 17. 36
▪ Ihr, die ihr glaubt, warum sprecht ihr, was ihr nicht tut? Großen Hass erzeugt es bei Allah, dass ihr sprecht, was ihr nicht tut. 61. 2f
▪ Und die, welche das ihnen Anvertraute und ihren Vertrag hüten, und die in ihrem Zeugnis aufrichtig sind und die ihren Gebeten obliegen, diese sollen in Gärten geehrt sein. 70. 32 – 35
▪ Ein Verleumder wird nicht ins Paradies eingehen. (H. . n. al-Buhari, S. 433a.a.O.)

Gute Werke
▪ Wer mit Gutem kommt, dem soll das Zehnfache werden, und wer mit Bösem kommt, der soll nur das gleiche als Lohn empfangen; und es soll ihnen nicht Unrecht geschehen. 6. 161
▪ Siehe, Allah gebietet Gerechtigkeit zu üben, Gutes zu tun und die Verwandten zu beschenken, und verbietet das Schändliche und Schlechte und Gewalttat. Er ermahnt euch, auf dass ihr es zu Herzen nehmet. 16. 92
▪ Und Gut und Kinder sind des irdischen Lebens Schmuck; das Bleibende aber, die guten Werke, sind besser bei deinem Herrn hinsichtlich des Lohns und bessere hinsichtlich der Hoffnung. 18. 44 (46)
▪ Und vergiss nicht deinen Anteil in dieser Welt und tue Gutes, so wie Allah dir Gutes tat, und trachte nicht auf Verderben auf Erden; siehe, Allah liebt nicht die Verderbensstifter. 28. 77
▪ Und wer eine gute Tat begeht, den wollen wir dadurch mehren an Gutem. Siehe, Allah ist verzeihend und dankbar. 42.22

Wissen / Weisheit
▪ Herr, lass mich zunehmen an Wissen. (20, 113)
▪ Die Menschen sollen das Wissen verbreiten. Sie sollen sich zusammensetzen, bis die Unwissenden wissend sind. (H. n. al-Buhari, S. 54 a.a.O.)
▪ Zwei Männer sind zu beneiden: Der Mann, dem Gott Reichtum gegeben hat und der mit ihm in rechter Weise verfährt, und der Mann, dem Gott Weisheit gegeben hat, der in ihrem Sinne handelt und sie anderen weitergibt. (H. n. al-Buhari, S. 439 a.a.O.)
▪ Suche Weisheit, auch wenn sie aus China kommt. (zit. n. Hunke, 1991, S. 89, a.a.O.).
▪ Wer seinen Herd verlässt auf der Suche nach Wissen, wandelt den Weg Gottes.„ (zit. n. Hunke, 1991, S. 91, a.a.O.)
▪ Alles Wissen kommt von Gott und führt uns zu ihm hin.
▪ Die Tinte des Schülers ist heiliger als das Blut des Märtyrers. (zit. n. Hunke, 1991, S. 91, a.a.O.)
▪ Suche Wissen von der Wiege bis zum Grabe. / Wer nach Wissen strebt, betet Gott an. (zit. n. Hunke, 1991, S. 91, a.a.O.)
▪ Das Studium der Wissenschaft hat den Wert eines Gebetes. / Empfange Wissen, auch von den Lippen eines Ungläubigen. (zit. n. Hunke, 1991, S. 91, a.a.O.)
▪ Der Prophet selbst lenkte den Blick seiner Anhänger über die Begrenzung der Muslime hinaus, denn die Wissenschaft diene der Ehre Gottes. „Darum erwirb sie, aus welcher Quelle sie auch stammen mag, ja um Allahs Willen, empfange Wissen, sogar von den Lippen eines Ungläubigen." (zit. n. Hunke, 1991, S. 89, a.a.O.).

Literaturnachweis
Al - Nawawi: „Vierzig Hadithen", aus dem Arabischen von Ahmad von Denffer, The Holy Koran Publishing House, Beirut, 1980
Sigrid Hunke: „Allah ist ganz anders", Goldmann, München 1991
Sigrid Hunke: „Allahs Sonne über dem Abendland. Unser arabisches Erbe", Fischer, Frankfurt am Main, 1997
Felix Klein-Franke: „Die Klassische Antike in der Tradition des Islam", Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, 1980
Bernard Lewis et al. (Ed.): „The Encyclopaedia of Islam - New Edition", 11 Bände, Brill, Leyden, 1971
Sahih al - Buhari: „Nachrichten von Taten und Aussprüchen des Propheten Muhammad", Reclam, Stuttgart, 1991
http://hadith.al-islam.com/Bayan/Index.asp (aus den Hadithen im Sahih Muslim)

Mehr Bewegung in die Schulen!

In Spiel und Theater der Schulen ist zu wenig Körperlichkeit.

von Hans-Wolfgang Nickel

Kultur (lat.) heißt Bearbeitung, Pflege, Ausbildung, Veredelung; Bewegungskultur wäre also zumindest „Pflege der Bewegung“. Nun kann freilich, trotz German dance, von einer deutschen Bewegungskultur kaum gesprochen werden – aber selbst die Rudimente sind in Berlin in Gefahr, weiter zu verkümmern: Es gibt nur wenige Bewegungstheater, kaum Jugend- oder Schülertanztheater und: (zu) wenig Körperlichkeit in Spiel und Theater der Berliner Schulen.

Dabei ist Berlin eine Stadt des Tanzes (nicht nur wegen Sasha Waltz und trotz des Weggangs von Kresnik): mit vielen kleineren und größeren Gruppierungen, mit besonderen Festivals, dem Tanz im August, vielen Spielstätten, die sich auf Tanz und Bewegungstheater spezialisiert haben und mit mannigfachen Anregungen für Körpertheater – erstaunlich, wie selten Spiel- und Theatergruppen von Schulen diese Anregungen aufgreifen. Wie wirkungsvoll das aber sein kann, zeigte beispielhaft die Tuschproduktion *„Zwang-los“*. Locker wurde das Thema der „Zwänge“ behandelt, nicht tiefgründig-existentiell, aber mit vielen Schattierungen, nicht als durchchoreografierter Tanz, sondern mit unterschiedlichen Ausdrucksmitteln und improvisatorischen Elementen. Überaus deutlich wurde, wie sehr die mitwirkenden SchülerInnen durch Werkstattarbeit und Aufführungen an Körperbewusstsein und Körperausdruck gewonnen hatten (Hau 3).

Es gibt positive Beispiele

Es gibt weitere positive Beispiele, beim Kinder- und Jugendzirkus sogar eine Erfolgsgeschichte: *Juxirkus* und *Cabuwazi*, seit 1998 auch Montelino in Potsdam leben von der Bewegung und stimulieren Bewegung. Und es ist immer wieder „bewegend“, die kleineren (ab 6) und größeren DarstellerInnen (bis 16, manchmal auch darüber) zu beobachten: in ihrer Konzentration auf die zirzensische Aufgabe und auf die Darstellung. Das gilt insbesondere dann, wenn das Programm thematisch gebunden wird und jede „Nummer“ Teil einer Geschichte ist. So bei dem im *Circus Montelino* mit leichter Hand gewebten „Krimi“ um die verschwundene Trapezkünstlerin, die von den Clowns schließlich gefunden wird. Die Szenen sind unterschiedlich im zirzensischen Können, alle aber mitreißend durch Intensität und Spielfreude – manchmal poetisch-versponnen, manchmal eher parodistisch. Was die mitwirkenden Kinder und Jugendlichen dabei an Konzentration, körperlicher und geistiger Beweglichkeit gelernt und erfahren haben, ist kaum zu überschätzen.

Die große Kunst gibt Anregungen

Besonders wichtig ist es, auch auf Anregungen von der großen Kunst hinzuweisen. In diesem Zusammenhang zeigt *In Transit*, das inzwischen etablierte Tanz- und Performancefestival im Haus der Kulturen der Welt, exemplarisch, wie ferne Kulturen aus traditionellen Bewegungskünsten (und traditioneller Bewegungskultur!) leben und in der Auseinandersetzung damit Positionen für die Gegenwart entwickeln.

So riss die argentinische Gruppe von Roxana Grinstein den *Tango* auf, verrätselte ihn zwischen Ein- und Ausgängen, zeigte vielfach nur Rückenansichten (blieb dabei aber eher angestrengt und überbedeutsam) – stellte sich jedoch der Spannung Tradition-Moderne, die auch Thema von *„Jue – Erwachen“*, des Gastspiels aus China war. Das war nun freilich ein Abend von erlesener Schönheit, der aus der Selbstverständlichkeit einer klassischen Form lebte, in der Auseinandersetzung Mutter-Tochter mühelos modernes Bewegungs- und Ausdrucksrepertoire einbezog, mit kraftvoller Leichtigkeit eine Beziehung, eine Geschichte erzählend. Ähnlich in der Konzeption und auf ähnlich hohem Niveau die Musik: eine Stimme flüsternd, rufend, singend, rhythmisch geführt, dazu Zitate aus der chinesischen Oper, jazzig aufgeraut, von stupender Expressivität und kraftvoller Grazie.

Anregungen also zuhauf; wichtig und lohnend, sie aufzugreifen, sich der eigenen Beweglichkeit bewusst zu werden: als körperlichem Ereignis, als Phänomen des Geistes, als emotionaler Erfahrung – als Grundphänomen von Leben und hohem Kulturgut, das zu pflegen und auszubilden ist – Aufgabe des Alltags wie der Hochkultur. Also: *In Transit* in den Kalender schreiben, Anregungen sammeln, in eigene Tätigkeit, eigene Produktionen übersetzen.

FRAUEN IN DIE NATURWISSENSCHAFT UND TECHNIK: MULTIPLIKATORINNEN AN SCHULEN GESUCHT

Die Technische Fachhochschule Berlin (TFH) sucht LehrerInnen, die in Berliner und Brandenburger Gymnasien, Oberschulen, OSZ, Fachoberschulen und Gesamtschulen unterrichten und speziell Schülerinnen für Technik und Naturwissenschaften begeistern möchten.
Der Grund: Die TFH bietet regelmäßig in den Oster- und Herbstferien Schnupperstudien für Schülerinnen der 9. bis 13. Klasse an. Und dies vorzugsweise in den Studiengängen, die Frauen traditionell seltener wählen: Maschinenbau, Verfahrens- und Umwelttechnik, Elektrotechnik, Mechatronik, Informatik, Bauingenieurwesen. Der Frauenanteil liegt in diesen Studiengängen zum Teil immer noch unter 10 Prozent, was nicht befriedigend ist. Die TFH hat deswegen das Ziel, die Zahl der weiblichen Studierenden deutlich zu erhöhen. Mit dem Schnupperstudium sollen Frauen ermutigt werden, einen technischen oder ingenieurwissenschaftlichen Studiengang zu wählen.
Auf Wunsch stellen wir Flyer und weitere Informationen für Schülerinnen zur Verfügung: DVD-Film über ein Schnupperstudium für Schülerinnen an der TFH, Kurzporträts über Studentinnen und Absolventinnen ausgesuchter Studiengänge. *Marita Ripke, TFH*

Wenn Sie Interesse haben bitte wenden an: Dr. Marita Ripke, TFH Berlin, Projektverbund Chancengleichheit für Frauen, Tel. 4504 2072, E-Mail: ripkem@tfh-berlin.de

SONDERSEITEN VOLKSBEGEHREN

Die GEW BERLIN braucht eure Unterstützung für das Volksbegehren „Für eine andere Politik“

Eine andere Politik muss her! Jetzt! Gerade im Bildungsbereich werden Deutschland wieder eklatante Defizite durch die OECD bescheinigt (siehe nächste Seite). Das reiche Deutschland spart an der Bildung, obwohl mehr Ressourcen in die Qualität von Bildung investiert werden müssen. Mehr Bildungsqualität – das geht nicht mit ständigen Personalkürzungen, Arbeitszeiterhöhungen und Arbeitsverdichtungen. Mehr Qualität gibt es auch nicht bei der Zerschlagung des Tarifschutzes des pädagogischen Personals. Von der rot-roten Koalition erwarten wir eine Korrektur des Weges.
Für die GEW BERLIN muss es dabei in folgende Richtung gehen.

Forderungen der GEW BERLIN an die Koalition:

1. Berlin muss entschieden mehr für die Schaffung von Arbeitsplätzen tun. Wir brauchen dazu einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, der bezahlte Arbeit zu Löhnen ermöglicht, von denen man leben kann. „Ein-Euro-Jobs“ lehnen wir ab!
2. Der Staat muss über ausreichende Einnahmen verfügen, um Bildung für alle als öffentliche Aufgabe ausbauen und verbessern zu können!
3. Mitbestimmung muss ausgebaut statt eingeschränkt werden!
4. Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas der kommunalen und freien Träger brauchen gesicherte Arbeitsplätze und verlässliche Rahmenbedingungen – das hilft den Kindern!
5. Der Zugang aller Kinder zu den Kitas muss stufenweise gebührenfrei ermöglicht werden!
6. Hilfen zur Erziehung, Kinder- und Jugendarbeit, Jugendberufshilfe sind gesetzliche Pflichtaufgaben – die Streichungen müssen zurück genommen werden!
7. Die Schulen brauchen bei der Umsetzung des neuen Schulgesetzes zusätzliche Ressourcen!
8. Die Zahl der Pflichtstunden für Lehrerinnen und Lehrer muss endlich wieder gesenkt werden – besonders für ältere Kolleginnen und Kollegen!
9. Die Berliner Schulen benötigen in den kommenden Jahren verlässlich jährliche Neueinstellungen von ca. 1.000 jungen Kolleginnen und Kollegen!
10. Die Kürzung von 400 Referendariatsplätzen muss zurück genommen werden!
11. Auch Lehrerinnen und Lehrer haben ein Recht auf einen Tarifvertrag!
12. Die Berliner Hochschulen müssen offen bleiben! Wir brauchen mehr und nicht weniger Studentinnen und Studenten. Das erfordert eine deutlich bessere finanzielle Ausstattung der Hochschulen!
13. Studieren darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Wir lehnen Studiengebühren ab!
14. Wir brauchen endlich ein Berliner Weiterbildungsgesetz!

Damit eindeutig bildungspolitische Prioritäten in dieser Stadt gesetzt werden, müssen wir den Druck auf die Politik glaubwürdig erhöhen.
Deswegen brauchen wir deine Unterschrift für eine andere Politik!

Bildung in Deutschland nur mittelmäßig

Aussagen aus dem OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick – Ausgabe 2004“

Deutschland gibt weniger Geld für Bildung aus als viele andere Staaten.
In Kindergärten und Grundschulen müsse das Betreuer-Kinder-Verhältnis verbessert werden, fordert die OECD
Besonders gravierend sei die Situation im Elementarbereich, in dem rund 24 Kinder auf eine Betreuungsperson kommen, die nach Großbritannien ungünstigste Relation innerhalb der OECD. Der Durchschnittswert unter den 30 Ländern der OECD liege im Kindergartenbereich bei etwa 15 Kindern pro Betreuungsperson.
Im Grundschulbereich kommen der Studie zufolge in Deutschland rund 19 Kinder auf eine Betreuungsperson, der OECD-Mittelwert liegt bei 17 Kindern.
Das deutsche Bildungssystem bringe zu wenig Abiturienten hervor. In keinem Industriestaat hänge der Bildungserfolg so sehr von der sozialen Stellung der Eltern ab wie in Deutschland.
Einen ersten Hochschulabschluss erzielten in den OECD-Ländern im Schnitt 32 Prozent der Bevölkerung: „Die Zahl reicht von weniger als 20 Prozent in Deutschland bis zu mehr als 40 Prozent in Australien, Finnland, Island und Polen“.
Beim Vergleich verschiedener Altersgruppen auf ihren Bildungsabschluss überschreitet nach der OECD-Studie in fast allen Staaten der Anteil der 25- bis 34-Jährigen mit Universitätsdiplom jenen der 45- bis 54-Jährigen. Nicht so in Deutschland. Hier sind die Älteren die Gebildeteren, ein Viertel der Generation der mehr als 45-Jährigen ist Akademiker, bei den zwanzig Jahre jüngeren hat nur noch ein Fünftel einen Hochschulabschluss.
„Es gibt in Deutschland einfach zu wenig junge Menschen, die mit hohen Qualifikationen in den Arbeitsmarkt kommen.“ Dabei sei mit einem rasant ansteigenden Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften zu rechnen. Schleicher erwartet von den Bundesländern, deutlich mehr in Bildung zu investieren.
„Unsere Gesellschaften verändern sich rapide. Bildung wird zur zentralen Investition in die Zukunftsfähigkeit.“

Nach Ansicht von Schleicher, der bei der OECD die weltweite Pisa-Studie koordiniert, fehlt der Bildungspolitik der Länder und des Bundes vor allem eine ‚strategische Vision‘. Deutschland habe noch immer nicht genügend erkannt, „dass Bildung die entscheidende Grundlage für wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftlichen Wandel ist“. Andere Staaten wie Pisa-Sieger Finnland hätten daraus Konsequenzen gezogen und ihr Bildungssystem grundlegend reformiert. Dagegen würden in Deutschland die Schüler weiter nach dem traditionellen Schulsystem eingestuft und aussortiert und zu wenig individuell gefördert. Insgesamt ziele die Ausbildung an Schulen, Hochschulen und in der beruflichen Bildung zu sehr darauf ab, den gegenwärtigen Bedarf auf dem Arbeitsmarkt abzudecken. „Wir brauchen aber eine Ausbildung, die junge Menschen befähigt, Wirtschaft und Gesellschaft zu verändern.“

Süddeutsche Zeitung, 14. September 2004

Anlage 2 (§ 2 der Abstimmungsordnung)

Unterschriftsbogen zum Antrag auf Zulassung eines Volksbegehren

für den Antrag des Trägers des Volksbegehrens

Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Berlin

Name

Kurfürstenstr. 112, 10787 Berlin

Anschrift

zur Einreichung bei der Senatsverwaltung für Inneres.

Nach Artikel 62 Absatz (3) der Verfassung von Berlin richtet sich dieses Volksbegehren auf die vorzeitige Beendigung der 15. Wahlperiode des Berliner Abgeordnetenhauses.

Unterstützungsunterschrift

Bitte vollständig und in Druckschrift ausfüllen!

Ich unterstütze hiermit durch meine persönliche und handschriftliche Unterzeichnung den Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens:

Familienname _____
ggf. auch Geburtsname

Vorname(n) _____ Geburtsdatum _____

Anschrift,PLZ _____
alleinige Wohnung oder Hauptwohnung in Berlin am Tage der Unterschriftsleistung

Mir ist bekannt, daß für mich eine Bescheinigung über die Unterschriftsberechtigung eingeholt wird.

Berlin, den _____ _____
lesbare Unterschrift

Wichtiger Hinweis:
Unterschriftsberechtigt sind nur Personen, die am Tage der Unterzeichnung zum Abgeordnetenhaus von Berlin wahlberechtigt sind, d.h. alle Deutschen, die 18 Jahre alt, seit drei Monaten vor diesem Tag in Berlin mit alleiniger Wohnung oder mit Hauptwohnung angemeldet und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Personen, die nicht in einem Melderegister der Bundesrepublik Deutschland verzeichnet sind oder nicht seit drei Monaten vor dem Tag der Unterzeichnung im Melderegister in Berlin gemeldet sind, müssen mit der Unterzeichnung durch Versicherung an Eides Statt gegenüber dem Bezirkswahlamt glaubhaft machen, dass sie sich in den letzten drei Monaten überwiegend in Berlin aufgehalten haben.

Bei unleserlichen, unvollständigen oder fehlerhaften Eintragungen gilt die Unterstützungsunterschrift als ungültig. Das gleiche gilt bei Eintragungen, die einen Zusatz oder Vorbehalt enthalten. Unterschriften, die früher als sechs Monate vor dem Eingang des Antrages bei der Senatsverwaltung für Inneres geleistet wurden, sind ungültig.

Nicht vom/von der Unterzeichner/in auszufüllen!

Amtliche Bescheinigung: Bezirksamt _____ von Berlin –Bezirkswahlamt–

Der/die Unterzeichner/in

☐ ist unterschriftsbrerechtigt

☐ ist nicht unterschriftsberechtigt, weil _____
Begründung in Kurzform

Im Auftrag _____

Dienstsiegel

Unterschrift, Datum

Schwarzschild-Haus des Astrophysikalischen Instituts Potsdam. Info über Veranstaltungen für Gruppen: Tel. 0331-7499-366 oder www.aip.de FOTO: AIP

THEATERSTÜCKE KRITISCH GESEHEN

Große Pläne hat die **Shakespeare-Company**: sie will das Globe-Theatre nachbauen, der ersten Spatenstich ist erfolgt, Baubeginn soll 2005 sein. Die praktische Arbeit startete schon jetzt in einem gut bespielbaren Zelt in der Nähe des Ostbahnhofs: geschützt vor der Witterung, aber mit einer Atmosphäre wie draußen, nahe bei Wind, Regen, Sommerluft. Ein guter Start: die Company wagt sich an den *„Sturm"* und meistert ihn mit acht SpielerInnen: eine süße Miranda, ein männlicher Prospero, eine (!) beweglich-bewegende Arielle und ein spielfreudig-kompetentes Ensemble, das virtuos durch gegensätzliche Rollen wirbelt. Ebenfalls im Zelt der „Sommernachtstraum" als Gastspiel vom Potsdamer Poetenpack (gekürzt auf sieben SpielerInnen). Beide Inszenierungen bleiben nahe an Shakespeare: klassische Übersetzung, leicht bearbeitet mit einigen Modernismen und Aktualisierungen, eine verständliche Sprache, eine gute Einführung in eine wichtige Theatertradition (ab 15).
Das **Hexenkessel-Hoftheater** spielt schon seit einigen Jahren höchst variabel im Monbijou-Park, zeigt in diesem Jahr zu *„Julia und Romeo"* die seltener gespielte *„Komödie der Irrungen"*, eine Verwechslungsspiel um zwei Zwillingspaare. Die eigene Übersetzung und Bearbeitung, leider noch veralbert durch ein pseudo-chinesisches Vorspiel, ist auf fünf Darsteller so gekürzt, dass das Originalstück zum Schluss nur noch in Bruchstücken gespielt werden kann. Also keine gute Einführung in Shakespeare!
Ganz anders der *„Der Kreidekreis"*, ein echter Fund. Klabunds Stück erweist sich als überaus spielbar, wird in der Interpretation der **Gruppe Molino** sorglich im Stil des klassischen chinesischen Theaters (Kostüme, Masken, Musik) realisiert und zeigt sich als eine poetisch-leichte, bewegende, nicht mit Ideologie befrachtete Geschichte. Ein junges Mädchen geht tapfer ihren Weg, ihre Arbeit wird schließlich belohnt – mit einem (durchaus nicht süßlichen) Happy end (ab 14 – nach Vorbereitung auf den besonderen Stil!).
„Vom märkischen Narren Hans Clawert" – ein neues Stück, kommt eher altertümelnd daher; es passt gut als geformtbesinnlicher Kontrapunkt auf turbulente Mittelaltermärkte und Gauklerfeste, auch in den Innenhof im Deutschen Historischen Museum (wo die Uraufführung stattfand). Als eigenes Stück kann es nicht überzeugen: eine Abenteuer- und Pointenreihung ohne durchgehende dramatische Spannung; Anspielungen auf die Gegenwart, aber kein scharfer Zugriff, keine Entschiedenheit. Die religiösen und sozialen Spannungen der Zeit werden zwar genannt,

INSTITUT FÜR MUSIKTHERAPIE
WALDHÜTERPFAD 38 • 14169 BERLIN
Pädagogik allein reicht oft nicht!
Berufsbegleitende Aus-/ Weiterbildung Sozialtherapeutische Musikarbeit für Sonder-/ PädagogInnen, ErzieherInnen, SozialpädagogInnen ect.
www.musiktherapieberlin.de
INFO-TEL.: 030 - 813 50 80

Supervisionsgruppe
für Lehrer/innen hat noch freie Plätze
Info: **Ina Kaufmann**
Dipl.Päd. / Supervisorin (DGSv)
Tel: 030/ 693 68 90, e-mail:
ina.kaufmann@t-online.de

Vor dem BURN-OUT?
Wir helfen Ihnen bei Überlastung und Motivations-Problemen vertraulich und kompetent
Dipl. Psych. Dr. JOACHIM PARPAT
Psychotherapeut u. OStR a.D.
Alle Kassen und Privat
Tel. 863 98 143
Eine Initiative in Zusammenarbeit mit der management-inside Unternehmensberatung

Praxis ILP
INTEGRIERTE LÖSUNGSORIENTIERTE PSYCHOLOGIE
Supervision und Trainings für Lehrerkollegien
Informationen und Anmeldungen unter Tel: 83 22 19 28

Praxis Gestalttherapie
Individuelle Klärungshilfe und Therapie bei Suchtproblemen, für soziale Berufe auch bei Kaufsucht und Co-Abhängigkeit
Dipl.Pädagogin/Gestalttherapeutin(HPG)
Tel. 030/2 51 18 91,
www.suchtprozesse.de

(Ver-)Änderungen selbst gestalten
Supervision, Coaching, Beratung für Einzelne und Gruppen
Gestalt-Organisationsberaterin,
Dipl.Soz.Päd. Petra Gänsicke-Voss
Tel.: 030-82 70 68 33

KLINIK NIKOLASSEE
Private Fach-Akutklinik
Innere Medizin - Kardiologie - Psychotherapie - Neurologie
Leitung: Dr. med. Thomas Bodemann, Internist - Dipl. Psychologe
- Herz-Kreislauf-Erkrankungen
- Alkohol- u. Tablettenmissbrauch
- Depressionen
- Angstzustände
- Panikattacken
- Schlafstörungen
- Schmerzen/Fibromyalgien
- Schwindelzustände
- nervöse und Erschöpfungszustände/ Burn-out-Syndrom

Private Kassen · Beihilfe · Postbeamten-B
24-Std. Akutaufnahmen! ☎ 803 09 10
14129 Berlin · Von-Luck-Str. 3 · www.klinik-nikolassee.de

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN
Von hier an geht es aufwärts!
HOTLINE: 07221/39 39 30
In einer Stadt mit besonderem Flair und Ambiente bieten wir einen individuellen und erfolgreichen psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!
Indikationen: Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, **Essstörungen,** Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out"), Schmerzen
Kostenübernahme: Privatversicherungen, Beihilfe, PBeaKK
Privatklinik für psychologische Medizin Mit Fachrichtung für Essstörungen
Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden-Baden**
Fax: 07221/39 39 350 • www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

aber nicht spürbar. Zu brav also das Ganze (brauchbar als historisches Zeugnis ab 14).
Hans-Wolfgang Nickel

Die Friedensaktivistin Jutta Kausch hat ein witziges, engagiertes Theaterstück geschrieben und mit der **Theatergruppe FAMEG** weiterentwickelt und im **Tiyatrom** zur Aufführung gebracht. In dem Stück *„Wo geht's lang"* leben vier 16-jährige Mädchen mit unterschiedlichsten Biografien und Charakteren in einer WG unter Betreuung eines sehr flotten Sozialarbeiters (der großartig auch die Rolle eines kleinen Drogen-Dealers und Liebhabers eines der Mädchen spielt). Eine Neue kommt hinzu. Sie ist aus Haiti geflohen. Mit ihr kommen andere Aufregungen und Probleme aus der Welt draußen in die WG. Letztendlich finden sich alle zusammen in gemeinsamen, erfolgreichen Aktionen, in die die Zuschauer mit einbezogen werden. Das Stück ist sehr zu empfehlen für SchülerInnen ab 14 Jahren wegen der begabten DarstellerInnen, seiner einfallsreichen Inszenierung und weil über die persönlichen Träume hinaus der Blick auf eine andere Welt geöffnet wird. *Elke Zwinge-Makamizile*

THEATER

Theater Brausepulver
Das Theater wurde spielt interaktive Stücke, in dem die Kinder zum Mitdenken, Sprechen und zu kleinen Handreichungen auf der Bühne aufgefordert werden. *From the zoo* ist ein Stück für den Englischunterricht der Klassen 3 und 4. *Ein Tier für Millie* ist die deutschsprachige Inszenierung dieses Stückes für Kinder ab 3 Jahren. Spieltermine: 2.11. um 9.15 und 10.45 im JuKuz; 3./4.11. um 10 Uhr im Theater Lichterfelde; 5.11. um 10.30 Uhr in der Schwartzschen Villa; 8.11. um 10.30 im Atrium.
Have a Biscuit ist ein interaktives Stück für den Englischunterricht der Klassen 3 und 4. *Millies Maus* ist die deutschsprachige Inszenierung dieses Stückes für Kinder ab 4 Jahren: Am 6.11. um 16 Uhr im Theater Lichterfelde. Karten und Info: Theater Brausepulver, Telefon 398 33 810, post@theaterbrausepulver.de

Fliegendes Theater
Die kleine Meerjungfrau (Gastspiel Kobalt Theater, ab 7):11. bis 15.10. jeweils um 10.30 Uhr, Der Froschkönig (Mägdefrauen, ab 4): 9. bis 11. November jeweils um 10.30 Uhr.
Fliegendes Theater, Urbanstraße 100 in Kreuzberg, Tel. 692 21 00 oder www.fliegendes-theater.de

Theater Strahl
Genau wie immer: Alles anders. Über die Freuden und Leiden der Pubertät (ab 12): 26. 10. um 11 und 18 Uhr, 27./28. um 11 Uhr.
Theater Strahl – Die Weisse Rose, Martin-Luther-Straße in Schöneberg, tel. 695 99 222 oder www.theater-strahl.de

Grips Theater
Kannst du pfeifen, Johanna (ab 6, Schiller Werkstatt): 11./12.10. um11 Uhr.
Julius und die Geister (ab 6): 13./14.10. und 28./29.10. jeweils um 10 Uhr; 30.10. um 16 Uhr.
Lena in der Wüste (ab 5): 14./15.10. u. 25.10. um 11 Uhr; 16./17. und 23.10 jeweils um 16 Uhr.
Eine linke Geschichte: 15./16.10 um 19.30 Uhr.
Eins auf die Fresse (ab 13): 19./20.10. um 10 Uhr.
Klamms Krieg (ab 15, Schiller-Werkstatt): 19.10. um 12 Uhr; 20.10. um 11 Uhr.
Flo & Co (ab 8): 21./22.10. um 10 Uhr.
Der Ball ist rund – Ein Globalisierungskrimi (ab 10): 24.10 um 16 Uhr; 25./26.10. um 10 Uhr.
Hallo Nazi (ab 15, Schiller-Werkstatt): 27. bis 29.10 jeweils um 11 Uhr; 30.10. um 19.30 Uhr.
Grips Theater, Altonaer Straße 22, 10557 Berlin, Tel. 397 47 477 oder pr@grips-theater.de oder www.grips-theater.de

Hans Wurst Nachfahren
Der gestiefelte Kater (ab 4): 13./14.10 um 10 Uhr.
Schmusetiere unter sich (ab 3): 15.10. um 10 Uhr; 16./17.10. um 16 Uhr.
Des Kaisers neue Kleider (ab 5): 21.10. um 10 Uhr; 23./24.10. um 16 Uhr
Der kleine Muck (ab 5): 28./29.10. um 10 Uhr; 30./31.10. um 16 Uhr.
Hans Wurst Nachfahren, Gleditschstraße 5 (am Winterfeldtplatz), Tel. 216 79 25 oder www.hans-wurst-nachfahren.de

FORTBILDUNG

Fortbildung System Erde
Auch in diesem Jahr veranstalten das GeoForschungsZentrum Potsdam (GFZ) wieder eine „Herbstschule System Erde". Unter dem Titel „Physikalische Anwendungen" richtet sich die zweitägige Veranstaltung an Lehrkräfte der Sekundarstufe. Im GFZ Potsdam am 4./5. November. Näheres unter: www. gfz-potsdam.de/news/Schulen/ Die „Herbstschule" ist als Fortbildungsveranstaltung anerkannt.

Gewerkschaftliche Bildung
ACHTUNG! Alle die sich für das Seminar „Stressbewältigung" [042-S-76] vom 19.-20.11.2004 in der GEW Berlin angemeldet und von uns noch keine Rückmeldung erhalten haben, bitten wir, sich umgehend mit der Geschäftsstelle (Tel. 21 99 93-0) in Verbindung zu setzen. Aufgrund eines EDV-Fehlers sind uns leider Anmeldedaten verloren gegangen, die wir nur mit eurer Hilfe rekonstruieren können!
In folgenden Seminaren der GEW BERLIN sind noch Plätze frei.
- Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung [042-S-63], 21.10. im GEW-Haus (auch Nichtmitglieder)
- Arbeit von Gesundheitszirkeln [042-S-64], 21.-22.10.04 im GEW -Haus (auch Nichtmitglieder), 26.10.04 im GEW-Haus (auch Nichtmitglieder)
- Öffentlichkeitswirksame Aktionen mit einfachen Mitteln [042-S-71], 10.11.04 im GEW-Haus (auch Nichtmitglieder)
- Teamarbeit und Konflikte im Team im Prozess der Schulentwicklung [042-S-72], 11.-13.11.04 in Zechlinerhütte (auch Nichtmitglieder)
- Fit für Funktionsstellen [042-S-73], 12.11.04, 15.30-19.00 (nur Nichtmitglieder)
- Stressbewältigung [042-S-73], 19.-20.11.04 im GEW-Haus (auch Nichtmitglieder)
- Psychomentale Belastungen in der Schule [042-S-77], 29.11.04 im GEW-Haus (auch Nichtmitglieder)

Mehr Infos unter www.gew-berlin.de. Anmelden: Geschäftsstelle der GEW BERLIN, Ahornstr. 5, 10787 Berlin oder sekretariat@gew-berlin.de. oder tel 21 99 93 0.

LAG Spiel & Theater
- Maskenbau: Es wird eine Maske hergestellt, die – ausgehend von einer dem Kopf des Trägers

ANZEIGE

Ihr gutes Recht

Darf mein Schulleiter unangekündigt meine Unterrichtsstunde besuchen? Wie ist das mit der Anordnung von Mehrarbeit? Muss ich bei Smog-Alarm in der Schule anwesend sein? Mit dem Berliner Recht für Schule und Lehrer finden Sie die Antwort im Handumdrehen! Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen! Ein Abonnement des Berliner Recht für Schule und Lehrer hilft dabei.

Papierfassung: 57 Euro* · CD-Rom: 47 Euro*

*für Nichtmitglieder 10 Euro mehr
Bei Zusendung zusätzlich 8 Euro Versandkosten

GEWIVA · Ahornstr. 5 · 10787 Berlin · Tel. 21 99 93-62

angepassten Grundform – Stück für Stück aus Karton/Pappe aufgebaut wird: 22. 10. von 17.30 – 21.30 Uhr und 23.10. von 10 – 18 Uhr.

• Let's do a Comedy-Revue: Spaß muss sein, denn Lachen tut Leib und Seele gut. Den Alltag vergessen und in die komischen Momente des Lebens eintauchen. Am 30./31.10. jeweils von 11 – 17 Uhr.

• Grundlagenbildung Spielleiter/in Theaterpädagogik: Berufsbegleitende, 15-monatige Weiterbildung für Interessierte, die mit theaterpädagogischen Mitteln mit Gruppen arbeiten möchten. Start: 24. 10. im Europäischen Theater Institut, Rungestr. 20, Berlin-Mitte.

Anmeldung und weitere Informationen: LAG Spiel & Theater, Fischerinsel 3, 10179 Berlin. Tel. 20 45 82 45 oder www.lagstb.de

Staatsoper Unter den Linden

Für Multiplikatoren bietet die Staatsoper Unter den Linden Fortbildungen an, die den Einsatz des szenisch-musikalischen Spiels im Musikunterricht (und in anderen Fächern) fördern sollen. Neben den Basiskursen, die einzeln belegt werden können, gibt es die Möglichkeit, die Fortbildung SpielleiterIn im Musiktheater (nach ISIM) mit einem Zertifikat der Staatsoper abzuschließen. Informationen dazu unter www.musiktheaterpaedagogik.de. Die Kosten pro Kurs betragen 35 EUR (Studenten 10 EUR). Die Anmeldung wird bestätigt, wenn der Betrag mit der Angabe op|erleben und dem Namen der Veranstaltung auf dem Konto der Staatsoper eingegangen ist.

• Basiskurs – Carmen: 22./23. 11. von 10 – 17 Uhr.

• Basiskurs – Katja Kabanowa: 13./14.01.2005 von 10 – 17 Uhr.

• Basiskurs – Il ritorno d´Ulisse in patria: 14./ 15. | 02 | 2005 | 10 – 17 Uhr (Nach dem Film Troja)

• Aufbaukurs I – Methoden der Szenischen Interpretation von Musiktheater: 1./2. 11. von 10 – 17 Uhr.

• Aufbaukurs II – Spielleitung in der Szenischen Interpretation von Musiktheater:15./16. 12. von 10 – 17 Uhr

• Workshops für Schüler

Die Workshops zu Aufführungen der Staatsoper sind kostenlos. Maximal 20 SchülerInnen ab dem 12. Lebensjahr können teilnehmen, Dauer: 4 Stunden. Der Workshop sollte zeitnah zur besuchten Vorstellung liegen und mindestens vier Wochen im Voraus gebucht werden. Vorstellungen: Für Workshop-Teilnehmer (Schüler) gibt es – nach Maßgabe der noch vorhandenen Karten – besonders günstige Eintrittspreise: für 10 EUR (auch für begleitende Lehrer). Bitte die Bestellung auf Kopfbogen der Schule mit Stempel, Anzahl Schüler und Lehrer an: Staatsoper Unter den Linden, op|erleben Unter den Linden 7, 10117 Berlin,Tel. 20354-489, Fax: 030-20354-594, E-Mail: r.o.brinkmann@staatsoper-berlin.de

Computereinsatz im Englischunterricht

Dieser Kurs bietet EnglischlehrerInnen über ein Halbjahr Begleitung beim Einsatz des Computers und des Internets in der eigenen Lerngruppe. Der Kurs zielt auf die schrittweise Einführung des Web-Quest- Verfahrens, als ein gangbarer Weg, Computer und Internet sinnvoll

Workshops für Frauen
*** Am richtigen Platz? ***
Systemische Aufstellung für Frauen, die überprüfen wollen, ob sie privat oder beruflich am richtigen Platz stehen
Sa. 30.10. u. So. 31.10.
100 € mit Aufstellung/75 € ohne Aufstellung
*** Es fängt was Neues an ***
ein Workshop zum Entdecken neuer privater und/oder beruflicher Ziele.
Fr. 5.11. u. Sa. 6.11. / 80 €
*** Wir wollen niemals auseinandergeh'n***
Workshop für Frauenpaare, die kreativ und lustvoll an ihrer Beziehung arbeiten wollen.
Fr. 19.11. u. Sa. 20.11. / 100 € p.Ps.
Anmeldung/Info: S.Peter, Tel.: 615 078 91
od. www.sappho-berlin.de

Wenn nichts mehr geht!
Praxis für Stressbewältigung & Körpertherapie
Behandlung • Beratung • Kurse • Vorträge
- Stressberatung
- Achtsamkeitstraining /Kurs im Okt.
- Progr. Muskelentspannung
- Autogenes Training
- Yoga und Heilmassage

Infos/Anmeldung: A. Zöllner u. L. Husch
7676 5840, Bayerischer Platz
www.stressbewaeltigung-berlin.de.tf

Supervision und Coaching für LehrerInnen
auch nördl. Umland
Ludger Seidel
Dipl.-Sond.päd./Supervisor DGSv
☎ 0 33 03 / 21 18 36
Seidel.L@t-online.de

Gemmino
Erfahrene PsychologInnen mit einer Leidenschaft für Schulen bieten Supervision & Coaching für LehrerInnen.
Tel. 030/ 443 107 94
www.gemmino.de

im Englischunterricht einzusetzen. An sieben Nachmittagsveranstaltungen (freitags) werden Unterrichtsaktivitäten erarbeitet, die unmittelbar im eigenen Unterricht erprobt werden sollen. Für LehrerInnen der Sek. II in Kooperation mit dem LISUM als anerkannte Fortbildungsveranstaltung anerkannt. Anmeldungen bitte unter 2093-1938 oder per E-Mail an christiane.buchholtz@staff.hu-berlin.de

AKTIVITÄTEN

Medienkultur live
Das 8. Kinder- und Jugendprojekt der Akademie der Künste findet ab Oktober an Orten statt, wo Medienkultur live produziert wird. So wird es in Fernseh- und Rundfunkstudios und Zeitungsredaktionen möglich sein, hineinzuschnuppern und an einigen Arbeiten mitzuwirken. Für zwei Live-Produktionen werden Akteure gesucht. Infos unter www.adk.de/kinder 2004. Anmeld. bei schubert@adk.de, Tel 030 39076 0

Freinetpädagogik
Die Berliner Gruppe der Freinet-PädagogInnen trifft sich vom 11. bis 14.11.04 in der Freien Schule Leipzig. Ein Vorbereitungstreffen findet am 1.11. um 16 Uhr in der Schule am Barbarossaplatz in Schöneberg statt. Info und Anm. über Tel. 784 39 81 (Michael Bannach) oder 435 56 236 (Marion Härich).

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage
- 2. 11.: Arbeitsgruppe SOR-SMC bei der Fachtagung „Deutsch als Zweitsprache“ (DaZ), Leitung: Sanem Kleff, DaZ-Lernwerkstatt Mitte
- 13. 11. Verleihung Mete-Eksi-Preis, 12 Uhr, Wilhelm-Leuschner-Saal, DGB-Haus, Keithstr. 1-3, Schöneberg
- 9. 12.: 2. Treffen der Berliner SOR-SMC, Werkstatt der Kulturen, Wissmannstr. 32, Neukölln
- 15. 12.: Seminar: Islamischer Antisemitismus in Zusammenarbeit mit der GEW, Referentinnen: Claudia Dantschke u. Sanem Kleff, GEW-Haus, 18 Uhr.

Fit for Money
Zum Tabuthema Geld findet am 27.10. von 10 bis 17 Uhr eine Zukunftswerkstatt für Lehrkräfte und SozialpädagogInnen statt. Veranstalter ist der Caritasverband. Anmeldungen bitte per Fax an 857 84-137. Die Veranstaltung findet statt im Tagungshaus Blau-Art, Hermannswerder 23, 14473 Potsdam. Die Veranstaltung ist anerkannt als Bildungsveranstaltung, der TeilnehmerInnenbeitrag beträgt 15 Euro. Weitere Infos: Tel. 857 84-228 / 202.

SENIOREN

20. Oktober: Besuch Köpenicker Schloss. Um 10 Uhr auf dem Schlossvorplatz

22. Oktober: Heilpflanzen unserer Heimat. Um 15 Uhr in der Freizeitstätte Stille Straße 2

03. November: Auf den Spuren Heinrich Zilles in Lichtenberg. Um 14.30 Seniorenbegegnungsstätte Karlshorst (Hönower Straße 30 A)

09. November: um 14 Uhr Besuch Keramik Museum Neufertstraße 6 in Charlottenburg.

ANZEIGE

BHW
Der Baufinanzierer
Bank · Bausparkasse · Versicherungen
Die BHW bietet besondere Konditionen bei Finanzierungen – Kauf – Umschuldung – Modernisierung – Kleindarlehen. Nutzen Sie noch die EHZ. Reduzierung der Ek-St., Versicherungsabwicklung, Bedarfsanalyse d. pers. Situation. Wir beraten individuell. Rufen Sie an:
Telefon/Handy 43 77 66 88

Erholung – Bildung – Sport – Freizeit am Werbellinsee

Größte Kinder- und Jugendeinrichtung Deutschlands mitten im Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin ca.60 km nordöstlich von Berlin entfernt
Naturprojekt – Schule im Grünen, Kennenlernwoche. Erforsche Dich selbst und die anderen, Berufsbewerberseminar Klasse 9 und 10
***NEU*: Trekking und Kanutouring**
„die Zwei Seen Tour“, „WildparkTour“, Kanutour auf dem alten Finowkanal oder auf dem Werbellinsee;
Städtetour „Hauptstadt – Entdeckungen“
zwei Hauptstädte kennen lernen – Berlin und Potsdam
Module aus Sports & Fun
Grundkurse Kanu, Kuttersegeln und Klettern
Team- & Kommunikationsspiele oder Sioux & Apachen - „Entdecke die Welt der Indianer“
Wir verfügen: Kreativwerkstätten, Naturkabinett, Internetclub, Disco, Kino, Seminarräume, Seecamp mit Grill- und Lagerfeuerplatz, Kaminraum, Natursauna, Stadion, Sporthalle, Kegelbahn, Anlagen für Tennis, Ball- und Funsportarten, Boots- und Fahrradverleih; 11 Jugendherbergshäuser à 80 Betten, 6 Sommerhäuser à 35 Betten, 1 Gästehaus mit EZ, DZ, Dreibettzimmer
EJB Werbellinsee GmbH
EUROPÄISCHE JUGENDERHOLUNGS- UND BEGEGNUNGSSTÄTTE
Joachimsthaler Straße 20, 16247 Joachimsthal
Telefon: 03 33 63/62 96/62 97 * Fax: 03 33 63/62 71
Internet: http://www.ejb-werbellinsee.de *
E-Mail: contact@ejb-werbellinsee.de

Tel. (030) 30 30 83-0
BUSART-TOURS GmbH
Das bestgelaunte Bus- und Reiseteam!
www.busart-tours.de
info@busart-tours.de
Württembergallee 2 | 14052 Berlin
Fax (030) 303083-55

Unvergessliche Klassenreise auf Reiterhof i. d. Lüneburger Heide, auch andere Tiere vorhanden. Fußball-Volleyballplatz, Tischtennis, Billard, Lagerfeuer, Nachtwanderung, Reithalle, Ausritte, Sauna, Platz für 34 Schüler/innen 2. -10. Klasse. Individuelle Betreuung. Video anfordern. VP incl. 5 Reitstd. Mo.-Fr. 140,- Euro.
Bienenbüttel
Tel. 0 58 23/73 67
www.hoflust.de

Ihre Anzeige in der blz
Tel: 030-21 99 93 46
Fax: 030-21 99 93 49

www. feriendorfhoherhain.de
z.B. Heidewoche 2004 (Mo.- Fr.)
- Halbtagsfahrt Schloss Augustusburg
- Hallenbad oder Freibad • Grillen
- Disko • Sporthalle • Minigolf • Kegeln

alles incl. ab **79,- €** + Transferangebot
neu! Freiplätze für jede Gruppe
Tel 0 37 22/6 32 90 Limbach-Oberfrohna

Mecklenburgische Seenplatte, Weser, Altmühl
z. B. 5-Tage-Tour, kmpl. o. Anreise: p. P. 128,– Euro
mit kompetenter Planung und Durchführung
Nordlicht Tour & Kanu
Gneisenaustraße 19 · 10961 Berlin
Fon 69 40 13 06 · Fax 69 40 13 08
e-mail: info@nordlicht-kanu.de
www.nordlicht-kanu.de

Verlockende Reisen
Marokko Wanderkarawane ab 1650 €
Gomera Wandern & Relaxen ab 1249 €
Buchen Sie Sonne & Schnee – bei uns gibt es auch den neuen Darjeeling Tee. Flüge und Fähren – weltweit und preiswert!
LockeToursBerlin
Bundesallee 115 12161 Berlin
Tel. (0 30) 8 52 30 30 Fax 8 52 40 71

info@agaria.de
www.agaria.de
Praha
Ab 49,99 € 4 Ü/F
Kostenlos: Ihr 20seitiger Reiseplaner Prag!
AGARIA TOURS
DAS TSCHECHISCHE TEAM
FACHVERANSTALTER FÜR STUDIENREISEN IN DIE TSCHECHISCHE REPUBLIK & SLOWAKEI
Radek Byšek - Steintorweg 9 - 20099 Hamburg
Telefon 040/ 280 95 90 - Telefax 040/ 280 95 9-13

KLASSE REISEN

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 209,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Kroatien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Griechenland, 10 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 359,-
Oder Österreich ... Holland	

Städtereisen Berlin, Prag, Rom, London ....

KLASSE REISEN GmbH
Württembergallee 2 · 14052 Berlin
Tel. (030) 303083-6 · Fax (030) 303083-77
www.klasse-reisen.com

Katalog unter: 030-303083-6

www.koegelreisen.de

Ägypten: mit Kreuzfahrten auf Nil u. Nasser-See
Chinas Höhepunkte: mit Yangtse-Kreuzfahrt
Italien: Golf v. Neapel/Kalabrien/Sizilien/Venezien
Laos/Kambodscha: Tempel, Klöster u. Pagoden
Nord-Zypern: Wandern und Erholen
Spanien: Andalusien intensiv u. mit Muße
Südindien: Reisfelder, Tempel u. Paläste
Thailands Süden: Nationalparks u. Inselstrände
Außerdem: Nepal/Tibet, USA, Portugal, Türkei

Reisen in den Schulferien 2004/2005

Lothar Kögel Studienreisen · 12207 Berlin · Hartmannstraße 30 · Tel. 771 30 10 · Fax 771 30 133

Schülerreisedienst GmbH · Herrengasse 2 · 01744 Dippoldiswalde

Die Schulfahrt

Direkt & Günstig

z.B. Insel Rügen – Stralsund – Kap Arkona und Hiddensee – 4 Tage, sehr gute Ferienanlage in Strandnähe, Halbpension, Busfahrt mit allen Ausflügen – der Reisetip mit Esprit für alle Jahrgangsstufen! Verlängerung möglich!

ab 119,- €

Herzlich willkommen, fahren Sie mit!

Jetzt anmelden!

Tel.: 0 35 04 / 64 33-0 · Fax: 64 33-19 · www.schulfahrt.de

Studienreisen / Klassenfahrten

8-Tage-Busreise z.B. nach		10-Tage-Busreise z.B. nach	
Wien	ÜF 192,– Euro	**Südengland**	Ü 213,– Euro
Budapest	ÜF 192,– Euro	**Toskana**	Ü 202,– Euro
London	ÜF 254,– Euro	**Südfrankreich**	Ü 230,– Euro
Prag	ÜF 199,– Euro		
Paris	ÜF 224,– Euro		
Rom	ÜF 238,– Euro		

(Unterbringung in Selbstversorgerunterkünften)

Alle Ausflugsfahrten inklusive!
Flug- und Bahnanreise sowie andere Ziele (z.B. Ferienparks in den Niederlanden oder Belgien) auf Anfrage möglich!

REISEBÜRO KRAUSE GMBH • MÜNSTERSTR. 55 a • 44534 LÜNEN
TELEFON (0 23 06) 7 57 55-0 • FAX (0 23 06) 7 57 55-49 • www.rsb-krause.de

STOP

Nicht 0 – 8 – 15 verreisen?

Dann lassen Sie uns doch Ihre Klassenfahrt gemeinsam planen und erarbeiten – nach Ihren Wünschen und Vorstellungen!

SPRACHEN UND REISEN
Kinder- und Jugendreisebüro
Ihr persönlicher Partner im FEZ Wuhlheide
Tel.: 030 – 53 604 606
Fax: 030 – 53 604 609
E-mail: sprachenundreisen@web.de
www.sprachenundreisen.de

REAL-TOURS S.R.L.

Tel. 00 39/05 47/67 27 27
Fax 00 39/05 47/67 27 67
Via Bartolini, 12
47042 Cesenatico / Italia

www.real-tours.de
24 h online buchen
E- Mail: Info@real-tours.de

SCHULFAHRTEN 2005

NEU: FLUGREISEN (Sie buchen den Flug, alles Weitere organisieren wir)
z. B. 6 Tage Cesenatico Euro 178,00 VP, 6 Tage Spanien Euro 215,00 HP
Busfahrten nach Cesenatico mit Ausflügen ab Euro 198,00 VP
Busfahrten zur Toskana-Küste, zum **Gardasee**, nach **Rom**, nach **Sorrent**, nach **Südtirol**, nach **Spanien**, nach **Griechenland**, nach **Prag**, nach **Paris**, nach **London**.
Individuell für Lehrer und Begleiter: Oster- und Silvesterfahrten
Bitte fragen Sie nach unserem Katalog 2005.
Weitere Informationen auch bei:
R. Peverada, Im Steinach 30, 87561 Oberstdorf,
Telefon 083 22 – 800 222, Telefax 083 22 – 800 223

GRENZENLOS REISEN

Busse für jede Gelegenheit

Stadtrundfahrten
Gruppenreisen
Klassenfahrten
Firmenservice
Transfers

Grenzenlos Reisen
Straße 22 Nr. 2-10, 13509 Berlin
Fon: 0 30-43 00 48 0
Fax: 0 30-43 00 48 79

propolis BAUGESELLSCHAFT MBH

ZIMMEREI
MAUREREI
INNENAUSBAU
INGENIEURBÜRO

Oranienstr. 19a • 10999 Berlin
Tel. 614 10 50 • Fax 61 60 93 75

Propolis Farbenladen 615 24 64
Mo.-Fr. 10-18 Uhr

Jugendgästehaus Osterode am Harz (Nds.)
direkt am Wald gelegen, 5 Min. zur Altstadt, 125 Plätze, Lehrerfreiplätze, div. Pauschalangebote ab 51 € für 4 Nächte incl. Programm und HP.
Tel.: 0 55 22/55 95, Fax 68 69,
jgh.oha@t-online.de
Info: www.Osterode.de

Ihre Anzeige in der blz
Tel: 030-21 99 93 46
Fax: 030-21 99 93 49

PRAHA
Apartments zentrumsnah ab 15.-€
Info (040) 280 24 15

Darlehen supergünstig *1) nominal **2,50%** ab **2,90%** effektiver Jahreszins
30-jährige Beraterkompetenz
Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter
Vermittlungskosten frei

Beamtendarlehen supergünstig, z. B. Beamte a. L. oder unkündbare Angest., 40 Jahre, 14 Jahre Laufzeit, bei 90.000,– €, mit *218,– €, bei 60.000,– €, *133,– € Rate, *jeweils inkl. Zins- und Lebensvers.-Prämie. Festzinsgarantie ges. Laufzeit 5,70%, effektiver Jahreszins 6,22%, b. 14 Jahre. Superangebote auch zu Lfz. 12 Jahre und 20 Jahre. Kürzere Laufzeit bei Gewinnanteilverrechnung. *1) Extradarlehen nominal 2,50% ab 2,90% effektiver Jahreszins ab Zuteilung mit neuem Bauspartarif. Supergünstige Annuitätenhypotheken, Beleihung bis 100% plus EWZ.

AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen
www.ak-finanz.de, Telefax: (06 21) 51 94 88, Faxabruf: (06 21) 62 86 09
Tel. 0800/1000 500

GEW IM OKTOBER/NOVEMBER

12. OKT	19.00 Uhr	**FG Kinder-, Jugendhilfe, Sozialarbeit**	Raum 33
13. OKT	10.00 Uhr	**Landesseniorenausschuss**	Raum 33
14. OKT	18.30 Uhr	**Landesausschuss Studierende**	Raum 33
18. OKT	18.00 Uhr	**Junge GEW**	Raum 32
19. OKT	16.00 Uhr	**AG Polen**	Raum 33
	19.00 Uhr	**Abteilung Berufsbildende Schulen**	Raum 33
20. OKT	17.30 Uhr	**AG Schwerbehinderte**	Raum 34
21. OKT	14.00 Uhr	**AG Altersversorgung**	Raum 34
	18.00 Uhr	**Kita-AG**	Raum 31
	18.30 Uhr	**Abteilung Wissenschaft**	Raum 47
25. OKT	15.30 Uhr	**AG Bildungsfinanzierung**	Raum 33
	18.00 Uhr	**FG Sozialpäd. Aus-, Fort-, Weiterbildung**	Raum 34
26. OKT	17.00 Uhr	**AG Gesundheitsschutz**	Raum 47
	19.00 Uhr	**AG Lesben**	Raum 34
28. OKT	17.00 Uhr	**Arbeitslose in der GEW**	Raum 32
	19.30 Uhr	**Landesausschuss Frauenpolitik**	Raum 34
03. NOV	18.00 Uhr	**Kita-Mitgliederversammlung**	Raum 31
04. NOV	16.00 Uhr	**Veranstaltung: Arbeitslosengeld II**	Raum 31
09. NOV	19.00 Uhr	**FG Kinder-, Jugendhilfe, Sozialarbeit**	Raum 33
	19.00 Uhr	**Schwule Lehrergruppe**	Raum 47

AG GYMNASIEN UND GESAMTSCHULEN

in Tempelhof-Schöneberg im Café Blissestr.14
Treffen am 8. November um 19.30 Uhr

BILD DES MONATS

KARRIKATUR: WÖSSNER

VERANSTALTUNGSHINWEISE

WER ODER WAS BLEIBT AUF DER STRECKE?

Ganztägige Fortbildungsveranstaltung der FG Haupt- und Sonderschulen zu den Veränderungen beim Übergang von Schülern mit Förderbedarf in die berufliche Bildung.
26. Oktober im GEW Haus

MAHNWACHE DER GEW

zum Gedenken an die Pogrome des 9. November 1938:
Sonnabend, 8. November 2004, 16.30 – 18.00,
auf dem Wittenbergplatz, vor der U-Bahn

VORANKÜNDIGUNG

„Fördern statt Sitzenbleiben"
Donnerstag, 4. November um 19.30 Uhr
im GEW-Haus

EUROPÄISCHE VERFASSUNG

Was steht drin? Welchen Einfluss können wir noch darauf nehmen?
am Mittwoch, 20. Oktober um 19 Uhr
im GEW-Haus, Ahornstr. 5, 10787 Berlin.
Wir wollen uns gemeinsam mit Professor Detlef Josephs mit der EU-Verfassung beschäftigen. Dabei geht es uns insbesondere um die Aspekte Demokratie, Wirtschaftsverfassung, Frieden/Abrüstung.

EINE ANDERE GEWERKSCHAFTSPOLITISCHE STRATEGIE IST NÖTIG

Konferenz der GEW BERLIN
Samstag, 23. Oktober von 10 bis 19 Uhr
Ort: Haus der Jugend, Reinickendorfer Str. 55, 13347 Berlin (U-Bahnhof Nauener Platz). Anmeldungen bitte bis 30. September an die GEW BERLIN, Konferenz Andere Gewerkschaftspolitik , Ahornstr. 5, 10787 Berlin oder info@gew-berlin.de . Mehr Infos unter http://www.gew-berlin.de/3319.htm. Für GEW-Mitglieder, Erwerbslose, Studierende und Azubis kostenfrei; ansonsten 10,- Euro Verpflegungsbeitrag – zu zahlen vor Ort.

GEW-Haus | Ahornstraße 5 (U-Bhf Nollendorfplatz) | Mo bis Fr 9-12 und 12.30 bis 16 Uhr | Mi bis 17 Uhr, Fr bis 15 Uhr
Tel. 21 99 93-0 | Fax. 21 99 93-50 | info@gew-berlin.de | www.gew-berlin.de
Persönliche Beratung in der Rechtsschutzstelle nur nach Vereinbarung: Tel. 21 99 93 45